

---

**Bitte umblättern!**

---

---

**Achte Sitzung**


---

Dienstag, 17. Februar 2004, 09.00 Uhr

Vorsitz: *Peter Rychiger*, Steffisburg (FDP); Präsident

Präsenz: Anwesend sind 184 von 199 Mitgliedern. Entschuldigt abwesend sind: Pierre-Alain Berberat, Marianne Fässler-Schärer, Sabine Gresch, Anna Hofer, Rudolf Käser, Michael Kaufmann, Bethli Küng-Marmet, Daniel Lack, Hans-Rudolf Markwalder, Paul Messerli, Corrado Pardini, Corinne Schärer, Jürg Schürch, Alfred Schwarz, Hans Stöckli.

---



---

**Wahlen**


---

**Präsident.** Wir führen die Vorstellung und die Diskussion zu den vorliegenden Wahlgeschäften gemeinsam.

**Peter Aeschlimann**, Neuenegg (SVP), Sprecher der Justizkommission. Heute haben wir drei Ersatzmitglieder ans Obergericht und drei neue Mitglieder in die Rekurskommission für fürsorgliche Freiheitsentziehung zu wählen. Der erweiterte Ausschuss IV der Justizkommission bereite die Wahlen vor; die Stellen wurden im Amtsblatt und im Internet ausgeschrieben. Zu den eingegangenen Bewerbungen holte der Ausschuss IV Stellungnahmen ein und führte mit allen Bewerberinnen und Bewerbern Vorstellungsgespräche.

Ernst Stähli, SVP, demissionierte per 31. Dezember 2003 als Ersatzmitglied am Obergericht. Die Herren Kunz, FDP, und Weber, SP, beide Ersatzmitglieder am Obergericht, wurden per 1. Januar 2004 zu Oberrichtern gewählt. Deshalb sind heute drei Ersatzmitglieder ans Obergericht für die Amtsdauer bis 31. Dezember 2005 zu wählen. Um diese Stellen bewarben sich acht Personen, wovon sich heute noch drei zur Wahl stellen, nämlich Frau Franziska Bratschi-Rindlisbacher, SVP; Frau Annemarie Hubschmid, SVP, und Herr Adrian Studiger, FDP. Der Ausschuss IV befand alle drei geeignet zur Wahl.

Am 16. April 2003 beschloss der Grosse Rat des Kantons Bern, die Anzahl der nebenamtlichen Fachrichterinnen und Fachrichter der Rekurskommission für fürsorgliche Freiheitsentziehung per 1. Januar 2004 zu erhöhen. Deshalb sind heute drei neue Fachrichterinnen und -richter für die Amtsdauer bis 31. Dezember 2006 zu wählen. Die aktuelle Zusammensetzung der Rekurskommission FFE erfordert die Wahl einer Spezialärztin der Psychiatrie und zweier Personen mit Ausbildung im Sozialbereich. Um die ausgeschriebenen Stellen bewarben sich insgesamt neun Personen. Eine davon zog ihre Bewerbung zurück, somit stellen sich noch acht zur Wahl. Als Fachärzte der Psychiatrie sind dies Herr Dr. Theodor Schlatter und Frau Regin Stöcklin. Der Ausschuss IV der Justizkommission findet beide Bewerber für dieses Amt sehr geeignet. Hinsichtlich der aktuellen Zusammensetzung und auf Wunsch des Obergerichts empfehlen wir Ihnen, Frau Regin Stöcklin zu wählen.

Aus dem Sozialbereich stellen sich zur Wahl: Stephan Büchi, Schliern; Anne-Marie Chevallaz-Rösch, Ersigen; Christian Dietrich, Bern; Tanja Janowsky, Biel; Marco Martinoia, Ostermundigen und Vinzenz Miescher, Mittelhäusern. Der Ausschuss IV beurteilte alle Vorgeschlagenen und schlägt sie Ihnen zur Wahl vor.

**Heinz Siegenthaler**, Rüti b.B. (SVP). Zuerst schlage ich Ihnen ein Mitglied für die Geschäftsprüfungskommission zur

Wahl vor anstelle unseres verstorbenen Kollegen Hans Bichsel: Lorenz Hess, geboren 1961, verheiratet und Vater dreier Töchter, wohnhaft und Gemeindepräsident in Stettlen, Grossrat seit zwei Jahren. Wir lernten ihn kennen und schätzen als aktives Mitglied dieses Rates und empfehlen ihn Ihnen bestens zur Wahl.

Aufgrund der aktuellen Zusammensetzung nach Parteienproporz bei den Ersatzmitgliedern für das Obergericht schlägt Ihnen die SVP-Fraktion für die vakanten Stellen zwei Personen vor, nämlich die beiden ausgezeichneten Frauen Franziska Bratschi, Gerichtspräsidentin des Kreisgerichts Schwarzenburg-Seftigen, und Annemarie Hubschmid, Kreisgericht Burgdorf-Fraubrunnen. Für die Details verweise ich auf die Unterlagen, die auch die Lebensläufe enthalten und Ihnen zugestellt wurden. Die SVP-Fraktion unterstützt auch die Kandidatur von Herrn Adrian Studiger, FDP.

Zur Wahl in die Rekurskommission für fürsorgliche Freiheitsentziehung schlägt Ihnen die SVP-Fraktion als Fachärztin Regin Stöcklin vor und aus dem Sozialbereich Stephan Büchi und Tanja Janowsky. Ich bitte Sie, diese Personen ebenfalls zu wählen.

**Irène Hänsenberger-Zweifel**, Burgdorf (SP). Für die Wahl in die Geschäftsprüfungskommission unterstützt die SP-Fraktion den vorgeschlagenen Lorenz Hess.

Beim Obergericht findet ein Praxiswechsel statt, indem neu der Parteienproporz auch bei den Richterwahlen berücksichtigt wird. Wir entschieden, uns dieser Praxisänderung zu unterziehen, gehen aber davon aus, dass künftig auch die SP davon Gebrauch machen kann. Bei Vakanzen oder Untervertretung in bestimmten Bereichen werden wir den Anspruch erheben, für die Kandidaturen Personen nominieren zu können. In diesem Sinn unterstützen wir alle drei vorgeschlagenen Ersatzrichter.

Bezüglich der Rekurskommission sind wir froh, auch von der SVP zu vernehmen, dass sie die Fachärztin Regin Stöcklin unterstützt. Wir befinden diese Kandidatin als sehr geeignet. Aus dem Sozialbereich werden auch wir Tanja Janowsky, Sozialarbeiterin aus dem allgemeinen Bereich unterstützen. Hingegen schlagen wir als zweite Person Marco Martinoia aus dem Bereich Jugendarbeit zur Wahl vor. Ich danke Ihnen für die Unterstützung unserer Vorschläge.

---

**Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission**


---

Bei 159 ausgeteilten und 159 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer und ungültig 8, in Betracht fallend 151, wird bei einem absoluten Mehr von 76 Stimmen gewählt:

Lorenz Hess, Stettlen (SVP) mit 146 Stimmen

Diverse erhielten 5 Stimmen.

---

**Wahl dreier Ersatzmitglieder des Obergerichts**


---

Bei 159 ausgeteilten und 159 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer und ungültig 7, in Betracht fallend 152, werden bei einem absoluten Mehr von 77 Stimmen gewählt:

Annemarie Hubschmid mit 143 Stimmen

Franziska Bratschi-Rindlisbacher mit 140 Stimmen

Adrian Studiger mit 118 Stimmen

Diverse erhielten 3 Stimmen.

### Wahl dreier Mitglieder der Rekurskommission für fürsorgliche Freiheitsentziehung

Bei 159 ausgeteilten und 159 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer und ungültig 5, in Betracht fallend 154, werden bei einem absoluten Mehr von 78 Stimmen gewählt:

a) Fachärztin / Facharzt Psychiatrie  
Regin Stöcklin mit 143 Stimmen

Theodor Schlatter erhielt 8 Stimmen.

b) Zwei Vertreterinnen / Vertreter aus sozialen Berufen  
Tanja Janowsky 137 Stimmen  
Stephan Büchi 98 Stimmen

Martin Martinoia erhielt 40 Stimmen, Anne-Marie Chevallaz-Rösch 7, Vinzenz Miescher 4 und Christian Dietrich 1 Stimme.

### Einbürgerungen

**Präsident.** Wie Sie wissen, haben wir das neue Verfahren anzuwenden. Die Liste der zur Einbürgerung vorgeschlagenen Personen erhielten Sie zugestellt.

Wird einer der vorliegenden Einbürgerungsanträge des Regierungsrats und der Justizkommission aus dem Rat bestritten? – Das ist nicht der Fall. Somit sind alle Gesuche stillschweigend genehmigt, nämlich:

#### I. Gesuche nach regulären Voraussetzungen

1. E 72877 / RRB 2826  
Abdulai, Gzim (m), 25. Oktober 1971, Slowenien, Kellner  
Abdulai geb. Idrizi, Senaj (f), 1. Dezember 1973, Mazedonien, 1 Kind, Bern
2. E 75747 / RRB 3306  
Ahmed Hassan, Hamdi (m), 3. Oktober 1932, Ägypten, Rentner, Köniz
3. E 72469 / RRB 2684  
Ajdari, Ramiz (m), 20. Februar 1967, Serbien und Montenegro, Baufacharbeiter  
Ajdari geb. Neziri, Alime (f), 12. März 1971, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 3 Kinder, Langnau i. E.
4. E 73201 / RRB 3087  
Akdag Altas geb. Altas, Melissa (f), 10. Februar 1953, Türkei, Pflegehelferin, Dotzigen
5. E 74288 / RRB 3436  
Akkas geb. San, Sok Khuy (f), 2. Juli 1970, Kambodscha, Packerin, 1 Kind, Thunstetten
6. E 71420 / RRB 3184  
Alidemi, Gjingiz (m), 8. Oktober 1977, Serbien und Montenegro, Hilfsarbeiter, Nidau
7. E 71421 / RRB 2849  
Alidemi, Zylkifli (m), 25. Juni 1970, Serbien und

- Montenegro, Anlageführer, 1 Kind, Nidau
8. E 74964 / RRB 3189  
Alimehaj, Ali (m), 1. März 1950, Serbien und Montenegro, Justberater  
Alimehaj geb. Kameri, Ryve (f), 26. November 1956, Serbien und Montenegro, Bäckereihilfin, Thun
  9. E 73020 / RRB 2835  
Alimehaj, Sali (m), 15. Juli 1960, Serbien und Montenegro, Schichtführer  
Alimehaj geb. Berisha, Miradie (f), 25. Dezember 1963, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 3 Kinder, Heimberg
  10. E 72094 / RRB 2679  
Alimi, Vasfi (m), 29. August 1969, Mazedonien, Speditionsleiter  
Alimi geb. Dani, Lindita (f), 8. Oktober 1973, Mazedonien, Hausfrau, 3 Kinder, Ittigen
  11. E 71094 / RRB 2827  
Altan, Haldun (m), 7. Mai 1964, Türkei, Wäscherei-Arbeiter, Bern
  12. E 75122 / RRB 3442  
Ameti, Fatmir (m), 11. April 1964, Serbien und Montenegro, magasinier  
Ameti née Sulja, Ramzije (f), 3. juillet 1963, Serbien und Montenegro, ménagère, 3 enfants, Saint-Imier
  13. E 76261 / RRB 3434  
Anicic, Ferdo (m), 26. März 1965, Kroatien, Krankenpfleger  
Anicic geb. Skopljak, Anda (f), 11. September 1966, Kroatien, Verkäuferin, 3 Kinder, Thun
  14. E 71737 / RRB 3423  
Anton, Dan (m), 9. Mai 1958, Rumänien, Leiter Administration  
Anton geb. Craciunescu, Gabriela (f), 10. März 1961, Rumänien, Abteilungsleiterin, 1 Kind, Ostermundigen
  15. E 72984 / RRB 3068  
Apputhurai, Sriranjana (m), 25. Mai 1958, Sri Lanka, Officeangestellter  
Sriranjana geb. Gunaratnam, Esther Manorani (f), 10. September 1953, Sri Lanka, Officeangestellte, Bern
  16. E 72985 / RRB 3069  
Arefaine, Mengistu (m), 1. August 1969, Äthiopien, Jurist  
Arefaine geb. Abebe, Netsanet (f), 4. April 1976, Äthiopien, Köchin, 2 Kinder, Bern
  17. E 75334 / RRB 3428  
Arulsothy, Ponniah (m), 2. Februar 1963, Sri Lanka, Mitarbeiter  
Arulsothy geb. Navaratnam, Rajani (f), 22. Oktober 1971, Sri Lanka, Mitarbeiterin, 2 Kinder, Rubigen
  18. E 71982 / RRB 2853  
Arunasalam, Thandapany (m), 18. September 1953, Sri Lanka, Schleifer  
Arunasalam geb. Murugasapillai, Geetha (f), 5. Juni 1961, Sri Lanka, Hausfrau, 1 Kind, Pieterlen

19. E 70512 / RRB 3183  
Ates, Zeliha (f), 12. Dezember 1971, Türkei, Hilfsarbeiterin, Lyss
20. E 69087 / RRB 2711  
Avdyli, Qerim (m), 4. Mai 1950, Serbien und Montenegro, Bauarbeiter  
Avdyli geb. Murseli, Mexhide (f), 27. August 1953, Serbien und Montenegro, Hausfrau, Uetendorf
21. E 76848 / RRB 3185  
Aydin, Engin (m), 22. Juli 1971, Türkei, Automechaniker  
Aydin geb. Sevim, Nagihan (f), 22. März 1971, Türkei, Hausfrau, 2 Kinder, Niederönz
22. E 71102 / RRB 3070  
Azizi, Aziz (m), 27. Januar 1959, Serbien und Montenegro, Landschaftsgärtner  
Azizi geb. Miftari, Rufadije (f), 28. November 1961, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 3 Kinder, Bern
23. E 69637 / RRB 2838  
Azizi, Kadri (m), 16. März 1961, Mazedonien, Bauarbeiter, Herbligen
24. E 69430 / RRB 3424  
Babacic, Enis (m), 2. Februar 1975, Serbien und Montenegro, Schreiner, Ostermundigen
25. E 71851 / RRB 3024  
Bajrami, Tefik (m), 21. April 1951, Serbien und Montenegro, Gärtner  
Bajrami geb. Dubovac, Nafija (f), 26. April 1953, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 3 Kinder, Ostermundigen
26. E 71859 / RRB 3025  
Bajrami, Vildane (f), 11. Juni 1985, Serbien und Montenegro, Schülerin, Ostermundigen
27. E 74263 / RRB 3020  
Balaj, Adem (m), 1. Oktober 1963, Serbien und Montenegro, Maschinist  
Balaj geb. Lokaj, Hasime (f), 29. Januar 1970, Serbien und Montenegro, Raumpflegerin, 4 Kinder, Herzogenbuchsee
28. E 75257 / RRB 3421  
Basel, Saban (m), 1. Januar 1964, Türkei, Betriebsmitarbeiter  
Basel geb. Ulugöl, Perihan (f), 2. April 1964, Türkei, Hausfrau, 2 Kinder, Oberönz
29. E 73516 / RRB 3186  
Batur, Rahmatollah (m), 1. Januar 1969, Afghanistan, Angestellter, Ostermundigen
30. E 69158 / RRB 2682  
Begovic, Enes (m), 1. März 1974, Bosnien und Herzegowina, Flexodrucker  
Begovic geb. Sulkovic, Jasmina (f), 15. Oktober 1978, Mazedonien, kaufmännische Angestellte, Kirchberg
31. E 71130 / RRB 3285  
Bekic, Ilija (m), 9. Dezember 1961, Kroatien, Anlage- und Apparatebauer  
Bekic geb. Maric, Nathalija (f), 6. Mai 1965, Kroatien, Krankenschwester, 2 Kinder, Bern
32. E 71132 / RRB 2658  
Bekic, Ivan (m), 22. März 1954, Kroatien, Betriebsmitarbeiter  
Bekic geb. Orec, Mila (f), 24. Dezember 1954, Kroatien, Hauswirtschaftsangestellte, 2 Kinder, Bern
33. E 72989 / RRB 3071  
Benicky, Vladimir (m), 31. Mai 1959, Slowakei, dipl. Elektroingenieur, Bern
34. E 70861 / RRB 2840  
Berisha geb. Tairi, Blerime (f), 25. Mai 1977, Mazedonien, Praxisassistentin, 2 Kinder, Langenthal
35. E 67516 / RRB 2706  
Berisha, Shaqir (m), 9. Dezember 1959, Serbien und Montenegro, Maler  
Berisha geb. Maksutaj, Emine (f), 25. Oktober 1959, Serbien und Montenegro, Putzfrau, 1 Kind, Thun
36. E 72304 / RRB 2689  
Berisha, Zija (m), 3. Oktober 1963, Serbien und Montenegro, Dachdecker  
Berisha geb. Zeneli, Hyrije (f), 7. August 1970, Serbien und Montenegro, Küchenhilfe, 3 Kinder, Mühleberg
37. E 68682 / RRB 2715  
Berishaj, Istref (m), 24. octobre 1974, Serbien und Montenegro, aide cuisinaire  
Berishaj née Gashi, Sabahate (f), 2 août 1977, Serbien und Montenegro, ménagère, 2 enfants, Tavannes
38. E 72733 / RRB 3029  
Biljanovic, Sreto (m), 25. Januar 1966, Bosnien und Herzegowina, Bauarbeiter  
Biljanovic geb. Kokic, Smilja (f), 28. August 1968, Bosnien und Herzegowina, 2 Kinder, Urtenen-Schönbühl
39. E 71156 / RRB 2659  
Blazevic, Juro (m), 10. April 1967, Kroatien, Automaler  
Blazevic geb. Antunovic, Manda (f), 27. Mai 1968, Kroatien, Hilfspflegerin, 4 Kinder, Bern
40. E 75988 / RRB 3286  
Blekic, Petar (m), 25. August 1965, Kroatien, Automechaniker  
Blekic geb. Majic, Nela (f), 15. Januar 1972, Kroatien, Krankenschwester, 2 Kinder, Bern
41. E 69313 / RRB 3013  
Bozan Loman geb. Bozan, Tüliya (f), 25. Mai 1972, Türkei, Hausfrau, Bern
42. E 74075 / RRB 3179  
Buzhala, Gjergj (m), 18. April 1944, Serbien und Montenegro, Elektrohilfsmonteur  
Buzhala geb. Ndou, Kata (f), 20. Juni 1942, Serbien und Montenegro, Rentnerin, Köniz

43. E 64031 / RRB 2714  
Cacija geb. Orlic, Frida (f), 23 septembre 1955, Kroatien, auxiliaire de santé, La Neuveville
44. E 71164 / RRB 2660  
Cajic, Milovan (m), 9. Februar 1958, Bosnien und Herzegowina, Automechaniker  
Cajic geb. Patkovic, Zora (f), 13. August 1964, Bosnien und Herzegowina, Hausfrau, 1 Kind, Bern
45. E 72991 / RRB 3164  
Cansu, Suval (m), 11. April 1966, Türkei, Fabrikarbeiter  
Cansu geb. Yurdakul, Elif (f), 10. November Türkei, Hausfrau, 3 Kinder, Bern
46. E 72326 / RRB 2963  
Catalpinar, Bekir (m), 16. September 1976, Türkei, Garagenhandwerker  
Catalpinar geb. Özpınar, Ayse (f), 6. Februar 1977, Türkei, Briefträgerin/Raumpflegerin, 2 Kinder, Worb
47. E 69278 / RRB 2661  
Celiker, Olcay (f), 9. Mai 1976, Türkei, Angestellte, Bern
48. E 73499 / RRB 3313  
Cerkinaj, Alush (m), 4. Oktober 1967, Serbien und Montenegro, Eisenbieger  
Cerkinaj geb. Soares Ribeiro (f), 5. Oktober 1971, Portugal, Raumpflegerin, 2 Kinder, Ostermundigen
49. E 76279 / RRB 3443  
Chelghoufi, Abderrahmane (m), 24 mai 1958, Algérie, opticien, Tavannes
50. E 72329 / RRB 2676  
Cipolla, Vincenzo (m), 8. Juli 1968, Italien, Chauffeur, Interlaken
51. E 73143 / RRB 2707  
Coi, Giuseppe (m), 3. April 1962, Italien, Automechaniker, Thun
52. E 72259 / RRB 2960  
Correia, Virgilio Dos Santos (m), 5. Dezember 1952, Portugal, Portier  
Fernandes Jacinto Correia geb. Fernandes Jacinto, Maria Helena (f), 31. Mai 1959, Portugal, Gouvernante, 1 Kind, Saanen
53. E 73932 / RRB 2959  
Correia Machete, Sérgio Manuel (m), 7. Februar 1963, Portugal, Servicefachangestellter  
Correia Machete geb. Cavaco Rosa, Cidália Maria (f), 31. Oktober 1962, Portugal, Gouvernante, 3 Kinder, Köniz
54. E 72993 / RRB 2829  
Cunico, Margherita Anna (f), 15. Mai 1973, Italien, Kleinkindererzieherin, Bern
55. E 74813 / RRB 3417  
Cvetkov, Jordan (m), 29. Mai 1957, Mazedonien, Bauarbeiter  
Cvetkova geb. Vuckova, Vera (f), 21. Juli 1960, Mazedonien, Küchenhilfe, 1 Kind, Münchenbuchsee
56. E 68596 / RRB 2681  
Dabiri-Mehr, Mohsen (m), 6. April 1950, Iran, Plakatanschlager  
Dabiri-Mehr geb. Zadeh-Khalili, Efat (f), 1. Juli 1954, Iran, 1 Kind, Kaufdorf
57. E 72995 / RRB 3165  
Daminoska-Sulejmanovska geb. Daminoska, Elizabeta (f), 11. Februar 1959, Mazedonien, Hilfslaborantin, Bern
58. E 73818 / RRB 3182  
Dautaj, Besim (m), 5. April 1963, Serbien und Montenegro, Betriebsmitarbeiter  
Dautaj geb. Decic, Zurafet (f), 14. April 1970, Serbien und Montenegro, Reinigungsangestellte, 2 Kinder, Lützelflüh
59. E 74076 / RRB 3410  
Dawit, Beruke (m), 21. Mai 1975, Äthiopien, Bäcker-Konditor  
Dawit geb. Yetna, Selamawit (f), 8. Januar 1978, Pflegeassistentin, 1 Kind, Köniz
60. E 75501 / RRB 3399  
De Falcis, Rina (f), 17. Mai 1971, Italien, kaufmännische Angestellte, Biel
61. E 75081 / RRB 3427  
Dennig, Ludolf (m), 25. Dezember 1954, Deutschland, Chefarzt, 1 Kind, Reichenbach im Kandertal
62. E 71305 / RRB 3166  
Dhaibi, Abdessamad (m), 25. April 1960, Marokko, Koch, Bern
63. E 74935 / RRB 3418  
Di Carlo, Giuseppe (m), 18. März 1941, Italien, Betriebsmitarbeiter, Nidau
64. E 71307 / RRB 3072  
Di Tommaso, Gianni (m), 3. Februar 1973, Italien, Maler, Bern
65. E 69319 / RRB 2662  
Diaga, Mamadou (m), 3. September 1969, Senegal, Betriebsangestellter  
Bozzo Diaga geb. Bozzo, Manuela (f), 15. Mai 1958, Italien, Histologisch Technische Assistentin, 1 Kind, Bern
66. E 69111 / RRB 2663  
Dimeski, Vidoje (m), 24. Februar 1951, Mazedonien, Werkzeugschleifer  
Dimeska geb. Zmejkoska, Olgica (f), 17. Mai 1955, Mazedonien, Pflegehelferin, Bern

67. E 72327 / RRB 2865  
Dinc, Serdar (m), 25. August 1969, Türkei,  
Gipser / Monteur  
Dinc geb. Unudulmazkan, Tülin (f), 21. Januar 1967,  
Aufräumerin, 2 Kinder, Worb
68. E 69703 / RRB 2685  
Djordjevic geb. Sandulovic, Snezana (f), 12. Oktober  
1966, Serbien und Montenegro, Betriebsangestellte,  
Djordjevic, Zoran (m), 6. April 1967, Serbien und  
Montenegro, Metzger, 1 Kind, Langnau i. E.
69. E 72885 / RRB 3167  
Dobrota, Slobodan (m), 26. Dezember 1964, Kroatien,  
Zimmereiarbeiter  
Dobrota geb. Vranjkovic, Snjezana (f), 13. Januar  
1973, Kroatien, Verkäuferin, 2 Kinder, Bern
70. E 72463 / RRB 2842  
Dogdu, Denho (m), 22. September 1971, Türkei,  
Betriebsangestellter  
Dogdu geb. Durmaz, Marin (f), 23. August 1973,  
Türkei, Hausfrau, 3 Kinder, Langnau i. E.
71. E 72011 / RRB 3188  
Dragic, Mijo (m), 30. August 1961, Bosnien und  
Herzegowina, Bauarbeiter  
Dragic geb. Alickovic, Suvada (f), 29. Februar 1964,  
Bosnien und Herzegowina, Hausfrau, 2 Kinder,  
Steffisburg
72. E 72899 / RRB 3014  
Duah, Alexander Antwi (m), 4. März 1963, Ghana,  
Kellner, 2 Kinder, Bern
73. E 73156 / RRB 3314  
Dubak, Zlatko (m), 10. Februar 1958, Kroatien,  
Maschinentechner  
Dubak geb. Brandic, Manda (f), 7. Oktober 1965,  
Kroatien, Betriebsangestellte, 1 Kind, Seftigen
74. E 74899 / RRB 3419  
Dzinic, Mirsad (m), 6. Oktober 1964, Bosnien und  
Herzegowina, Elektromonteur  
Dzinic geb. Okanovic, Begajeta (f), 5. Februar 1965,  
Bosnien und Herzegowina, Krankenschwester,  
3 Kinder, Nidau
75. E 69516 / RRB 3320  
El Mais, Abdul Basset (m), 10 octobre 1962, Libanon,  
ouvrier,  
El Mais née Bechikhi, Siham (f), 12 septembre 1954,  
Algérie, enseignante, 3 enfants, Moutier
76. E 71321 / RRB 3287  
El-Hage, Ahmad (m), 15. August 1968, Libanon,  
Autohändler  
El-Hage geb. Rharroubi, Settie (f), 6. Juli 1967,  
Marokko, 2 Kinder, Bern
77. E 69155 / RRB 3088  
Enzler, Michael Eduard (m), 31. Juli 1972,  
Deutschland, Anlagenführer  
Enzler geb. Kostezkaja, Inessa (f), 9. September  
1973, Lettland, Serviceangestellte, Kirchberg
78. E 66905 / RRB 3073  
Ergisi, Kazim (m), 29. November 1960, Türkei,  
Mitinhaber  
Ergisi geb. Bozkurt (f), 2. Februar 1962, Türkei,  
Geschäftsführerin, 1 Kind, Bern
79. E 71325 / RRB 3074  
Faccio Alvarado, Gina Ester (f), 18. Februar 1975,  
Chile, Informatikerin, Bern
80. E 73243 / RRB 3317  
Ferati, Semi (m), 15. Februar 1974, Mazedonien,  
Metalarbeiter  
Ferati geb. Sasivari, Vasvije (f), 12. Oktober 1979,  
Mazedonien, Hausfrau, 2 Kinder, Trubschachen
81. E 72751 / RRB 3192  
Franjic, Anto (m), 10. März 1957, Bosnien und  
Herzegowina, gelernter Koch  
Franjic geb. Micic, Julka (f), 3. Mai 1962, Bosnien und  
Herzegowina, Raumpflegerin, 3 Kinder, Urtenen-  
Schönbühl
82. E 73336 / RRB 2825  
Ganesamoorthy, Naguleswaran (m), 14. Juni 1973,  
Sri Lanka, Betriebsangestellter, Bätterkinden
83. E 72916 / RRB 3075  
Gashi, Vitor (m), 30. Januar 1966, Serbien und  
Montenegro, Aufsichtsangestellter  
Gashi geb. Prdeda, Marija (f), 25. März 1971, Serbien  
und Montenegro, Hilfsbäckerin, 2 Kinder, Bern
84. E 42989 / RRB 2693  
Gavillet geb. Spechtmeier, Stephanie (m), 5. Januar  
1976, Deutschland, Oberdiessbach
85. E 74013 / RRB 3307  
Gebrehiwet, Habteab (m), 7. November 1955, Eritrea,  
Kochassistent  
Ghebretensae Gebrehiwet geb. Ghebretensae,  
Ghenet (f), 15. Februar 1961, Eritrea,  
Krankenschwester, 2 Kinder, Köniz
86. E 73160 / RRB 3400  
Gegik, Kadrija (m), 15. Januar 1961, Mazedonien,  
Maler  
Gegik geb. Karisik, Muratka (f), 21. März 1963,  
Mazedonien, Raumpflegerin, 1 Kind, Biel
87. E 69761 / RRB 3194  
Geller, Oleg Efimovitch (m), 22 avril 1961, Russland,  
mécanicien de précision  
Bartachevitch, Klara Anatoilevna (f), 11 décembre  
1959, Russland, cantatrice, Renan
88. E 72361 / RRB 2680  
Georgieva geb. Miceva, Emilija (f), 17. Juli 1976,  
Mazedonien, Verkäuferin, 2 Kinder, Ittigen

89. E 69653 / RRB 2708  
Gergoci, Agim (m), 22. September 1973, Serbien und Montenegro, Metallbauschlosser, 4 Kinder, Thun
90. E 72374 / RRB 2836  
Gërgoci, Dinë (m), 8. Februar 1971, Serbien und Montenegro, Maurer, 3 Kinder, Heimberg
91. E 71338 / RRB 2664Gjokaj, Shtjefen (m), 28. Januar 1964, Serbien und Montenegro, Bauarbeiter  
Gjokaj geb. Krasniqi, Jana (f), 15. September 1967, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 4 Kinder, Bern
92. E 69561 / RRB 2843  
Görgülü, Tahsin (m), 1. Februar 1969, Türkei, Wirt, Langnau im Emmental
93. E 73967 / RRB 3101  
Govjadovskaya Kaya geb. Govjadovskaya, Yuliya (f), 24. Juni 1984, Russland, étudiante, Tramelan
94. E 73265 / RRB 2863  
Grgic, Martin (m), 30. Mai 1957, Kroatien, Maler  
Grgic geb. Katunic-Juric, Kata (f), 12. Dezember 1960, Kroatien, Pflegehelferin, 1 Kind, Wimmis
95. E 74212 / RRB 3394  
Grljanovic, Slavisa (m), 15. Juli 1970, Serbien und Montenegro, selbständig Erwerbender  
Grljanovic geb. Tovilovic, Sladana (f), 8. Juni 1976, Serbien und Montenegro, Raumpflegerin, 3 Kinder, Bern
96. E 72325 / RRB 2683  
Gülen, Yusuf (m), 30. August 1973, Türkei, Produktionsmitarbeiter  
Gülen geb. Köşger, Selver (f), 15. Juli 1977, Türkei, Pflegeassistentin, 1 Kind, Langenthal
97. E 69770 / RRB 3298  
Haidar, Abdul Hanan (m), 6. Mai 1958, Syrien, Elektriker,  
Haidar geb. Mohamad, Layla (f), 5. März 1964, Syrien, Hausfrau, 2 Kinder, Biel
98. E 70866 / RRB 2687  
Hakaj geb. Hoti, Syzana (f), 2. Dezember 1979, Serbien und Montenegro, Hilfsarbeiterin, 1 Kind, Lauperswil
99. E 71345 / RRB 2665Haligür geb. Akbulut, Emine (f), 20. März 1971, Türkei, Wäschereiangestellte, 3 Kinder, Bern
100. E 75739 / RRB 3288  
Halitaj, Rifadije (f), 8. Februar 1979, Serbien und Montenegro, Verkäuferin, Bern
101. E 72472 / RRB 2961  
Hamidovic, Almin (m), 17. Mai 1974, Bosnien und Herzegowina, Lagerist,
102. E 71352 / RRB 3168  
Harreche, Rabah (m), 21. September 1959, Algerien, Taxihalter, Bern
103. E 73232 / RRB 2694  
Hasani, Ali (m), 28. Januar 1967, Serbien und Montenegro, Arbeiter,  
Hasani geb. Islami, Dashurije (f), 7. April 1962, Serbien und Montenegro, Raumpflegerin, 1 Kind, Oberdiessbach
104. E 73859 / RRB 3299  
Hem, Bunsen (m), 12. Dezember 1969, Kambodscha, Präzisionsmechaniker,  
Hem geb. Hong, Nan Ky (f), 18. Oktober 1975, Kambodscha, Arbeiterin, 1 Kind, Biel
105. E 72558 / RRB 2844  
Hoxha, Enver (m), 20. März 1972, Serbien und Montenegro, Bodenleger,  
Hoxha geb. Iseni, Bedrije (f), 20. Februar 1979, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 2 Kinder, Langnau i. E.
106. E 73172 / RRB 3401  
Idrizi, Dzabir (m), 18. September 1958, Mazedonien, Maler,  
Idrizi geb. Emini, Ruhide (f), 20. Oktober 1962, Mazedonien, Angestellte, 1 Kind, Biel
107. E 71904 / RRB 2858  
Ilic, Zorica (f), 28. April 1963, Bosnien und Herzegowina, Servicefachangestellte, Steffisburg
108. E 75080 / RRB 3301  
Ilic, Danijela (f), 6. April 1980, Serbien und Montenegro, Coiffeuse, Frutigen
109. E 71362 / RRB 3015  
Ilijev, Petre (m), 28. März 1959, Mazedonien, Bauarbeiter,  
Ilijev geb. Kacarska, Stojka (f), 26. September 1966, Mazedonien, Raumpflegerin, 2 Kinder, Bern
110. E 71370 / RRB 3289  
Imamovic, Edin (m), 16. Mai 1956, Bosnien und Herzegowina, IV-Rentner,  
Imamovic geb. Mijatovic, Marica (f), 24. Januar 1968, Bosnien und Herzegowina, Hausfrau, 2 Kinder, Bern
111. E 73155 / RRB 3316  
Iseni, Abduraman (m), 30. Oktober 1954, Mazedonien, Hotelfachangestellter, Thun
112. E 75130 / RRB 3408  
Islamovic, Sedin (m), 28. Juni 1965, Bosnien und Herzegowina, Koch,  
Islamovic geb. Dracic, Fatima (f), 18. Januar 1967, Bosnien und Herzegowina, Zimmermädchen, 2 Kinder, Interlaken

113. E 72130 / RRB 3021  
Istogu, Haxhi (m), 13. Oktober 1972, Serbien und Montenegro, Produktionsmitarbeiter, 2 Kinder, Ittigen
114. E 73001 / RRB 2830  
Ivanovic, Ljubisa (m), 14. September 1969, Serbien und Montenegro, Gipser,  
Ivanovic geb. Djordjevic, Zivadinka (f), 22. November 1970, Serbien und Montenegro, Schwesternhilfe, 2 Kinder, Bern
115. E 73002 / RRB 3016  
Jafarzadah geb. Areyan, Tahrah (f), 22. September 1937, Iran, Rentnerin, Bern
116. E 72864 / RRB 3097  
Jakab, Anna-Maria (f), 10. März 1966, Rumänien, Sales Consultant, Urtenen-Schönbühl
117. E 73004 / RRB 3169  
Janos, Stefan (m), 22. Dezember 1943, Slowakei, Dozent,  
Janos geb. Gerhart, Helena (f), 7. Dezember 1953, Slowakei, Hausfrau, Bern
118. E 74842 / RRB 3318  
Jasaragic, Halid (m), 18. März 1962, Bosnien und Herzegowina, Betriebsmitarbeiter,  
Jasaragic geb. Hodzic, Sadija, 25. Februar 1967, Bosnien und Herzegowina, Verkäuferin, 2 Kinder, Zollikofen
119. E 73963 / RRB 3100  
Jashari, Qamil (m), 29. février 1964, Serbien und Montenegro, ouvrier,  
Jashari née Kryeziu, Flurije (f), 7 février 1968, Serbien und Montenegro, ouvrière, 2 enfants, Sorvilier
120. E 71381 / RRB 3076  
Juric, Ivo (m), 24. August 1949, Kroatien, IV-Rentner,  
Juric, Jela (f), 8. Februar 1959, Kroatien, Lingerieangestellte, Bern
121. E 71942 / RRB 3315  
Jurisic, Joka (f), 1. Mai 1946, Bosnien und Herzegowina, IV-Rentnerin, Steffisburg
122. E 71382 / RRB 3077  
Kajtazaj, Dugagjin (m), 16. September 1974, Serbien und Montenegro, Automonteur,  
Kajtazaj geb. Istogu, Fidaije (f), 10. Februar 1978, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 1 Kind, Bern
123. E 72876 / RRB 3098  
Kalin, Mehmet (m), 25. September 1968, Türkei, Druckerhilfsarbeiter,  
Kalin geb. Giang, My Quan (f), 22. März 1947, Türkei, Küchenhilfe, Urtenen-Schönbühl
124. E 71384 / RRB 3395  
Kalule, Abdula Muisi (m), 5. Dezember 1952, Uganda, Maschinenführer, Bern
125. E 71803 / RRB 2695  
Kanagarasa, Kathikamu Velauthapillai (m), 28. Oktober 1961, Sri Lanka, Hilfskoch,  
Kanagarasa geb. Sellathurai, Susikaladevy (f), 3. August 1967, Sri Lanka, Raumpflegerin, 2 Kinder, Ostermundigen
126. E 73112 / RRB 3078  
Kandiah, Krishnapillai (m), 20. März 1964, Sri Lanka, Küchenangestellter,  
Kandiah geb. Sanmuganathan, Shyamala (f), 23. Juli 1970, Sri Lanka, Reinigungsangestellte, 1 Kind, Bern
127. E 72025 / RRB 2690  
Kandiah, Thavachelvam (m), 17. Dezember 1958, Sri Lanka, Officeangestellter,  
Kandiah geb. Velauthapillai, Umadevi (f), 28. Juni 1959, Sri Lanka, Mitarbeiterin, 3 Kinder, Muri bei Bern
128. E 72097 / RRB 3178  
Kelmendi, Jakup (m), 14. Mai 1962, Serbien und Montenegro, Staplerfahrer, 2 Kinder, Ittigen
129. E 71772 / RRB 2696  
Ketheeswaran, Subramaniam (m), 20. April 1960, Sri Lanka, IV-Rentner,  
Ketheeswaran geb. Karthigesu, Subashini (f), 2. November 1963, Sri Lanka, Raumpflegerin, 2 Kinder, Ostermundigen
130. E 74932 / RRB 3420  
Khayal, Mohamad Ali (m), 10. Juli 1967, Libanon, Diamantschleifer,  
Khayal, Khairie (f), 10. August 1976, Libanon, Hausfrau, 2 Kinder, Nidau
131. E 63730 / RRB 2654  
Kianpur, Nasser (m), 16. August 1954, Iran, Ingenieur,  
Kianpur geb. Gerami, Najad (f), 23. Juli 1958, Iran, Coiffeuse, 1 Kind, Arni
132. E 72114 / RRB 2839  
Knezevic, Ivo (m), 28. Mai 1962, Kroatien, Bauarbeiter,  
Knezevic geb. Matijevic, Danica (f), 11. April 1968, Kroatien, Verkäuferin, 3 Kinder, Ittigen
133. E 75679 / RRB 3402  
Kocan, Mustafa (m), 1. Januar 1975, Serbien und Montenegro, Chauffeur,  
Kocan geb. Ajdarpasic, Azemina (f), 5. September 1977, Serbien und Montenegro, Coiffeuse, 1 Kind, Biel
134. E 63404 / RRB 2666  
Kolukaj, Fejz (m), 18. Oktober 1961, Serbien und Montenegro, Maschinenführer,  
Kolukaj geb. Berisha, Flutrije (f), 29. Dezember 1960, Serbien und Montenegro, Reinigungsangestellte, 3 Kinder, Bern

135. E 71919 / RRB 2704  
Kostadinovic, Radivoje (m), 23. September 1946, Serbien und Montenegro, Maschinist, Kostadinovic geb. Djokovic, Milunka (f), 26. Februar 1953, Serbien und Montenegro, IV-Rentnerin, Steffisburg
136. E 75260 / RRB 3422  
Krasniqi, Shaban (m), 10. September 1950, Serbien und Montenegro, IV-Rentner, Krasniqi geb. Sailer, Heidi Gisela (f), 9. Mai 1958, Deutschland, Physiotherapeutin, 2 Kinder, Oberönz
137. E 73066 / RRB 3079  
Kulanthai, Wigneswaran (m), 20. Mai 1969, Sri Lanka, Kellner, Bern
138. E 69946 / RRB 2846  
Larsson, Peter Karl (m), 2. Januar 1976, Schweden, Student, Lyss
139. E 72905 / RRB 3170  
Latic, Muslija (m), 16. Oktober 1957, Serbien und Montenegro, Kabelmonteur, Latic geb. Muhovic, Refika (f), 22. Mai 1960, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 1 Kind, Bern
140. E 70769 / RRB 2691  
Latifi, Agim (m), 23. Juli 1972, Serbien und Montenegro, Student, Latifi geb. Zeneli, Lumnie (f), 7. April 1971, Serbien und Montenegro, Laborantin, 1 Kind, Nidau
141. E 72776 / RRB 3192  
Lazarevic, Radisa (m), 16. Oktober 1964, Serbien und Montenegro, Hochbaupolier, Lazarevic geb. Dukic, Slavica (f), 8. Januar 1970, Serbien und Montenegro, Pflegeassistentin, 2 Kinder, Urtenen-Schönbühl
142. E 30291 / RRB 3430  
Lazarevic geb. Paunovic, Volica (f), 3. August 1958, Serbien und Montenegro, Serviceangestellte, Rüdltigen-Alchenflüh
143. E 73695 / RRB 3086  
Lazarevic, Zoran (m), 26. September 1973, Serbien und Montenegro, Mechaniker, Lazarevic geb. Danilovic, Dragica (f), 15. September 1979, Serbien und Montenegro, Bäckerin, 1 Kind, Biel
144. E 74102 / RRB 3022  
Lezebur, Vlado (m), 2. Oktober 1959, Bosnien und Herzegowina, Service-Ingenieur, Lezebur geb. Slepcevic, Stanka (f), 11. November 1966, Bosnien und Herzegowina, Hausfrau, 2 Kinder, Köniz
145. E 75235 / RRB 3431  
Mahad Barre, Cabdirahman (m), 5. September 1969, Somalia, Mitarbeiter, Spiez
146. E 71463 / RRB 2859  
Mahathevan, Sritharan (m), 17. Mai 1965, Sri Lanka, Metallarbeiter, Sumiswald
147. E 71417 / RRB 2667  
Mahmuti, Sinan (m), 6. April 1960, Serbien und Montenegro, Fugendichter, Mahmuti geb. Sulejmani, Fatime (f), 13. August 1960, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 3 Kinder, Bern
148. E 45140 / RRB 3026  
Majic, Pejo (m), 18. Oktober 1978, Kroatien, Schuhmacher, Steffisburg
149. E 70871 / RRB 2709  
Makenthiram, Lingam (m), 10. Mai 1965, Sri Lanka, Hilfskoch, Makenthiram geb. Kandiah, Jeyasothy (f), 26. Juli 1967, Sri Lanka, Gastronomiemitarbeiterin, 2 Kinder, Thun
150. E 75254 / RRB 3432  
Maloku, Rahim (m), 25. August 1964, Serbien und Montenegro, Plattenleger, Maloku geb. Zejnnullahu, Zulfije (f), 17. Mai 1972, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 3 Kinder, Spiez
151. E 70991 / RRB 3305  
Malsori, Nezhdet (m), 30. August 1960, Serbien und Montenegro, Mitarbeiter, Malsori geb. Krelani, Fluter (f), 4. Januar 1961, Serbien und Montenegro, Betriebsangestellte, 3 Kinder, Kehrsatz
152. E 71661 / RRB 2697  
Manay geb. Sihyürek, Zeynep (f), 28. Dezember 1972, Türkei, Pflegerin, 1 Kind, Ostermündigen
153. E 71440 / RRB 2958  
Mani, Ruzhdi (m), 6. Mai 1965, Serbien und Montenegro, IV-Rentner, Mani geb. Mema, Zarije (f), 23. März 1964, Serbien und Montenegro, Raumpflegerin, 3 Kinder, Bern
154. E 75631 / RRB 3438  
Mariampillai, Anton (m), 16. März 1959, Sri Lanka, Küchenhilfe, 1 Kind, Wählern
155. E 72813 / RRB 2962  
Marinkovic, Radenko (m), 18. Februar 1972, Serbien und Montenegro, Staplerfahrer, Marinkovic geb. Radojic, Gordana (f), 19. Juni 1976, Serbien und Montenegro, Hauspflegerin Spitez, 1 Kind, Urtenen-Schönbühl
156. E 73018 / RRB 3017  
Maznikolli, Sokol (m), 21. April 1958, Serbien und Montenegro, Dachdecker, Maznikolli geb. Berisha, Nife (f), 26. Mai 1967, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 4 Kinder, Bern

157. E 74267 / RRB 2848  
Mezic, Edin (m), 5. Dezember 1964, Bosnien und Herzegowina, Kaufmann,  
Mezic geb. Bokunovic, Ljiljana (f), 29. Mai 1965, Bosnien und Herzegowina, Pflegerin, 3 Kinder, Meiringen
158. E 71970 / RRB 2854  
Mijailovic geb. Topalovic, Branka (f), 12. März 1932, Serbien und Montenegro, Rentnerin, Pieterlen
159. E 73151 / RRB 3190  
Milenkovic, Goran (m), 24. Januar 1969, Serbien und Montenegro, Schichtführer,  
Milenkovic geb. Rankovic, Biljana (f), 9. Juni 1973, Serbien und Montenegro, Verkäuferin, 1 Kind, Thun
160. E 75152 / RRB 3319  
Milenkovic, Jovan (m), 16. April 1952, Serbien und Montenegro, IV-Rentner  
Milenkovic geb. Radosevic, Natalija (f), 5. Januar 1953, Serbien und Montenegro, Hausfrau, Zweisimmen
161. E 72420 / RRB 3310  
Miletic, Danijela (f), 8. Juli 1977, Serbien und Montenegro, Tiefbauzeichnerin, Langenthal
162. E 73306 / RRB 3302  
Milosevic, Dalibor (m), 30. Dezember 1981, Serbien und Montenegro, Maurer, Grosshöchstetten
163. E 73065 / RRB 3080  
Mion, Raffaella (f), 3. April 1963, Italien, Sekretärin, Bern
164. E 71450 / RRB 3290  
Mitrovic, Dragan (m), 12. Juni 1963, Serbien und Montenegro, Arzt, Bern
165. E 72556 / RRB 2845  
Mitrovic, Dragan (m), 13. August 1979, Serbien und Montenegro, Mitarbeiter, Langnau im Emmental
166. E 73132 / RRB 3171  
Mohamud, Ubah (f), 13. Januar 1977, Somalia, Pflegehelferin, 1 Kind, Bern
167. E 74068 / RRB 3308  
Morgan, Brian Campbell (m), 7. August 1943, Grossbritannien, Geschäftsführer, Köniz
168. E 69792 / RRB 2867  
Morina, Xhevdet (m), 19 novembre 1957, Serbien und Montenegro, ouvrier,  
Morina geb. Ujkani, Aferdita (f), 20 juillet 1968, Serbien und Montenegro, infirmière, 4 enfants, Malleray
169. E 75058 / RRB 3300  
Murtisi, Rina (f), 16. November 1985, Mazedonien, Schülerin, Bremgarten bei Bern
170. E 75049 / RRB 3414  
Murugesu, Gajapathy (m), 28. Mai 1961, Sri Lanka, Betriebsmitarbeiter,  
Murugesu geb. Ramakrishnan, Malavily (f), 2. April 1962, Sri Lanka, Reinigungsangestellte, 2 Kinder, Koppigen
171. E 70681 / RRB 2866  
Musa, Muhamet (m), 29. März 1959, Serbien und Montenegro, Gipser,  
Musa geb. Ademi, Makfire (f), 12. Juni 1966, Serbien und Montenegro, Betriebsangestellte, 2 Kinder, Worb
172. E 70835 / RRB 2692  
Nadarasa, Anbalagan (m), 23. Juli 1976, Sri Lanka, Pflegehelfer, Nidau
173. E 66244 / RRB 2657  
Namasivayam, Srikanthan (m), 27. Mai 1955, Sri Lanka, Fabrikarbeiter,  
Srikanthan geb. Sivapathasundaram, Swarnambal (f), 12. Juni 1955, Sri Lanka, Fabrikarbeiterin, 1 Kind, Belp
174. E 74207 / RRB 3396  
Ngo geb. Van, Kim Lang (f), 10. Februar 1965, Vietnam, Hausfrau, Bern
175. E 72437 / RRB 2824  
Nguyen, Van Nguoi (m), 1. Mai 1959, Vietnam, Fabrikarbeiter,  
Nguyen geb. Phan, Thi Ngoc Lieu (f), 3. Mai 1958, Vietnam, Hausfrau, 3 Kinder, Aarberg
176. E 73364 / RRB 2675  
Nijazi, Anton (m), 24. Mai 1975, Serbien und Montenegro, Stapelfahrer,  
Nijazi geb. Karaqi, Leonora (f), 6. Januar 1977, Serbien und Montenegro, Lagermitarbeiterin, 2 Kinder, Grosshöchstetten
177. E 72826 / RRB 2861  
Nikic, Milomir (m), 10. Mai 1966, Serbien und Montenegro, Maurer,  
Nikic geb. Pantelic, Ljiljana (f), 13. Februar 1971, Serbien und Montenegro, Pflegeassistentin, 3 Kinder, Urtenen-Schönbühl
178. E 71974 / RRB 2855  
Nikolic, Bozidar (m), 5. Oktober 1956, Serbien und Montenegro, Schlosser / Schweisser, Pieterlen
179. E 71867 / RRB 3096  
Noka, Nuhi (m), 25. Februar 1957, Serbien und Montenegro, Säger,  
Noka geb. Bakolli, Adile (f), 2. Juni 1960, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 3 Kinder, Steffisburg
180. E 74416 / RRB 3409  
Noshi, Rrok (m), 29. März 1962, Serbien und Montenegro, Maschinenführer, Ittigen
181. E 70122 / RRB 2837  
Omanovic, Edisa (f), 17. Januar 1981, Bosnien und Herzegowina, Verkäuferin, Heimberg

182. E 60020 / RRB 2713  
Özdemir, Atnan (m), 15. September 1962, Türkei, Mitarbeiter,  
Özdemir geb. Efe, Nazife (f), 5. Mai 1966, Türkei,  
Köchin, 2 Kinder, Worb
183. E 73486 / RRB 3094  
Özkan, Ismail (m), 19. April 1967, Türkei,  
Druckmitarbeiter,  
Özkan geb. Kitapci, Arzu (f), 1. Juni 1972, Türkei, Be-  
triebsmitarbeiterin, 2 Kinder, Ostermundigen
184. E 72133 / RRB 3429  
Palloshi, Nevzat (m), 24. September 1963, Serbien  
und Montenegro, Hilfsarbeiter,  
Palloshi geb. Gashi, Elfete (f), 16. Juni 1961, Serbien  
und Montenegro, Hausfrau, 6 Kinder, Rüderswil
185. E 72328 / RRB 2677  
Pandur, Jasna (f), 11. Januar 1980, Bosnien und  
Herzegowina, Studentin, Interlaken
186. E 73791 / RRB 3321  
Pangaribuan, Meiman (m), 14. Mai 1935, Indonésie,  
retraité, Perrefitte
187. E 75231 / RRB 3433  
Paramasamy, Paramalingam (m), 14. Februar 1961,  
Sri Lanka, Küchenhilfe,  
Paramalingam geb. Rajah, Premawathy (f), 13. Fe-  
bruar 1966, Sri Lanka, Küchenhilfe, 3 Kinder, Spiez
188. E 73152 / RRB 3027  
Pathmanathan, Satkuru (m), 21. April 1970, Sri Lanka,  
Zuschneider / Linienführer, 2 Kinder, Thun
189. E 72833 / RRB 3437  
Pavacic, Dusko (m), 12. April 1966, Kroatien,  
Maschinist,  
Pavacic geb. Casals, Carolina (f), 24. November 1961,  
Philippinen, Krankenschwester, 2 Kinder,  
Urtenen-Schönbühl
190. E 71654 / RRB 2834  
Peethamparam, Ragumar (m), 8. Dezember 1964,  
Sri Lanka, Mechaniker,  
Ragumar geb. Thanabalasingam, Sukirtha (f),  
5. November 1968, Sri Lanka, Abpackerin, 3 Kinder,  
Büren an der Aare
191. E 73158 / RRB 3311  
Pepaj, Mark (m), 17. April 1966, Serbien und  
Montenegro, Schlosser,  
Pepaj geb. Ndrecaj, Gjone (f), 18. Juli 1968, Serbien  
und Montenegro, Raumpflegerin, 2 Kinder, Meikirch
192. E 71489 / RRB 3172  
Phan, Thoang (m), 8. Dezember 1964, Vietnam,  
Montagearbeiter,  
Phan geb. Pham, Thi Huong (f), 7. März 1966,  
Vietnam, Hausfrau, 2 Kinder, Bern
193. E 72306 / RRB 2841  
Piljic, Marko (m), 27. April 1971, Kroatien,  
Betriebsangestellter,  
Piljic geb. Pavlovic, Gordana (f), 27. November 1970,  
Kroatien, Küchenhilfe, 2 Kinder, Langenthal
194. E 72419 / RRB 3415  
Piljic, Rafo (m), 26. September 1958, Kroatien,  
Elektromechaniker,  
Piljic geb. Kovacic, Kata (f), 29. April 1963, Kroatien,  
Hausfrau, Langenthal
195. E 70864 / RRB 2710  
Ponnambalam, Sivakumar (m), 2. März 1971,  
Sri Lanka, Linienführer, Thun
196. E 71955 / RRB 2702  
Popowska, Ewa Iwona (f), 18. Mai 1956, Polen,  
Dr. Ingenieur, Pieterlen
197. E 63496 / RRB 2656  
Preradovic, Milutin (m), 11. Oktober 1964, Kroatien,  
Kellner,  
Preradovic geb. Majetic, Marija (f), 15. August 1967,  
Kroatien, Kellnerin, 2 Kinder, Beatenberg
198. E 74715 / RRB 3091  
Pulaj, Safet (m), 7. August 1951, Serbien und  
Montenegro, Gärtner, Münchenbuchsee
199. E 70836 / RRB 2850  
Qerimi, Mehmet (m), 20. März 1962, Serbien und  
Montenegro, Strassenbauer,  
Qerimi geb. Seremeti, Fatime (f), 20. Dezember 1970,  
Serbien und Montenegro, Hausfrau, 3 Kinder, Nidau
200. E 73108 / RRB 3173  
Qerkinaj geb. Shala, Shqipe (f), 22. Oktober 1978,  
Serbien und Montenegro, Maschinenführerin, Bern
201. E 73110 / RRB 3174  
Radnic, Slavka (f), 14. September 1951, Kroatien,  
Krankenschwester, Bern
202. E 69295 / RRB 3081  
Ragazzo, Andrea (m), 3. Februar 1975, Italien,  
Konstrukteur, Bern
203. E 73433 / RRB 3095  
Ramizi, Sedat (m), 13. August 1971, Serbien und  
Montenegro, Restaurantangestellter,  
Ramizi geb. Beqiroviq, Valbone (f), 9. Oktober 1973,  
Serbien und Montenegro, Pflegeassistentin, 3 Kinder,  
Ostermundigen
204. E 73077 / RRB 3291  
Ratnasigamani, Pratheepan (m), 30. Oktober 1980,  
Sri Lanka, Ausbildung zum PC-/LAN-Supporter, Bern
205. E 73431 / RRB 3187  
Ratnavel, Sasetharan (m), 1. Dezember 1968,  
Sri Lanka, Buchhalter, Ostermundigen
206. E 71507 / RRB 2668  
Rebronja, Mirsad (m), 21. Februar 1970, Serbien und  
Montenegro, Hilfsarbeiter,  
Rebronja geb. Hasanbegovic, Nusreta (f), 31. Mai  
1969, Serbien und Montenegro, Serviceangestellte,  
4 Kinder, Bern
207. E 73081 / RRB 3082  
Rebuffat, Alexandre Gerhard (m), 20. Mai 1969,  
Frankreich, Biochemiker, Bern

208. E 72422 / RRB 2655  
Redzepe, Sefki (m), 10. Mai 1974, Mazedonien, Chauffeur,  
Redzepe geb. Miftari, Dzelasvije (f), 29. Januar 1973, Mazedonien, Verkäuferin, 4 Kinder, Barga
209. E 73228 / RRB 2832  
Rey Souto, José (m), 5. August 1951, Spanien, Maurer, Biel
210. E 75498 / RRB 3425  
Rieger geb. Andelic, Dragica (f), 19. November 1961, Bosnien und Herzegowina, Servicefachangestellte, Ostermündigen
211. E 72843 / RRB 2862  
Ristic, Jovan (m), 11. Juni 1968, Serbien und Montenegro, Bauarbeiter,  
Ristic geb. Ilic, Verica (f), 18. Juli 1973, Serbien und Montenegro, Raumpflegerin, 2 Kinder, Urtenen-Schönbühl
212. E 73736 / RRB 3416  
Ristic, Mladen (m), 9. September 1959, Bosnien und Herzegowina, Krankenpfleger,  
Ribic-Ristic geb. Ribic, Dragica (f), 5. Juli 1959, Serbien und Montenegro, Office-Angestellte, 1 Kind, Matten bei Interlaken
213. E 72457 / RRB 3181  
Rizvanovic, Sead (m), 5. Mai 1970, Serbien und Montenegro, Maschinenführer,  
Rizvanovic geb. Catic, Hanifa (f), 22. August 1977, Bosnien und Herzegowina, Hausfrau, 1 Kind, Langnau i.E.
214. E 70875 / RRB 2686  
Roci, Muamet (m), 25. Januar 1979, Mazedonien, Zimmermann, Laupen
215. E 74966 / RRB 3435  
Sabaratnam, Yogarasa (m), 13. Mai 1961, Sri Lanka, Betriebsmitarbeiter,  
Sabaratnam geb. Kanagasabai, Suganthy (f), 2. Mai 1964, Sri Lanka, Betriebsmitarbeiterin, 3 Kinder, Thun
216. E 75530 / RRB 3403  
Sabbagh, Majid (m), 13. November 1964, Iran, caissier, Biel
217. E 72330 / RRB 2678  
Sabedini, Luan (m), 20. Juli 1973, Serbien und Montenegro, Gerüstmonteur, 1 Kind, Interlaken
218. E 76107 / RRB 3404  
Sabotic, Edin (m), 10. Juni 1970, Serbien und Montenegro, Maschinenmechaniker,  
Sabotic geb. Suljevic, Mersida (f), 25. Oktober 1971, Serbien und Montenegro, Verkäuferin, 2 Kinder, Biel
219. E 76105 / RRB 3405  
Sabotic, Ernad (m), 25. Oktober 1971, Bosnien und Herzegowina, Verkäufer,  
Sabotic geb. Alilovic, Senada (f), 14. November 1973, Serbien und Montenegro, Verkäuferin, 3 Kinder, Biel
220. E 73886 / RRB 3180  
Sahbaz, Fatma (f), 10. März 1982, Türkei, Schülerin, Köniz
221. E 72873 / RRB 3292  
Sahingöz, Efan (m), 18. Mai 1969, Türkei, Wirtschaftsinformatiker,  
Kaya Sahingöz geb. Kaya, Yasemin (f), 24. September 1973, Türkei, Studentin, 1 Kind, Bern
222. E 73461 / RRB 3406  
Sakica, Nikoll (m), 30. März 1971, Serbien und Montenegro, Betriebsangestellter,  
Sakica geb. Bullakaj, Vera (f), 1. Oktober 1974, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 2 Kinder, Grosshöchstetten
223. E 68269 / RRB 3193  
Sallai, Péter János (m), 31. März 1949, Ungarn, Speditionsmitarbeiter, Wynau
224. E 68217 / RRB 2703  
Sambasivam, Arunagirinathan (m), 31. August 1953, Sri Lanka, Käsesalzer,  
Sambasivam geb. Kumarasamy, Arunthathy (f), 14. Mai 1961, Sri Lanka, Betriebsangestellte, 2 Kinder, Rüdtilgen-Alchenflüh
225. E 72267 / RRB 3090  
Sate, Zija (m), 3. November 1963, Mazedonien, Lagerist,  
Sate geb. Ida, Flores (f), 14. September 1964, Mazedonien, Hausfrau, 2 Kinder, Lotzwil
226. E 74224 / RRB 3312  
Sattar, Obaid (m), 25. Juni 1965, Afghanistan, Portier, Meiringen
227. E 69152 / RRB 3099  
Sbrizza, Irena (f), 28. März 1973, Italien, assistente postale, 2 enfants, Sonceboz-Sombeval
228. E 74202 / RRB 3309  
Selladurai, Pathmanathan (m), 6. Juni 1952, Sri Lanka, Küchengehilfe,  
Pathmanathan geb. Arumugam, Santhimala (f), 29. September 1962, Sri Lanka, Betriebsangestellte, 2 Kinder, Köniz
229. E 67054 / RRB 2673  
Selmani, Dzabir (m), 29. April 1962, Mazedonien, Rangierangestellter,  
Selmani geb. Sulemani, Hedije (f), 22. Februar 1963, Mazedonien, Betriebsangestellte, 2 Kinder, Biel
230. E 70879 / RRB 2712  
Semeraro, Livianna (f), 9. Dezember 1962, Italien, Köchin, Unterseen
231. E 73218 / RRB 3092  
Serracant Beiner geb. Serracant, Anita (f), 18. März 1947, Spanien, Direktionssekretärin, Muri bei Bern
232. E 74083 / RRB 3293  
Serrano Destapado, Rui Manuel (m), 25. September 1973, Portugal, Hochbauzeichner, Bern

233. E 69793 / RRB 3441  
Shabani, Shefshet (m), 6 novembre 1962, Serbien und Montenegro, ouvrier,  
Shabani geb. Halili, Sanije (f), 20 mars 1969, Serbien und Montenegro, ménagère, 3 enfants, Malleray
234. E 76026 / RRB 3294  
Shanmuganathan, Atputhanathan (m), 24. August 1959, Sri Lanka, Koch,  
Shanmuganathan geb. Kumarasamy, Sivakumari (f), 4. April 1965, Sri Lanka, Hausfrau, 3 Kinder, Bern
235. E 74071 / RRB 3411  
Shanmuganathan, Sriharan (m), 7. August 1973, Sri Lanka, Kellner, Köniz
236. E 73054 / RRB 3175  
Shanmugarajah, Rasiyah (m), 1. Oktober 1961, Sri Lanka, Betriebsangestellter,  
Shanmugarajah geb. Ratnasingam, Vasantharani (f), 31. Oktober 1972, Sri Lanka, Raumpflegerin, 3 Kinder, Bern
237. E 71519 / RRB 2669  
Shehi, Shaban (m), 19. Juli 1953, Serbien und Montenegro, Bauarbeiter,  
Shehi geb. Shumolli, Feride (f), 10. August 1957, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 2 Kinder, Bern
238. E 63705 / RRB 3295  
Sinan, Ibrahim (m), 20. August 1959, Türkei, Küchenhilfe,  
Sinan geb. Genc, Sirin (f), 1. Februar 1964, Türkei, Küchenhilfe, 3 Kinder, Bern
239. E 69323 / RRB 2670  
Sison, Leticia Veronica Montenegro (f), 9. Juli 1957, Philippinen, Hausangestellte, Bern
240. E 64171 / RRB 2864  
Sithampari, Velautham (m), 18. Mai 1955, Sri Lanka, Küchenhilfe,  
Sithampari geb. Thambipillai, Kkomathy (f), 26. November 1961, Sri Lanka, Küchenhilfe, 2 Kinder, Wohlen bei Bern
241. E 74210 / RRB 3412  
Sivakumar, Thamothersampillai (m), 27. Juni 1970, Sri Lanka, Betriebsmitarbeiter,  
Sivakumar geb. Shanmuganathan, Rathy (f), 31. Oktober 1976, Sri Lanka, Hausfrau, 4 Kinder, Köniz
242. E 71506 / RRB 2857  
Sivanamam, Karunanithy (m), 4. November 1967, Sri Lanka, Fabrikarbeiter,  
Sivanamam geb. Raththinsingam, Kanagampigai (f), 13. Juli 1968, Sri Lanka, Hausfrau, 2 Kinder, Signau
243. E 71673 / RRB 2698  
Sivanesarajah geb. Subramaniam, Kalajothy (f), 2. Dezember 1961, Sri Lanka, KassiererIn, Ostermündigen
244. E 71515 / RRB 2831  
Sivapatham, Anpalakan (m), 14. Oktober 1976, Sri Lanka, Serviceangestellter, Bern
245. E 73927 / RRB 3023  
Sivarajah, Satkunarajah (m), 8. Februar 1959, Sri Lanka, Pastor,  
Sivarajah geb. Natkunasingham, Gunasothy (f), 13. Juni 1963, Sri Lanka, Hausfrau, 3 Kinder, Köniz
246. E 76238 / RRB 3413  
Sivaruban geb. Paramanatham, Vijitha (f), 25. September 1973, Sri Lanka, Verkäuferin, Köniz
247. E 73059 / RRB 3083  
Skarin, Jelena (f), 21. September 1982, Serbien und Montenegro, Pflegeassistentin, Bern
248. E 71587 / RRB 2851  
Somasundaram, Setheeswaran (m), 14. Juni 1965, Sri Lanka, Küchenmitarbeiter,  
Setheeswaran geb. Kasinathar, Chandradevy (f), 30. August 1961, Sri Lanka, Betagtenbetreuerin, 3 Kinder, Ostermündigen
249. E 73111 / RRB 3397  
Sönmez geb. Adsuna, Binnaz (f), 23. August 1961, Türkei, Verkäuferin, Bern
250. E 72332 / RRB 3304  
Stankovic, Rajko (m), 10. Juni 1950, Bosnien und Herzegowina, Metallbauschlossler,  
Stankovic geb. Bulum, Antonika (f), 10. Juni 1950, Bosnien und Herzegowina, Pflegerin, Interlaken
251. E 73474 / RRB 3303  
Sucurovic, Zoran (m), 1. Februar 1965, Serbien und Montenegro, Bauarbeiter,  
Sucurovic geb. Bojic, Dragica (f), 20. Juli 1973, Serbien und Montenegro, KassiererIn, 2 Kinder, Grosshöchstetten
252. E 70857 / RRB 2860  
Sulejmani, Ahmet (m), 15. Juni 1963, Serbien und Montenegro, Gerüstbauer,  
Sulejmani geb. Lika, Imrije (f), 1. Februar 1966, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 4 Kinder, Thun
253. E 71663 / RRB 2699  
Sulejmani, Ejup (m), 6. Juni 1960, Serbien und Montenegro, Gärtner,  
Sulejmani geb. Kadriji, Zialj (f), 16. Juni 1962, Serbien und Montenegro, Hausfrau, 2 Kinder, Ostermündigen
254. E 73157 / RRB 3028  
Suntheralingam, Thambialayah (m), 10. Juli 1968, Sri Lanka, Maschinenmonteur,  
Suntheralingam geb. Nalliah, Nanthinthevi (f), 24. Februar 1972, Sri Lanka, Küchenhilfe, 3 Kinder, Thun
255. E 71562 / RRB 2852  
Suthathasan, Kanapathy (m), 7. Mai 1962, Sri Lanka, Koch,  
Suthathasan geb. Thavakularatnam, Manoranjini (f), 16. April 1963, Sri Lanka, Hausfrau, 2 Kinder, Ostermündigen

256. E 73477 / RRB 2700  
Taranis, Esko (m), 15. Juni 1970, Serbien und Montenegro, Hilfsmetzger,  
Taranis geb. Korac, Sejdefa (f), 1. Juni 1972, Serbien und Montenegro, Näherin, 2 Kinder, Ostermundigen
257. E 74220 / RRB 3407  
Telesca, Vincenzo (m), 16. Oktober 1962, Italien, Elektroingenieur HTL,  
Telesca geb. Refolo, Rossana Maria Rosaria (f), 17. Juli 1967, Italien, Damencoiffeuse, 2 Kinder, Herzogenbuchsee
258. E 72071 / RRB 2856  
Tesfay, Asede (f), 21. Januar 1960, Eritrea, Haushaltshilfe, Saanen
259. E 71520 / RRB 2671  
Testic geb. Drincic, Dragana (f), 8. September 1977, Serbien und Montenegro, Mitarbeiterin, 1 Kind, Bern
260. E 73890 / RRB 3089  
Thangarasa, Easwaran (m), 2. Juni 1975, Sri Lanka, Pizzaiolo, Köniz
261. E 72954 / RRB 3084  
Tezcan, Aslan (m), 20. Mai 1960, Türkei, Betriebsmitarbeiter,  
Tezcan geb. Doldur, Zekiye (f), 15. April 1964, Türkei, Verkäuferin, 4 Kinder, Bern
262. E 76263 / RRB 3440  
Tharmalingam, Balamurugan (m), 22. November 1974, Sri Lanka, Kellner, Worb
263. E 73117 / RRB 3296  
Thillaiambalam, Ratnasigamani (m), 31. August 1951, Sri Lanka, Küchenhilfe, 1 Kind, Bern
264. E 73480 / RRB 2701  
Thirunavukarasu, Kanesalingam (m), 15. Januar 1962, Sri Lanka, Küchenangestellter,  
Thirunavukarasu geb. Sinniah, Pasunkili (f), 5. August 1967, Sri Lanka, Verkäuferin, 3 Kinder, Ostermundigen
265. E 69910 / RRB 2967  
Uçak geb. Naç, Nigar (f), 1. März 1945, Türkei, IV-Rentnerin, Ostermundigen
266. E 70141 / RRB 2847  
Ünlü, Ibrahim (m), 1. Januar 1971, Türkei, Einrichter,  
Ünlü geb. Sarisoy, Sennur (f), 1. Januar 1976, Türkei, Betriebsangestellte, 1 Kind, Lyss
267. E 71513 / RRB 3398  
Vallipuram Thurairajah, Ruban (m), 5. Juli 1967, Sri Lanka, Betriebsangestellter, Bern
268. E 69943 / RRB 2688  
Varatharajan geb. Velautham, Tharumanithi (f), 27. April 1964, Sri Lanka, Hilfsarbeiterin, 3 Kinder, Lyss
269. E 75408 / RRB 3426  
Vettivel, Indirathasa (m), 3. September 1967, Sri Lanka, Betriebsmitarbeiter, 1 Kind, Ostermundigen
270. E 73096 / RRB 3297  
Vila, Gerardo Gustavo (m), 3. August 1964, Italien, Musiklehrer, Bern
271. E 72430 / RRB 3093  
Vincent, Louis Fernando (m), 17. März 1973, Sri Lanka, Maschinenarbeiter, Oberlangenegg
272. E 75647 / RRB 3439  
Vishnusingham, Shanthakumar (m), 20. März 1975, Sri Lanka, Chauffeur, Wahlern
273. E 71424 / RRB 2705  
Vivekanandarajah geb. Thurayappa, Pushpalatha (f), 26. März 1969, Sri Lanka, Metallarbeiterin, 2 Kinder, Sumiswald
274. E 74846 / RRB 2964  
Vrh, Snezana (f), 17. Oktober 1962, Slowenien, Ärztin, 1 Kind, Zollikofen
275. E 71512 / RRB 3176  
Vula geb. Gjoshi, Almira (f), 9. Oktober 1979, Serbien und Montenegro, Verkäuferin, 1 Kind, Bern
276. E 71516 / RRB 3018  
Weinstein, Felix (m), 19. April 1946, Russland, Informatiker, Bern
277. E 73134 / RRB 3085  
Yakob, Haile (m), Eritrea, Bauarbeiter,  
Yakob geb. Kidane, Asgedet (f), 20. Juli 1957, Eritrea, Hausfrau, 1 Kind, Bern
278. E 73141 / RRB 3019  
Yakut geb. Sengül, Cevahir (f), 14. Mai 1955, Türkei, Betriebsangestellte, Bern
279. E 70440 / RRB 2674  
Yavuz, Ismail (m), 20. November 1963, Türkei, Autospengler,  
Yavuz geb. Aktay, Ayse (f), 5. Juli 1970, Türkei, Hausfrau, 4 Kinder, Biel
280. E 72970 / RRB 3177  
Yildirimlar, Kemal (m), 10. Juli 1968, Türkei, Heizungsmonteur,  
Yildirimlar, Suna (f), 24. Februar 1971, Türkei, Küchenhilfe, 2 Kinder, Bern
281. E 72980 / RRB 2672  
Yogananthan, Muthuckumar (m), 7. Februar 1956, Sri Lanka, Hilfsbäcker,  
Yogananthan geb. Balasuntharam, Anusha (f), 16. März 1967, Sri Lanka, Raumpflegerin, 1 Kind, Bern
282. E 73575 / RRB 2833  
Zeric, Mirhad (m), 8. Oktober 1976, Bosnien und Herzegowina, Student, Biel
- II. In der Schweiz aufgewachsen; Gesuch vor dem 25. Altersjahr eingereicht /*
283. E 67676 / RRB 2744  
Abdirahman, Asia (f), 16. Mai 1986, Somalia, Schülerin, Uetendorf

284. E 73148 / RRB 3343  
Abdullahi, Abdiaziz (m), 24. November 1988, Somalia, Schüler, Thun
285. E 73133 / RRB 3344  
Abdullahi, Mohamed (m), 29. Dezember 1984, Somalia, Schüler, Thun
286. E 73000 / RRB 3323  
Abukar, Suldano (f), 1. Dezember 1982, Somalia, Praktikantin, Bern
287. E 68239 / RRB 2745  
Abukar Saleman, Mohamed (m), 16. Januar 1989, Somalia, Schüler, Uetendorf
288. E 73145 / RRB 2890  
Ahmadyar, Fahime (f), 23. April 1986, Afghanistan, Mitarbeiterin, Thun
289. E 73146 / RRB 2891  
Ahmadyar, Farhad (m), 18. Mai 1989, Afghanistan, Schüler, Thun
290. E 72982 / RRB 3444  
Akçasayar, Ceyhun (m), 8. Juni 1984, Türkei, Mediamatiker, Bern
291. E 71554 / RRB 3208  
Aktas, Tolga (m), 12. Januar 1987, Türkei, Schüler, Studen
292. E 71553 / RRB 3209  
Aktas, Tugba (f), 26. Mai 1981, Türkei, Lehre als Hotelfachangestellte, Studen
293. E 76262 / RRB 3472  
Anicic, Marijana (f), 25. Dezember 1986, Kroatien, Schülerin, Thun
294. E 67753 / RRB 2893  
Aqtashi, Baktash (m), 12. Januar 1986, Afghanistan, Schüler, Worb
295. E 67773 / RRB 2894  
Aqtashi, Kanishka (m), 29. April 1990, Afghanistan, Schüler, Worb
296. E 72879 / RRB 3030  
Arasan, Burçin (f), 13. Januar 1986, Türkei, Lehre als Schuhverkäuferin, Bern
297. E 72048 / RRB 2752  
Arisoy, Yusuf (m), 15 novembre 1986, Türkei, écolier, Moutier
298. E 72880 / RRB 3103  
Atanasovski, Aleksandar (m), 6. Juni 1986, Mazedonien, Schüler, Bern
299. E 71095 / RRB 2868  
Attanasio, Simona (f), 8. Juni 1986, Italien, Lehre als Büroangestellte, Bern
300. E 73230 / RRB 2755  
Avdulahi, Shqipe (f), 13. Februar 1992, Serbien und Montenegro, Schülerin, Ostermundigen
301. E 69088 / RRB 2746  
Avdyli, Rexhep (m), 7. Januar 1985, Serbien und Montenegro, Heizungsmonteur, Uetendorf
302. E 73812 / RRB 3451  
Ayas, Huseyin (m), 16. Januar 1985, Türkei, Schüler, Biel
303. E 73222 / RRB 3115  
Backic, Sanja (f), 24. Mai 1982, Serbien und Montenegro, kaufmännische Angestellte, Oberdiessbach
304. E 68675 / RRB 3469  
Baftiu, Arbenita (f), 16. September 1984, Serbien und Montenegro, Schülerin, Spiez
305. E 68676 / RRB 3470  
Baftiu, Artan (m), 9. Juni 1986, Serbien und Montenegro, Schüler, Spiez
306. E 72046 / RRB 2738  
Bajic, Darijo (m), 5. April 1986, Kroatien, Lehrer als Lüftungsanlagebauer, Steffisburg
307. E 72045 / RRB 2739  
Bajic, Mario (m), 6. Juli 1983, Kroatien, Lehre als Bodenleger, Steffisburg
308. E 70688 / RRB 2895  
Barbaric, Mijo (m), 4. März 1987, Kroatien, Schüler, Worb
309. E 73118 / RRB 2742  
Ba-Serkhang, Dolma (f), 23. November 1985, China, Schülerin, Thun
310. E 73234 / RRB 2884  
Baykan, Emin Cesur (m), 25. Mai 1988, Türkei, Schüler, Ostermundigen
311. E 71131 / RRB 2869  
Berisha, Bardh (m), 22. Oktober 1982, Serbien und Montenegro, Servicefachangestellter, Bern
312. E 68751 / RRB 2899  
Berishaj, Shkelzen (m), 8 novembre 1979, Serbien und Montenegro, apprenti automaticien, Tavannes
313. E 71404 / RRB 3214  
Berishaj, Suzane (f), 24 août 1985, Serbien und Montenegro, aide de cuisine, Tavannes
314. E 76240 / RRB 3463  
Bragagnolo, Ivan (m), 29. September 1976, Italien, Buchhalter, Lyss
315. E 72990 / RRB 3196  
Bura, Luciana (f), 11. Mai 1986, Kroatien, Schülerin, Bern
316. E 73888 / RRB 2965  
Caivano, Carmela (f), 1. Februar 1990, Italien, Schülerin, Köniz
317. E 73887 / RRB 2966  
Caivano, Francesco (m), 11. September 1988, Italien, Schüler, Köniz

318. E 71160 / RRB 2718  
Cajic, Sanela (f), 14. September 1985, Bosnien und Herzegowina, Schülerin, Bern
319. E 72049 / RRB 2727  
Canaj, Shyhrete (f), 19. April 1979, Serbien und Montenegro, Lagermitarbeiterin, Langenthal
320. E 71179 / RRB 3104  
Casablanca, Loredana (f), 27. Dezember 1984, Italien, Wirtschaftsmittelschülerin, Bern
321. E 71184 / RRB 2870  
Catarino Lopes, Ana Rita (f), 5. April 1986, Portugal, Gymnasiastin, Bern
322. E 75601 / RRB 3479  
Catic, Amar (m), 19. November 1987, Bosnien und Herzegowina, Schüler, Wahlern
323. E 75685 / RRB 3452  
Cimenoglu, Mine (f), 15. Juli 1981, Türkei, Hilfsarbeiterin, Biel
324. E 75682 / RRB 3453  
Cimenoglu, Nihal (f), 26. Februar 1983, Türkei, Hilfsarbeiterin, Biel
325. E 75084 / RRB 3487  
Costoya, Otilia (f), 5. September 1978, Spanien, étudiante, Saint-Imier
326. E 74814 / RRB 3464  
vetkov, Slave (m), 27. November 1982, Mazedonien, Sanitärinstallateur, Münchenbuchsee
327. E 75744 / RRB 3324  
D'Amico, Loredana (f), 30. März 1978, Italien, Verkäuferin, Bern
328. E 71950 / RRB 2887  
Daneva geb. Spasevska, Daniela (f), 5. Oktober 1980, Mazedonien, Pflegeassistentin, 1 Kind, Steffisburg
329. E 76225 / RRB 3332  
Delic, Azra (f), 26. Oktober 1988, Bosnien und Herzegowina, Schülerin, Hasle bei Burgdorf
330. E 76112 / RRB 3482  
Di Giovanni, Francesca (f), 30. Juni 1985, Italien, Lehre als Dentalassistentin, Worb
331. E 76113 / RRB 3483  
Di Giovanni, Maria Calogera (f), 3. Januar 1983, Italien, Büroangestellte, Worb
332. E 76111 / RRB 3484  
Di Giovanni, Veronica (f), 4. Februar 1988, Italien, Schülerin, Worb
333. E 74134 / RRB 3445  
Dianiskova, Agata (f), 9. April 1986, Slowakei, Schülerin, Bern
334. E 72265 / RRB 2729  
Doymus, Ebru (f), 25. März 1983, Türkei, Lehre als Dentalassistentin, Lotzwil
335. E 69791 / RRB 2743  
Ejike geb. Nguyen, Quy Thi Hoang (f), 27. Juli 1979, Vietnam, Sachbearbeiterin, Thun
336. E 73950 / RRB 3334  
Esteves Pereira, Miguel Angelo (m), 5. August 1979, Brasilien, Sachbearbeiter, Köniz
337. E 75252 / RRB 3213  
Fanelli, Marco (m), 30. Januar 1989, Italien, écolier, La Ferrière
338. E 72373 / RRB 2878  
Ferrao Leal, Gil Duarte (m), 9. Oktober 1984, Portugal, Gymnasiast, Ittigen
339. E 73762 / RRB 3203  
Feruk, Adrijana (f), 20. Juli 1989, Mazedonien, Schülerin, Matten bei Interlaken
340. E 73760 / RRB 3204  
Feruk, Denis (m), 2. August 1984, Mazedonien, Lehre als Koch, Matten bei Interlaken
341. E 72403 / RRB 2716  
Fetija, Nazmije (f), 26. Januar 1984, Serbien und Montenegro, Lehre als Krankenschwester, Aarberg
342. E 71331 / RRB 2871  
Francone, Dorothea (f), 10. Oktober 1985, Italien, Lehre als kaufmännische Angestellte, Bern
343. E 72742 / RRB 3211  
Franjic, Marijana (f), 9. Mai 1985, Bosnien und Herzegowina, Auszubildende, Urtenen-Schönbühl
344. E 73880 / RRB 3335  
Fuentes, Maria del Carmen (f), 12. September 1981, Spanien, Studentin, Köniz
345. E 76167 / RRB 3462  
Gashi, Hidajete (f), 25. Oktober 1982, Serbien und Montenegro, Pflegeassistentin, Langenthal
346. E 73142 / RRB 3454  
Gegik, Hasim (m), 5. September 1983, Mazedonien, Maler, Biel
347. E 73161 / RRB 3455  
Gegik, Lejlja (f), 16. Juni 1985, Mazedonien, Schülerin, Biel
348. E 73188 / RRB 2968  
Gelter, Christiane Manuela (f), 26. Mai 1985, Deutschland, Lehre als Hauswirtschafterin, Seeberg
349. E 72999 / RRB 3446  
Gerion, Zoran (m), 26. Dezember 1985, Kroatien, Schüler, Bern
350. E 74459 / RRB 3331  
Gilmartin, Olivier (m), 2. November 1988, Schweden, Schüler, Grindelwald
351. E 72333 / RRB 2883  
Goedermans, Kathleen (f), 20. Juli 1990, Belgien, Schülerin, Orpund

352. E 73003 / RRB 3105  
Goi, Monica (f), 7. November 1979, Italien, kaufmännische Angestellte, Bern
353. E 72929 / RRB 3106  
Gonçalves Fernandes, Joana Sofia (f), 14. Februar 1985, Portugal, Schülerin, Bern
354. E 72042 / RRB 2731  
Grgic, Ivana (f), 26. August 1985, Kroatien, Lehre als Detailhandelsangestellte, Melchnau
355. E 73813 / RRB 3114  
Gullo, Loredana (f), 24. Juli 1983, Italien, Lehre als medizinische Praxisassistentin, Lützelflüh
356. E 74835 / RRB 3485  
Habibija, Lamija (f), 1. Februar 1989, Bosnien und Herzegowina, Schülerin, Zollikofen
357. E 74834 / RRB 3486  
Habibija, Lejla (f), 17. Oktober 1985, Bosnien und Herzegowina, Gymnasiastin, Zollikofen
358. E 72764 / RRB 2892  
Hadzic, Aladin (m), 24. August 1984, Bosnien und Herzegowina, Student, Urtenen-Schönbühl
359. E 76394 / RRB 3210  
Hamidovic, Eldana (f), 30. Juli 1991, Bosnien und Herzegowina, Schülerin, Thun
360. E 70019 / RRB 2726  
Hasher, Zafar (m), 19. Mai 1986, Afghanistan, Schüler, Ittigen
361. E 72460 / RRB 2728  
Iapello, Maria (f), 12. März 1986, Italien, Schülerin, Langnau im Emmental
362. E 73177 / RRB 3456  
Idrizi, Adnan (m), 2. November 1983, Mazedonien, Betriebsangestellter, Biel
363. E 74840 / RRB 3116  
Indrakumar, Surekka (f), 21. November 1988, Sri Lanka, Schülerin, Rüdtilgen-Alchenflüh
364. E 73464 / RRB 3113  
Jahaj, Nikolla (m), 25. Juli 1984, Serbien und Montenegro, Lehre als Drucktechnologe, Grosshöchstetten
365. E 76410 / RRB 3473  
Jakubowski, Tobiasz (m), 14. Mai 1990, Polen, Schüler, Thun
366. E 73957 / RRB 3120  
Jashari, Jashar (m), 30. September 1985, Serbien und Montenegro, apprenti cuisinier, Sorvilier
367. E 73582 / RRB 3206  
Jeyasikamani, Mayutharan (m), 22. September 1984, Sri Lanka, Schüler, Ostermundigen
368. E 71373 / RRB 2872  
Jonuzi, Mizajete (f), 3. Juli 1984, Mazedonien, Serviceangestellte, Bern
369. E 71379 / RRB 2719  
Jovanovic, Milena (f), 21. November 1985, Bosnien und Herzegowina, Handelsschülerin, Bern
370. E 71380 / RRB 3107  
Juric, Ana (f), 26. Juni 1985, Kroatien, Lehre als Pharma-Assistentin, Bern
371. E 72782 / RRB 3477  
Kanagalingam, Bratheeban (m), 25. April 1981, Sri Lanka, Lehre als Flugsicherungsangestellter, Urtenen-Schönbühl
372. E 72724 / RRB 3478  
Kanagalingam, Piratheeba (f), 23. Dezember 1984, Sri Lanka, Hausfrau, 1 Kind, Urtenen-Schönbühl
373. E 72459 / RRB 3031  
Kanesh, Mathivathanan (m), 6. Mai 1981, Sri Lanka, Maler, Langnau im Emmental
374. E 72405 / RRB 3322  
Kapic, Sabrina (f), 29. Juni 1985, Bosnien und Herzegowina, Lehre als kaufm. Angestellte, Aarberg
375. E 72935 / RRB 3197  
Karaer, Cidem (f), 12. Mai 1986, Türkei, Schülerin, Bern
376. E 74829 / RRB 2749  
Karunakaran, Thusanthini (f), 18. Oktober 1988, Sri Lanka, Schülerin, Zollikofen
377. E 67945 / RRB 2723  
Karunanithy, Kamalakasani (f), 2. Dezember 1985, Sri Lanka, Schülerin, Busswil bei Büren
378. E 67947 / RRB 2724  
Karunanithy, Subasini (f), 9. November 1988, Sri Lanka, Schülerin, Busswil bei Büren
379. E 72946 / RRB 3447  
Kilic, Cevahir (m), 11. Juni 1985, Türkei, Gymnasiast, Bern
380. E 72948 / RRB 3448  
Kilic, Eren (m), 1. Juli 1986, Türkei, Lehre als Schreiner, Bern
381. E 74838 / RRB 2896  
Klima, Petra Andrea (f), 25. Mai 1985, Tschechische Republik, Studentin, Zollikofen
382. E 72015 / RRB 2881  
Klipic, Anis (m), 2. Januar 1990, Bosnien und Herzegowina, Schüler, Muri bei Bern
383. E 72017 / RRB 2882  
Klipic, Samir (m), 27. September 1987, Bosnien und Herzegowina, Schüler, Muri bei Bern
384. E 71827 / RRB 3207  
Koç, Erhan (m), 5. Juni 1985, Türkei, Lehre als Metallbauer, Steffisburg
385. E 71843 / RRB 3342  
Koç, Sevda (f), 23. März 1982, Türkei, Lehre als Hochbauzeichnerin, Steffisburg

386. E 67679 / RRB 3336  
Krasniqi, Armend (m), 7. Juni 1989, Serbien und Montenegro, Schüler, Köniz
387. E 75274 / RRB 3466  
Krasniqi, Sofija (f), 27. März 1986, Serbien und Montenegro, Anlehre als Köchin, Oberönz
388. E 74833 / RRB 2969  
Kurt, Berin (f), 3. Dezember 1987, Türkei, Schülerin, Zollikofen
389. E 72891 / RRB 3198  
Latic, Azemina (m), 30. März 1986, Serbien und Montenegro, Verkäuferin, Bern
390. E 72919 / RRB 3108  
Liu, Ka-Kent (m), 25. April 1984, Grossbritannien, Gymnasiast, Bern
391. E 73197 / RRB 2733  
Ljumic, Adi (m), 6. Mai 1987, Bosnien und Herzegowina, Schüler, Muri bei Bern
392. E 73199 / RRB 2734  
Ljumic, Inda (f), 6. Mai 1987, Bosnien und Herzegowina, Schülerin, Muri bei Bern
393. E 73006 / RRB 3325  
Loforti, Melania (f), 5. September 1981, Italien, Studentin, Bern
394. E 73168 / RRB 3200  
Markovic, Sijetlana (f), 21. Februar 1979, Kroatien, Lageristin, Ersigen
395. E 72008 / RRB 2737  
Mata, Carol Ann Victoria (f), 23. April 1984, Frankreich, Schülerin, Saanen
396. E 65409 / RRB 2720  
Meins, Linda Anke (f), 1. Mai 1984, Deutschland, Gymnasiastin, Bern
397. E 72001 / RRB 2886  
Miceli, Jessica (f), 1. September 1982, Italien, Lehre als Gastronomiefachassistentin, Pieterlen
398. E 73375 / RRB 2876  
Milosevic, Danimir (m), 16. November 1983, Serbien und Montenegro, Lehre als Maurer, Grosshöchstetten
399. E 74841 / RRB 3119  
Mitkovic, Danijela (f), 5. Juni 1983, Serbien und Montenegro, Lehre als kaufmännische Angestellte, Zollikofen
400. E 68238 / RRB 2747  
Mohamed, Mustafa (m), 10. März 1990, Somalia, Schüler, Uetendorf
401. E 68236 / RRB 2748  
Mohamed, Rayan (f), 10. März 1990, Somalia, Schülerin, Uetendorf
402. E 73063 / RRB 3109  
Muhaxheri, Ylber (m), 17. Mai 1986, Serbien und Montenegro, Lehre als Hochbauzeichner, Bern
403. E 76236 / RRB 3465  
Mujaj Rama geb. Mujaj, Shkëndije (f), 2. Mai 1979, Serbien und Montenegro, Betriebsangestellte, Münchenbuchsee
404. E 72305 / RRB 2725  
Netzschwitz, Nele (f), 23. September 1983, Deutschland, Maturantin, Evilard
405. E 73242 / RRB 3341  
Nguyen, Lien (f), 21. Dezember 1986, Kanada, Schülerin, Ostermundigen
406. E 71482 / RRB 3326  
Nguyen, Thi Diem Kieu (f), 19. Juli 1985, Vietnam, Lehre als kaufmännische Angestellte, Bern
407. E 73138 / RRB 3110  
Nguyen, Thi Thuy Trang (f), 10. November 1983, Vietnam, Betriebsmitarbeiterin, Bern
408. E 69707 / RRB 2873  
Nicastro, Dario (m), 8. August 1985, Italien, Schüler, Biel
409. E 71870 / RRB 3117  
Noka, Saranda (m), 29. August 1985, Serbien und Montenegro, Schülerin, Steffisburg
410. E 72041 / RRB 2888  
Novosel, Ivana (f), 8. April 1987, Kroatien, Schülerin, Steffisburg
411. E 72040 / RRB 2889  
Novosel, Nikolina (f), 24. März 1984, Kroatien, Lehre als kaufmännische Angestellte, Steffisburg
412. E 65040 / RRB 3032  
Nunes Caetano geb. Gambazza, Myriam (f), 23. März 1977, Italien, employée de commerce, Bévillard
413. E 74296 / RRB 3195  
Oliveira Bento, Fabiano (m), 14. April 1986, Portugal, Schüler, Aarberg
414. E 70124 / RRB 2877  
Omanovic, Aida (f), 5. Dezember 1986, Bosnien und Herzegowina, Schülerin, Heimberg
415. E 72404 / RRB 3102  
Özkan, Hülya (f), 20. August 1985, Türkei, Schülerin, Aarberg
416. E 71649 / RRB 3467  
Öztürk, Mehmet Resat (m), 5. Dezember 1991, Türkei, Schüler, Ostermundigen
417. E 71648 / RRB 3468  
Öztürk, Tugce-Melek (f), 24. Januar 1989, Türkei, Schülerin, Ostermundigen
418. E 72370 / RRB 2897  
Pagliari, Sandro (m), 26. Mai 1984, Italien, coiffeur, Reconvilier
419. E 72367 / RRB 2898  
Pagliari, Vanessa (f), 16. Oktober 1987, Italien, écolière, Reconvilier

420. E 71521 / RRB 2874  
Pastoriza, Julio (m), 5. März 1980, Spanien, kaufmännischer Angestellter, Biel
421. E 70587 / RRB 2879  
Pieper geb. Wagner, Simone (f), 19. April 1979, Deutschland, Lehre als Krankenschwester, Langenthal
422. E 74173 / RRB 3449  
Pizzuto, Giovanni (m), 15. August 1979, Italien, Strassenbauer, Bern
423. E 73062 / RRB 3199  
Pomilio, Morena (f), 28. Mai 1986, Italien, Schülerin, Bern
424. E 75541 / RRB 3457  
Prizreni, Fjolla (f), 26. Februar 1991, Serbien und Montenegro, Schülerin, Biel
425. E 75543 / RRB 3458  
Prizreni, Puhia (f), 22. April 1983, Serbien und Montenegro, Schülerin, Biel
426. E 73725 / RRB 2730  
Puskaric, Andrijana (f), 18. November 1988, Kroatien, Schülerin, Matten bei Interlaken
427. E 73061 / RRB 3327  
Ratnasigamani, Navaneeth (m), 26. August 1984, Sri Lanka, Lehre als Buchbinder, Bern
428. E 68678 / RRB 2900  
Ribeiro Oliveira, Hugo Miguel (m), 26 mars 1979, Portugal, étudiant, Tavannes
429. E 73220 / RRB 3205  
Roberto, Francesca (f), 9. Januar 1988, Italien, Lehre als kaufmännische Angestellte, Muri bei Bern
430. E 73060 / RRB 3328  
Ruga, Manuela (f), 17. September 1983, Serbien und Montenegro, Lehre als kaufm. Angestellte, Bern
431. E 73915 / RRB 3337  
Rukunakumar, Achuthan (m), 24. Juli 1988, Sri Lanka, Schüler, Köniz
432. E 73881 / RRB 3202  
Sahbaz, Sümeyra (f), 19. Juli 1983, Türkei, Schülerin, Köniz
433. E 68335 / RRB 2753  
Sahiti, Alberta (f), 7 octobre 1984, Serbien und Montenegro, étudiante, Tavannes
434. E 74867 / RRB 3471  
Salihaj, Haxhe (m), 22. September 1983, Serbien und Montenegro, Lehre als Sanitärmoniteur, Steffisburg
435. E 74826 / RRB 3212  
Sarıkaya, Gülten (f), 21. August 1985, Türkei, Schülerin, Zollikofen
436. E 75083 / RRB 3330  
Sellathurai, Ajantha (f), 22. März 1989, Sri Lanka, Schülerin, Bremgarten bei Bern
437. E 72366 / RRB 3201  
Sfirri, Stefania (f), 19. November 1985, Italien, Schülerin, Ittigen
438. E 57226 / RRB 3459  
Sinnathurai geb. Manickam, Vijayakala (f), 20. Oktober 1977, Sri Lanka, Verkäuferin, 2 Kinder, Biel
439. E 75035 / RRB 3118  
Sivakollunthu, Elilone (m), 21. Januar 1992, Sri Lanka, Schüler, Trachselwald
440. E 73099 / RRB 3111  
Sivayokeswaran, Sindushya (f), 24. März 1985, Sri Lanka, Auszubildende, Bern
441. E 66247 / RRB 2717  
Srikanthan, Dhaksha (f), 6. Mai 1983, Sri Lanka, Lehre als Informatikerin, Belp
442. E 73109 / RRB 3112  
Sriranjan, George Rosanth (m), 18. Juni 1986, Sri Lanka, Schüler, Bern
443. E 71504 / RRB 2721  
Stanislaus, Vijayathas (m), 12. Januar 1986, Sri Lanka, Schüler, Bern
444. E 76265 / RRB 3474  
Sungur, Emine (f), 1. Januar 1986, Türkei, Schülerin, Thun
445. E 76267 / RRB 3475  
Sungur, Müslüm (m), 1. Januar 1987, Türkei, Schüler, Thun
446. E 64882 / RRB 2880  
Tairi, Ajrus (m), 12. September 1978, Mazedonien, Autolackierer, Langenthal
447. E 74394 / RRB 3461  
Tanaskovic, Nadezda (f), 21. Mai 1985, Serbien und Montenegro, Schülerin, Ittigen
448. E 69801 / RRB 2740  
Theiventhiran, Thaneskumar (m), 4. Mai 1985, Sri Lanka, Schüler, Sumiswald
449. E 69802 / RRB 2741  
Theiventhiran, Tharsika (m), 21. März 1990, Sri Lanka, Schülerin, Sumiswald
450. E 71540 / RRB 2885  
Toma, Angelica (f), 15. Oktober 1986, Italien, Schülerin, Ostermundigen
451. E 71541 / RRB 2736  
Toma, Sandro (m), 25. November 1990, Italien, Schüler, Ostermundigen
452. E 75638 / RRB 3460  
Trujic, Zance (m), 15. September 1978, Serbien und Montenegro, Hausmeister, Biel
453. E 52476 / RRB 3333  
Tupek, Robert (m), 23. Juli 1977, Kroatien, Maschinenmechaniker, Herzogenbuchsee

454. E 74693 / RRB 3339  
Turkanovic, Denis (m), 20. Januar 1985, Bosnien und Herzegowina, Lehre als Schreiner, Münchenbuchsee
455. E 74690 / RRB 3340  
Turkanovic, Elvis (m), 17. Januar 1982, Bosnien und Herzegowina, Lehre als Krankenpfleger, Münchenbuchsee
456. E 74828 / RRB 2750  
Turlizzi, Samanta (f), 19. Januar 1989, Italien, Schülerin, Zollikofen
457. E 74827 / RRB 2751  
Turlizzi, Vania (f), 12. November 1986, Italien, Schülerin, Zollikofen
458. E 75605 / RRB 3480  
Ukaj, Mihill (m), 29. September 1990, Serbien und Montenegro, Schüler, Wahlern
459. E 75149 / RRB 3476  
Vaikunthavasani, Vijitha (f), 20. Mai 1985, Sri Lanka, Lehre als Pflegeassistentin, Unterseen
460. E 74223 / RRB 3338  
Verges, Pablo (m), 22. Januar 1986, Spanien, Student, Meiringen
461. E 75604 / RRB 3481  
Vllasaliu, Merita (f), 11. April 1981, Serbien und Montenegro, Verkäuferin, Wahlern
462. E 72981 / RRB 2722  
Yoganathan, Yathavan (m), 9. Oktober 1986, Sri Lanka, Schüler, Bern
463. E 73114 / RRB 3329  
Yogarasa, Narmatha (f), 17. September 1983, Sri Lanka, Schülerin, Bern
464. E 71555 / RRB 2875  
Zairi, Valentina (f), 24. Juli 1983, Serbien und Montenegro, Lehre als kaufm. Angestellte, Büren a.A.
465. E 70545 / RRB 2732  
Zeqaj, Besarta (f), 16. April 1983, Serbien und Montenegro, Verkäuferin, Melchnau
466. E 73144 / RRB 3450  
Zukanovic, Dzenana (f), 26. Juni 1977, Bosnien und Herzegowina, Call Center Agent, Bern

Total Einbürgerungsgebühren 1 010 000 Franken

## Fragestunde

Frage 16

### Lilo Lauterburg-Gygax, Bern (GFL) – Steuererleichterungen für hohe Managementlöhne: Das verträgt sich nicht – oder?

Der Kanton hat der ZLB Bioplasma AG einen Steuererlass während acht Jahren zugesichert. Dieser Einnahmeverzicht liegt in der Grössenordnung von 80 Millionen, welche von Kanton und Stadt Bern zu tragen sind. Die Entscheidungsbefug-

nishat aber allein der Kanton. Nun wurde bekannt, dass der Chef der Berner ZLB bereits im letzten Geschäftsjahr eine Entschädigung von gesamthaft über einer Million Franken erhalten hat und der Chef des ZLB-Mutter-Konzerns sogar 4,8 Millionen.

Die Unternehmung hat die Steuergeschenke ganz offensichtlich nicht (mehr?) nötig. Hat der Regierungsrat darum die Fortsetzung des Steuererlasses jetzt sistiert? Falls nicht, warum nicht?

**Urs Gasche**, Finanzdirektor. Tatsächlich wurde bekannt, der ZLB Bioplasma sei eine Steuererleichterung nach Artikel 84 des Steuergesetzes gewährt worden. Der Inhalt und Umfang dieser Erleichterung unterliegen dem gesetzlichen Steuerheimnis. Ich nehme aber die Gelegenheit wahr, einiges auszuführen zur aufgeworfenen Frage und auch deren Kontext etwas auszuleuchten.

Wir müssen uns bewusst sein, dass eine Steuererleichterung weder ein so genanntes Steuergeschenk noch ein nachträglicher Steuererlass ist, sondern eine zukunftsgerichtete Massnahme der Wirtschaftsförderung zur Stärkung der bernischen Volkswirtschaft. Damit die Steuererleichterung gewährt werden kann, sind entsprechende gesetzliche Bedingungen zu erfüllen, beispielsweise die Gründung oder Ansiedlung eines Unternehmens im Interesse der bernischen Volkswirtschaft, die Verlegung eines Unternehmens aus Gründen der Orts- oder Regionalplanung, die Erleichterung einer im Interesse der bernischen Volkswirtschaft liegenden Umstrukturierung in betrieblicher, produktions- oder absatzmässiger Hinsicht. Vorausgesetzt wird dabei nicht etwa, dass es sich beim begünstigten Adressaten um ein Not leidendes Unternehmen handelt, das durch den Steuererlass nachträglich eine Erleichterung beanspruchen könnte. Sondern eine ganz wichtige Voraussetzung ist, dass dieses Instrument gezielt zur Stärkung unserer Volkswirtschaft eingesetzt wird.

Die Gewährung solcher Steuererleichterungen wird regelmässig mit Bedingungen verknüpft, beispielsweise der, die ordentlichen Abschreibungen vorzunehmen, die Ausschüttungen an die Aktionäre zu begrenzen und so weiter. Im Rahmen solcher Steuererleichterungen wird die Lohngestaltung nicht geprüft. Bei der Veranlagung aller juristischen Personen wird jedoch abgeklärt, ob der Aufwand für die Löhne als geschäftsmässig begründet akzeptiert werden kann. Dabei werden die Grösse des Unternehmens und die ausgewiesenen Geschäftsergebnisse in die Beurteilung einbezogen. Diese Beurteilung erfolgt unabhängig von einer allfälligen Steuererleichterung.

Nur am Rand stelle ich hier fest, dass die beanstandeten Kadergehälter der ZLB Bioplasma AG in Form von letztlich vergleichsweise hohen Steuerzahlungen auch einen Vorteil für den Kanton darstellen, soweit diese Personen im Kanton Bern wohnen und als natürliche Personen ihre Steuern entrichten.

Zu bedenken ist, dass für Konzern-Muttergesellschaften mit Sitz in anderen Kantonen oder im Ausland der Sitzkanton oder das Sitzland für die steuerliche Beurteilung zuständig ist und der Kanton Bern darauf keinen Einfluss hat.

Der Regierungsrat sieht keine Veranlassung, diesen Entscheid auf Steuererleichterung zu sistieren, solange seine Auflagen vollumfänglich erfüllt werden. Ein anderes Vorgehen wäre mit der Rechtssicherheit nicht vereinbar und könnte auch nicht mit dem geltenden Steuerrecht begründet werden.

**Lilo Lauterburg-Gygax**, Bern (GFL). Mich interessiert, ob der Regierungsrat mit Firmen, die in den Genuss solcher Steuererleichterungen kommen, Kontakt hat und ob bei solch günstigem Geschäftsverlauf wie offensichtlich dem der ZLB

Bioplasma AG auch thematisiert wird, den Steuererlass zu reduzieren.

**Urs Gasche**, Finanzdirektor. Der Kontakt mit diesen Firmen wird nicht speziell und vor allem nicht speziell aus der Steueroptik gepflegt, sondern es gelten die festgelegten Bedingungen unabhängig von den Resultaten. Ich mache aber nochmals darauf aufmerksam, dass es nicht um einen Steuererlass geht, in dessen Genuss Not leidende juristische Personen kommen, sondern um eine Wirtschaftsförderungsmassnahme, die die Hoffnung impliziert, dass es diesen Unternehmen gut geht. Wir sind daran interessiert, starke, leistungsfähige, nachhaltig wirtschaftende Unternehmen anzuwerben. In diesem Sinn kommen wir nicht auf unseren Entscheid zurück, ausgenommen, es wäre ein solcher Vorbehalt ausbedungen gewesen. Das ist aber nicht die Praxis.

Frage 8

**Thomas Fuchs, Bern (SVP) – Kann man Aussagen von Frau Regierungsrätin Egger noch trauen?**

Frau Regierungsrätin Egger (SP) hat dem Grossen Rat anlässlich der Debatte um den Millionenkredit an das Luxus-Millionen-Projekt Tram Bern-West unmissverständlich mitgeteilt, dass eine Volksabstimmung frühestens im September 2004 erfolgen könne. Sie beantragte denn auch, dass die Vorlage nicht freiwillig dem Volke vorgelegt werde, da ansonsten die Bundesgelder zeitlich nicht mehr beansprucht werden könnten. Nachdem nun das Referendum mit fast 12 000 beglaubigten Unterschriften zustande gekommen ist und am 9. Februar 2004 eingereicht wurde, soll die Volksabstimmung plötzlich bereits am 16. Mai 2004 erfolgen.

Wie erklärt sich der Regierungsrat diesen plötzlichen Sinneswandel der BVE und wieso wurde anlässlich der letzten Grossratsdebatte eine derartige Falschaussage gemacht?

**Barbara Egger-Jenzer**, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Die Frage nach dem Datum einer Volksabstimmung über das Tram Bern West wurde Herrn Fuchs bereits am 8. Dezember 2003, genau um 15.32 Uhr von Herrn Ratssekretär Christian Wissmann per Mail schriftlich beantwortet. Ich lese Ihnen jenes Mail vor: «Sehr geehrter Herr Fuchs. Auf Ihre Frage angesprochen, hat mir Frau Amstutz, Generalsekretärin BVE, heute Nachmittag folgende Mitteilung zukommen lassen: Die Ausführungen von Frau Regierungsrätin Egger im Grossen Rat waren korrekt. Geht es nach dem ordentlichen Zeitplan, so wäre eine kantonale Volksabstimmung über den Kantonsbeitrag Tram Bern West erst am 26. September 2004 möglich. Aufgrund des klaren Mehrheitsentscheidens des Grossen Rates für die Kreditvorlage und um ganz sicher zu gehen, dass keine Bundesgelder gefährdet würden, wurde die Ausarbeitung der Abstimmungsbotschaft vorverlegt und auf ein Minimum reduziert, so dass der Abstimmungstermin bereits im Mai angestrebt werden kann. Die Überlegungen der BVE sind aus meiner Sicht plausibel. Ich kann dem nur beifügen, dass es in die Zuständigkeit des Regierungsrats fällt, das Abstimmungsdatum festzulegen. Der Regierungsrat wird diesen Entscheid erst treffen, wenn er die dafür notwendigen Fakten kennt. Das hindert das Ratssekretariat, welches die Verantwortung für den Planungsprozess der Botschaft hat, nicht, bereits heute mit den Arbeiten an der Botschaft anzufangen. Mit freundlichen Grüßen, Christian Wissmann.»

Ich teile mit, dass der Regierungsrat gerade vorhin den Abstimmungstermin für das Tram Bern West definitiv auf den 16. Mai festlegte.

Frage 9

**Thomas Fuchs, Bern (SVP) – Wie weiter nach dem Avanti-Nein?**

Das Stimmvolk hat sein Verdikt gefällt und den Avanti-Gegenvorschlag abgelehnt. Damit sinken die verfügbaren Bundesgelder für das Millionen-Luxusprojekt Tram Bern West von 52 Millionen auf 36 Millionen. Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Besteht im «worst case» die Gefahr einer Finanzierungslücke oder liegt dem Kanton Bern eine verbindliche schriftliche Zusicherung des Bundes vor?
2. Ist diese schriftliche Zusicherung für Ratsmitglieder einsehbar?

**Barbara Egger-Jenzer**, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Das Tram Bern West stand nie in Zusammenhang mit den Geldern aus dem Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative, hatte der Bund doch bereits vorher als Sofortmassnahme Gelder für die Finanzierung der dringendsten Projekte in den Agglomerationen beschlossen. Zu den landesweit wichtigsten und darum auch als unterstützungswürdig anerkannten Projekten zählt das Tram Bern West. Der Bund stellte für die Sonderfinanzierung bis Ende 2006 Zahlungskredite im Umfang von 42 Prozent der bis dann auflaufenden Baukosten ein. Die Infrastrukturfinanzierung nach 2006 wird voraussichtlich nach anderen als den heutigen Rechtsgrundlagen erfolgen. Deshalb hält er fest, danach werde die Finanzierung den dann zum geltenden Finanzierungsbestimmungen für den Agglomerationsverkehr folgen.

Es besteht keine Finanzierungslücke. Der Kanton verfügt über eine schriftliche Zusicherung des Bundes. Diese ist für Ratsmitglieder einsehbar.

Frage 20

**Christoph Erb, Bern (FDP) – Projektierungsstand Tram Bern West**

Kann der Regierungsrat gewährleisten, dass mit dem Bau des Projekts Tram Bern West sofort begonnen werden kann, sofern es in der kantonalen Volksabstimmung angenommen wird?

Trifft es zu, dass der Ausgang der eidgenössischen Abstimmung zum Avanti-Gegenvorschlag keine Auswirkungen auf die Ausführung des Projekts Tram Bern West hat?

Trifft es zu, dass der Bundesanteil an das Projekt Tram Bern West trotz des Referendums nicht gefährdet ist, falls die Abstimmung noch in der ersten Jahreshälfte 2004 stattfinden kann?

**Barbara Egger-Jenzer**, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Das Tram Bern West ist so vorbereitet, dass die Baubewilligung in kürzester Zeit erteilt und die Arbeiten unmittelbar vergeben werden können, sofern das Projekt in der Volksabstimmung angenommen wird. So können die Bauarbeiten möglichst rasch beginnen.

Es trifft zu, dass das Tram Bern West nicht in Zusammenhang mit den Geldern aus dem Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative steht. Das Tram Bern West wird vom Bund aus einer vom Avanti-Gegenvorschlag unabhängigen Sonderfinanzierung

rung zugunsten der dringendsten Projekte in den schweizerischen Agglomerationen unterstützt.

Die Bundesgelder werden durch das Referendum nicht gefährdet.

Frage 11

**Peter Ernst, Brienz (EDU) – Kleinwasserkraftwerk des Hansueli Eggen, Mühle, 3763 Därstetten**

Mit Verfügung vom 13. August 2002 befristete das Wasser- und Energiewirtschaftsamt (WEA) den Betrieb des Klein-kraftwerks bis zum 31. Dezember 2003 und forderte H.U. Eggen auf, für den Weiterbetrieb der Anlage bis am 9. September 2002 ein Konzessionsgesuch einzureichen. Bei Nichteinreichen eines vollständigen Gesuchs werde das Wasserrecht auf den 31. Dezember 2003 gelöscht und die Anlage müsse abgebrochen werden. (Das so genannte ehehafte Recht ist im Grundbuch eingetragen.) Dagegen hat H.U. Eggen Beschwerde erhoben, und am 10. November 2003 hat das Verwaltungsgericht des Kantons Bern die Beschwerde gutgeheissen. Daher ersuche ich um Beantwortung folgender Frage:

Wie beurteilt das WEA den Entscheid des Verwaltungsgerichts und was für Konsequenzen erwachsen dadurch?

**Barbara Egger-Jenzer**, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Das Wasser- und Energiewirtschaftsamt (WEA) nahm den Entscheid des Verwaltungsgerichts zur Kenntnis. Die daraus resultierenden Konsequenzen werden jetzt eingehend geprüft und das weitere Vorgehen entsprechend festgelegt.

Frage 13

**Hans Etter, Zollikofen (SVP) – Verschandelung der Bernstrasse nach Tiefenauspital, Richtung Stadt Bern**

Beidseitig der Tiefenausstrasse werden auf einem Betonfundament ca. 3 Meter hohe Drahtgitterkörbe, aufgefüllt mit Jurakalksteinen, als Schallschutzwände aufgestellt. Wochenlang wird daran gearbeitet, so dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Hier bekommt man das Gefühl, dass Geld beim Kanton Bern keine Rolle spielt! Wie übrigens bei vielen Strassenbauprojekten! Ich hoffe, dass die Finanzkommission diesen Rechnungsposten näher anschauen wird! Meine Fragen:

1. Gab es Alternativlösungen, z.B. Bruchsteinmauer? Wenn ja, wie hoch war die Preisdifferenz?
2. Warum ausgerechnet mit gelb/braunem Jurakalkstein, der nicht an diesen Ort passt?
3. Wie viel kosten die beiden Schallschutzmauern?

**Barbara Egger-Jenzer**, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Ja, es gab Alternativlösungen, jedoch entschieden wir uns für die kostengünstigste Lösung. Die erstellten Lärmschutzwände mit Steinkörben kosten 550 Franken pro Quadratmeter. Die Alternative mit Glas, Holz und Rippenplatten hätte pro Quadratmeter 300 Franken mehr gekostet. Eine Bruchsteinmauer wäre pro Quadratmeter 350 bis 450 Franken teurer zu stehen gekommen als die jetzigen Lärmschutzwände.

Die Projektierung und Materialisierung erfolgten gemeinsam mit der Stadt Bern und den Quartierorganisationen. Im Mitwirkungsverfahren ist der Bau der Wände aus Steinkörben ausdrücklich erwähnt. Ausserdem erhielten wir bis anhin viele

positive Rückmeldungen von Quartierbewohnern, die den Jura-Kalkstein sehr schätzen.

Die beiden Lärmschutzwände kosten zusammen rund 260 000 Franken.

Frage 23

**Hans Michel, Brienz (SVP) – Tunnelbau in Moutier**

1. Wie viele Laufmeter ist die Vortriebsleistung der Bohrmaschine im Moment pro Tag?
2. Wie viele Meter Vortrieb hat die Bohrmaschine seit März 2003 insgesamt gemacht?

**Barbara Egger-Jenzer**, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Am 15. Januar 2004 reichte Hans Michel eine Interpellation zum Tunnelbau in Moutier ein. In deren umfangreichem Fragenkatalog sind auch die hier gestellten Fragen eingepackt. Ausserdem stellte Herr Michel die dort gestellten Fragen am Montag, 9. Februar 2004 Herrn Roth, Mitarbeiter des Tiefbauamts, der sie ihm beantwortete. Auch die Presse thematisierte die Bauarbeiten während der letzten zehn Monate mehrmals. Damit aber alle Grossrätinnen und Grossräte den Kontext dieser Fragen verstehen, muss ich ausholen. Die Maschine steht zurzeit still, weil ein maschineller Vortrieb in solchen geologischen Verhältnissen aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich ist. Trotzdem gehen die Bauarbeiten weiter. Im Rahmen des Werkvertrags laufen zurzeit die folgenden Arbeiten: der Koloventvortrieb in der Bergröhre, die Aussenarbeiten beim Portal Süd und im Anschluss Moutier Süd für die N16 und für die Flurwege und die Transporte des Aushubmaterials.

Die Vortriebsarbeiten wurden im Monat Februar 2003 infolge einer geologischen Störzone vorübergehend eingestellt. In den vergangenen Monaten wurden zusätzliche geologische Untersuchungen durchgeführt. Erste Auswertungen bestätigen, dass die Maschine ohne zusätzliche Stabilisierungsmassnahmen nicht mehr weiter vorgetrieben werden kann. Die Stabilisierungsarbeiten sind bereits abgeschlossen. Der Stand des Vortriebs in der Bergröhre ermöglicht, durch den im Projekt vorgesehenen Querschlag in die andere Röhre zu gelangen und die geologische Störzone im Teilausbruchverfahren zu durchörtern. Sobald mit dieser Ausbruchsart die heute wieder voll einsatzbereite Tunnelbohrmaschine erreicht ist, steht dem weiteren maschinellen Vortrieb nichts mehr im Weg.

Nach weiteren zirka 190 Metern Tunnelvortrieb folgt erneut eine schwierige geologische Störzone – und zwar in beiden Tunnelröhren –, die ebenfalls ein Teilausbruchverfahren erfordern wird. Die restliche Strecke sollte dann, jedenfalls nach heutigem Wissen, der Maschine kein Problem mehr stellen. Alle weiteren Antworten wird der Regierungsrat auf die Interpellation Michel geben.

**Präsident.** Herr Michel stellt eine Zusatzfrage.

**Hans Michel**, Brienz (SVP). Ich danke für die ausführliche Antwort. Auf die Frage, die ich in meiner Interpellation am 16. Januar stellte, wurde mir beschieden, es laufe alles normal, es werde aus nichts eine Story gemacht. Jetzt wollte ich genau wissen, wie die Bohrmaschine effektiv ist. Stutzig wurde ich, als es hiess, am 21. Januar ...

**Präsident.** Herr Michel, haben Sie eine Frage?

**Hans Michel**, Brienz (SVP). Jawohl, dazu komme ich gerade. Die Aussagen deckten sich einfach nicht genau. Nun stellen sich folgende Fragen: 1. Hat man das Bauprogramm im Griff; wird das Bauvorhaben auf den vorgesehenen Termin fertig-

gestellt sein? 2. Lässt sich bereits etwas sagen über die Kosten?

**Barbara Egger-Jenzer**, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Wie ich bereits vorhin sagte, wurden alle diese Fragen in der Interpellation gestellt; der Regierungsrat wird sie in deren Rahmen beantworten.

Frage 3

**Thomas Heuberger, Oberhofen (GFL) – Grounding der Hausarztmedizin**

In der Septembersession wurde meine Motion (M 017/03): «Grounding der Hausarztmedizin?» gegen den Willen der Regierung mit grossem Mehr angenommen. Stossrichtung der Motion ist, die Finanzierung der Ausbildung der Studierenden in Hausarztmedizin sicherzustellen, da diese sonst wegen Geldmangel gefährdet ist. Besonders gilt dies für das Ausbildungsmodell der FIAM (Fakultäre Instanz für Allgemeinmedizin) in Hausarztpraxen «Modell Wick», das bis vor einem Jahr als (allgemein anerkannt!) sehr gutes Pilotprojekt durchgeführt wurde. Nun sind diese Finanzmittel erschöpft, das Projekt ist sistiert und die Wartezeit bis zur Wirksamkeit eines neuen Budgets kann das endgültige Aus eines zukunftssträchtigen Ausbildungsganges der Studierenden bedeuten!

Ich frage daher den Regierungsrat an:

- Hat die ERZ hier interne dringliche Beratungen über die Umsetzung der Motion aufgenommen?
- Wurden die FIAM und die Fakultät mit den Resultaten der internen Beratungen der ED in dieser Frage konfrontiert?
- Sind die FIAM und die Fakultät in diese Beratungen miteinbezogen?
- Wie gedenkt die ERZ den drohenden finanziellen Engpass zu überbrücken?

**Mario Annoni**, directeur de l'instruction publique. 1. La réponse est oui. La mise en oeuvre de la motion pose avant tout des problèmes de financement à la Direction de l'instruction publique. Il manque 1,5 million de francs pour la mise en place du modèle Wick et entre 1,5 et 2,5 millions de francs pour les formations assurées par les hôpitaux.

2. La réponse est non. La Direction de l'instruction publique, ou plus exactement l'Office de l'enseignement supérieur, conduit les discussions avant tout avec la direction de l'Université, le rectorat. La Faculté et l'instance facultaire de médecine générale, la FIAM, devraient cependant connaître l'opinion de la Direction de l'instruction publique. Les fonds à réunir pour la mise en oeuvre de la motion Heuberger doivent provenir de redistributions au sein de la Faculté de médecine.

3. La FIAM et la Faculté n'ont pas été consultées, la direction générale opérationnelle de l'Université est de la compétence de la direction de l'Université, c'est-à-dire du rectorat. Il n'y a donc pas de discussions directes entre les unités administratives des facultés et la Direction de l'instruction publique.

4. Il s'agit dans un premier temps d'adopter de nouveaux modèles de financement en rapport avec les prestations pour la formation et la formation continue médicales. Ensuite, les incidences financières de la mise en oeuvre de la motion devront être compensées, dans la mesure des possibilités, au sein de la Faculté, ou une demande de crédit devra être présentée au Grand Conseil.

Frage 6

**Therese Rufer-Wüthrich, Zuzwil (SVP) – Schülerbeurteilung «Schübe»**

Die Diskussion um die neue Art der Schülerbeurteilung wird intensiv geführt. Die Eltern fühlen sich teilweise überfordert, die Aussagen richtig zu interpretieren. Lehrkräfte beklagen den hohen zeitlichen und administrativen Aufwand, den das Verfassen der Dokumente verursacht (Formulieren der Lernziele für sämtliche Fächer, Durchführen und Protokollieren der Elterngespräche). Lehrbetriebe führen eigene Tests durch, um die Fähigkeiten und Eignungen der Interessenten zu prüfen. In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Situation?
2. Sieht die Erziehungsdirektion Möglichkeiten, das ganze Verfahren zu vereinfachen und zu verbessern, oder sollte die ganze Übung abgebrochen werden?

**Mario Annoni**, directeur de l'instruction publique. 1. Depuis la mise en place du nouveau système d'évaluation en 1995, des insuffisances sont apparues et c'est pour les éliminer que la Direction de l'instruction publique a voulu introduire le système actuel «Schübe». Pour ce faire, la Direction de l'instruction publique a notamment tenu compte des critiques formulées par le corps enseignant. L'ordonnance de direction actuellement en vigueur a été élaborée dans le cadre d'un processus de longue haleine. Des entretiens ont été conduits avec le corps enseignant, l'équipe de projet a collaboré avec des enseignants expérimentés, une phase pilote a été organisée dans deux écoles et une vaste consultation a été menée. De nombreuses écoles appliquent aujourd'hui le nouveau système d'évaluation sans problème majeur; les critiques véhémentes qui sont émises montrent néanmoins que ce nouveau système présente encore quelques imperfections qui doivent être analysées, afin que l'évaluation nouvelle formule puisse être améliorée.

2. La Direction de l'instruction publique n'entend pas changer de nouveau, alors que le système réformé commence à peine à être appliqué, comme nous l'avons indiqué aujourd'hui dans les journaux. Nous maintenons les principes de la nouvelle évaluation des élèves, tout en reconnaissant qu'il faut y apporter des améliorations. La Direction va constituer maintenant un groupe de travail, analyser la situation, afin que les adaptations et les améliorations nécessaires en vue d'une simplification puissent être effectuées.

Frage 18

**Rudolf Bieri, Oberbipp (SVP) – Bewertungsgrundlage «Schübe»**

Die Erziehungsdirektion (ERZ) hat mit «Schübe» eine Bewertungsgrundlage geschaffen, die bei Eltern und Lehrern mehr Kopfschütteln als Begeisterung weckt.

1. Findet die ERZ ein System, bei dem die eine Schule mit Worten bewertet, die andere mit Noten, sinnvoll?
2. Warum lässt die ERZ nicht ein Bewertungssystem in der Praxis seine Stärken und Schwächen zeigen, bevor wieder ein neues Schülerbewertungssystem erfunden wird?

**Mario Annoni**, directeur de l'instruction publique. 1. La Direction de l'instruction publique a élaboré le nouveau système d'évaluation des performances des élèves en collaboration avec le corps enseignant, à la demande pressante de celui-ci. Lors de l'évaluation effectuée au cours du semestre, une distinction est faite entre les objectifs d'apprentissage fondamentaux et les objectifs d'apprentissage élevés, qui doivent, à la fin du semestre, être réunis en une seule note globale. La direction de l'école veille à ce que le collège des ensei-

gnants et des enseignantes adopte une démarche uniforme. Pour l'évaluation globale de la compétence dans les différentes disciplines en fin de semestre, le principe de la notation s'applique dans toutes les écoles du canton. Nombreuses sont les écoles auxquelles ce système convient bien; il est vrai que c'est aussi un système exigeant, qui s'avère lourd, lorsqu'il s'agit par exemple de prendre des décisions de sélection supplémentaires. La Direction de l'instruction publique va maintenant analyser le système d'évaluation et proposer les améliorations éventuellement nécessaires.

2. La nouvelle formule de l'évaluation des élèves a été expérimentée à Belp et à Schwarzenbourg et les insuffisances constatées ont été prises en compte dans la finalisation de la conception.

#### Question 15

##### **Willi Pauli, Nidau (PRD) – Université de Berne**

Nous venons de recevoir le rapport annuel 2002-2003 de l'Université de Berne. Je constate avec étonnement que dans ce rapport de 157 pages, aucun texte n'est rédigé en langue française. C'est pourquoi je pose les questions suivantes :

1. Y a-t-il dans notre Université encore un enseignement en langue française?
2. Pourquoi dans ce rapport aucun texte n'est-il adressé aux francophones en français?
3. L'Université de Berne est-elle bilingue?

**Mario Annoni**, directeur de l'instruction publique.

1. L'allemand et le français sont placés sur un pied d'égalité dans le canton de Berne et à l'Université de Berne. L'enseignement est dispensé en allemand et, suivant les besoins et les possibilités, en français. C'est l'article 11 de la loi qui le dit. Les étudiants et les étudiantes ont le droit de fournir leurs prestations, notamment en matière d'examens et de travaux, en allemand ou en français. L'Université de Berne accorde une grande importance à la qualité de l'enseignement délivré en français, dans l'Institut concerné. La Faculté de médecine vétérinaire de l'Université de Berne est elle aussi consciente qu'elle constitue, dans une très large mesure, la faculté d'accueil des étudiants de langue française issus des régions suisses francophones et elle propose son enseignement en partie en langue française. Un grand nombre d'étudiants et d'étudiantes ont par ailleurs la possibilité de bénéficier d'un enseignement en français dans le cadre de la Convention BENEFR. Les directions des Universités ont clairement affirmé leur volonté de promouvoir et de positionner BENEFR comme un espace d'études bilingue. En revanche, l'Université de Berne ne peut actuellement pas se permettre d'offrir, parallèlement à l'enseignement en allemand, un enseignement en français. Cela ne se justifierait pas, au regard des effectifs d'étudiants francophones.

2. Le rapport annuel 2002-2003 ne contient effectivement aucun texte en français adressé aux francophones. Ceci reflète la position fondamentale de l'Université de Berne, qui ne peut plus être aujourd'hui une université bilingue à part entière, pour des raisons financières.

3. Pour les raisons évoquées juste maintenant, l'Université de Berne ne se profile pas comme une université bilingue en dehors de la Convention BENEFR.

**Président.** Herr Pauli stellt eine Zusatzfrage.

**Willi Pauli**, Nidau (PRD). Je suis naturellement quelque peu déçu de la réponse de M. Annoni. Depuis quelques années,

on constate au sein de l'Université une volonté de plus en plus forte de marginaliser le français. Le gouvernement a-t-il vraiment l'intention d'intervenir dans le sens qui a été dit tout à l'heure – la loi ou le règlement le disent – d'un renforcement de la langue française, c'est-à-dire du bilinguisme?

**Mario Annoni**, directeur de l'instruction publique. Le gouvernement intervient toujours pour défendre le caractère bilingue du canton, mais dans le cadre de l'Université de Berne, une université qui dispose d'une certaine autonomie, il faut considérer aussi à quelles difficultés sont maintenant confrontées les universités, compte tenu aussi de leur capacité financière. Des mesures supplémentaires pour défendre le bilinguisme et prôner le bilinguisme à l'Université de Berne signifient l'allocation de moyens supplémentaires du point de vue financier. Or, à l'heure actuelle, l'Etat ne dispose pas de ces moyens pour promouvoir le bilinguisme de cette manière à l'Université de Berne. Ceci dit, je le répète, dans le cadre des conventions qui sont les nôtres avec les Universités de Fribourg et de Neuchâtel, l'Université de Berne se positionne dans un réseau bilingue et entend bien, de cette manière-là, faire en sorte que les étudiants de son université, qui veulent par exemple bénéficier de formations complémentaires, supplémentaires ou autre en français, puissent les acquérir dans le cadre de ce réseau auprès des deux autres Universités.

#### Frage 17

##### **Andreas Hofmann, Bern (SP) – Schlechterstellung von Berufsleuten beim Einstieg in die zukünftige Pädagogische Hochschule (PH)**

Dem Vernehmen nach gibt es einen Regierungsratsbeschluss (RRB) vom November 2003, wonach das allgemein bildende Schuljahr für Berufsleute in Zukunft nur noch auf das Studium zur Lehrkraft des Kindergartens und der Primarstufe vorbereitet. Vom Zugang zum Studium für die Sekundarstufe I sollen Berufsleute, die das allgemein bildende Studienjahr absolviert haben, dagegen ausgeschlossen werden. Dazu stellen sich die folgenden Fragen:

1. Entspricht der oben zitierte RRB den Tatsachen?
2. Wenn ja, ist der Regierungsrat der Meinung, dass der Grosse Rat bei seiner Forderung nach Umgestaltung der LehrerInnenbildung diese Schlechterstellung der Berufsleute so gewollt hat?

**Mario Annoni**, directeur de l'instruction publique. L'arrêté du Conseil-exécutif du 26 novembre 2003 indique que l'Institut proposant l'année de formation générale va être supprimé en tant qu'unité administrative et, qu'à partir de septembre 2005, l'offre de formation destinée aux professionnels souhaitant se qualifier pour l'enseignement en école enfantine et au cycle primaire soit dispensée par la future Haute école pédagogique. Cet arrêté n'exclut pas les professionnels de la formation préparant à l'enseignement secondaire du premier degré. Comme jusqu'ici, ces personnes doivent avoir accès à la formation du corps enseignant de tous les degrés, pour autant qu'ils remplissent les conditions de reconnaissance édictées par la CDIP. Pour l'enseignement secondaire du premier degré, le règlement de reconnaissance de la CDIP arrête que les candidats et candidates, qui disposent d'un diplôme obtenu après une formation professionnelle d'au moins trois ans et suivie d'une activité professionnelle de plusieurs années, peuvent être admis à la formation. Ils doivent prouver, avant la formation, qu'ils ont atteint un niveau

de connaissances générales correspondant à celui de la maturité gymnasiale. La CDIP étudie actuellement la question d'un examen d'admission uniforme pour toute la Suisse. Conclusion: les professionnels ne sont donc pas désavantagés par le transfert de la formation à la Haute école pédagogique.

Frage 2

**Corrado Pardini, Lyss (SP) – Bewilligungspraxis für zukünftige Weihnachtsverkäufe**

1. Nachdem die Bewilligungspraxis im Kanton Bern zu grosser Verunsicherung führte, möchten wir erfahren, wie der Regierungsrat den Bundesgerichtsentscheid vom 1. Oktober 2002 im Jahre 2004 zu respektieren gedenkt.
2. Gedenkt der Regierungsrat die Sozialpartner noch vor dem Sommer 2004 zu einer Sitzung einzuladen, um eine einvernehmliche Lösung für die Weihnachtsverkäufe 2004 zu erarbeiten?

**Elisabeth Zölch-Balmer**, Volkswirtschaftsdirektorin. Im Herbst 2002 hob das Bundesgericht die einfache und liberale Praxis des Kantons Bern auf, weshalb das beco, Berner Wirtschaft, gemeinsam mit den Sozialpartnern nach einer neuen Lösung suchte. Von rund 950 Gesuchen bewilligte das beco im vergangenen Jahr 800 aufgrund der gemeinsam erarbeiteten Kriterien. Gleichzeitig wurde aber festgestellt, dass die Bewilligungspraxis in den Kantonen sehr unterschiedlich ist, obwohl es sich um den Vollzug von Bundesrecht handelt. Gestützt auf eine Beschwerde ordnete deshalb die Volkswirtschaftsdirektion an, den Vollzug im Kanton Bern der liberalen Praxis anderer Kantone anzugleichen. Von den 150 zusätzlich erteilten Bewilligungen wurden 8 mit Beschwerden vor dem Verwaltungsgericht angefochten.

Wie gesagt, wurden die meisten Gesuche bereits im vergangenen Jahr anhand der vom Bundesgericht entwickelten Kriterien beurteilt. Zur Regelung der umstrittenen Fälle muss aber inskünftig ein landesweit einheitlicher Vollzug des Bundesrechts erfolgen. Sonst entstehen für die bernischen Unternehmen nicht akzeptable Wettbewerbsnachteile. Diesbezüglich wandte ich mich mit zwei Schreiben vom 28. November 2003 und vom 12. Januar 2004 an Herrn Bundesrat Joseph Deiss. Darin forderten wir den Erlass und die Durchsetzung einheitlicher Weisungen. Der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements sicherte uns schriftlich zu, das seco werde die Bewilligungspraxis vom vergangenen Jahr überprüfen und Anfang 2004 verbindliche Richtlinien erlassen. Sobald wir diese Bundesrichtlinien haben, werden wir auch das weitere Vorgehen festlegen können.

Die Volkswirtschaftsdirektion wird im angesprochenen Bereich auch künftig mit den Sozialpartnern zusammenarbeiten.

Frage 7

**Hans-Jürg Käser, Langenthal (FDP) – Projektierungskredit der Werkstätte für Behinderte, Madiswil**

Die Stiftung Werkstätte für Behinderte Madiswil (WBM) plant ein Neubauprojekt eines Wohnheims und den Ausbau der bestehenden Werkstatt der ehemaligen Firma Stegemann AG, Madiswil. Die kantonale Spital- und Heimkommission hat an ihrer Sitzung vom 6. Mai 2003, an der auch Herr Regierungsrat Samuel Bhend teilgenommen hat, dem für dieses Projekt notwendigen Planungs- und Projektierungskredit im Rahmen von 440 000 Franken einstimmig zugestimmt. Dem Stiftungsrat und der WBM wurde dieser Entscheid schriftlich mitgeteilt.

1. Weshalb wurde der Kredit bis heute nicht ausgelöst?

2. Warum ist die Stiftung WBM bis heute nicht über die Sachlage orientiert worden?
3. Welche Taktik verfolgt die Finanzdirektion in diesem Projekt?
4. Warum hat der Regierungsrat auf das Schreiben des Stiftungsrats vom 11. November 2003 bisher nicht reagiert?

**Samuel Bhend**, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Es ist richtig, dass die kantonale Fürsorge-, Heim- und Spitalkommission dem Projektierungskredit im Mai 2003 zustimmte, worauf die zuständige Gesundheits- und Fürsorgedirektion das Geschäft weiterbearbeitete. Insbesondere wurde ein Regierungsratsbeschluss zur Bewilligung eines Projektierungskredits in der Höhe von 440 000 Franken erstellt. Anschliessend stellte die Finanzdirektion die Freigabe dieses Projektierungskredits in Frage, weil die Erwerbs- und Baukosten im Quervergleich am oberen Rand der Bandbreite liegen. Ausserdem stellten sich Fragen wegen der speziellen personellen Konstellation der am Projekt Beteiligten. Unbestritten ist die zurzeit vorliegende Kostenschätzung überdurchschnittlich hoch. Diese Ansicht teilen auch die beteiligten Bundesstellen und das kantonale Hochbauamt.

Die zuständigen Mitarbeitenden der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und des Hochbauamts stehen in engem Kontakt mit der Bauherrschaft. Der Regierungsrat ist deshalb der Ansicht, die Stiftung Werkstätte für Behinderte, Madiswil, sei durchaus über die Sachlage informiert. Zu diesem Geschäft fanden wiederholt – letztmals in der laufenden Session – direkte Interventionen und Kontakte zwischen Herrn Grossrat Peter Kurth, Geschäftsführer der Stiftung WBM, und dem Finanzdirektor statt.

Die Finanzdirektion verfolgt keine Taktik, sondern prüfte lediglich die Vorlage im Rahmen des Mitberichtsverfahrens regulär. Insbesondere achtete sie auf die Einhaltung der finanzhaushaltrechtlichen Grundsätze wie Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Zudem wurde das Projekt auf Übereinstimmung mit den finanzpolitischen Zielsetzungen überprüft. Aufgrund des Schreibens des Stiftungsrats vom 11. November 2003 fand ein Gespräch zwischen dem Finanzdirektor und der Stiftung WBM statt. Eine schriftliche Antwort an den Stiftungsrat erging aber bisher aufgrund eines Missverständnisses nicht. Der Regierungsrat entschuldigt sich für diese Unterlassung und wird das erwähnte Schreiben demnächst beantworten.

Frage 19

**Franziska Fritschy, Rüfenacht (FDP) – Ärzte und Ärztinnen ohne gültige, anerkannte Diplome**

Was unternimmt die Regierung, dass künftig an öffentlichen Spitälern keine Ärzte und Ärztinnen ohne gültige, anerkannte Diplome tätig sein können?

**Samuel Bhend**, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Für die Anstellung von Assistenzärztinnen und -ärzten sind die einzelnen Spitäler zuständig. Bis Ende 2001 war zudem eine Assistentenbewilligung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion erforderlich. Bei deren Erteilung war überprüft worden, ob die Ausbildung vollständig sei und den Anforderungen entspreche. Bei ausländischen Ausbildungen wurde die Gleichwertigkeit mit der schweizerischen Ausbildung überprüft. Mit der Revision des Gesundheitsgesetzes im Jahr 2002 wurden die Assistentenbewilligungen abgeschafft. Seither liegt es in der alleinigen Verantwortung der Spitäler, Bewerbungen

inklusive die Ausbildung zum Assistenzarzt zu prüfen. Legt jemand eine gute Fälschung vor, ist diese nicht ohne weiteres als solche erkennbar. Der konkrete Fall in Bellelay ist jetzt im Detail zu untersuchen. Die Ergebnisse werden zeigen, ob die administrativen Verfahren anzupassen sind. Ein Strafverfahren ist bereits im Gang.

Questin 21

**Sylvain Astier, Moutier (PRD) – Aide en situation de détresse et aide sociale**

- Le Conseil-exécutif considère-t-il que l'aide en situation de détresse, prévue par l'article 29 de la Constitution cantonale, et l'article 36, alinéa 4 de la Constitution fédérale, correspond à l'aide sociale prévue par la loi cantonale sur l'aide sociale (LASoc) ?
- L'aide en situation de détresse est-elle automatiquement distribuée dès qu'une telle situation est connue ou faut-il que l'ayant droit potentiel en fasse la requête ?

**Samuel Bhend**, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Die Sozialhilfeleistungen gemäss Sozialhilfegesetz umfassen auch Nothilfe nach Artikel 12 der Bundesverfassung. Dabei geht die Nothilfe weniger weit als die Sozialhilfe. Diesbezüglich gibt es allerdings noch keine gefestigte Praxis. Das Recht auf Existenzsicherung nach Bundesverfassung ist das Minimum. Sozialhilfeleistungen können unter bestimmten Voraussetzungen auf dieses Minimum gesenkt werden, beispielsweise wenn ein Asylsuchender sich illegal in unserem Land aufhält. Eine gänzliche Streichung, wie sie der Fragesteller in seiner Motion für solche Fälle verlangt, ist hingegen nicht möglich. – Sozialhilfe wird auf Gesuch gewährt.

Question 5

**Marc Renggli, Bienne, PRD – Naturalisation**

Selon le jugement 1P.214/2003 du 12 décembre 2003, le Tribunal fédéral a jugé qu'une commune avait le droit de refuser la naturalisation d'une personne qui ne maîtrisait pas suffisamment une des langues nationales suisses. Or il semble que la ville de Berne par exemple, renoncerait à contrôler les connaissances linguistiques des requérants, en alléguant que ces derniers auraient fait preuve de leurs connaissances linguistiques en remplissant les formulaires de naturalisation, or ces derniers peuvent sans autre avoir été remplis par un mandataire.

Dans ce contexte, je pose la question suivante au Conseil exécutif:

Y a-t-il une réglementation cantonale qui prévoit que les étrangers qui désirent se faire naturaliser dans le canton de Berne doivent faire preuve de connaissances suffisantes d'une de nos langues nationales et le canton veille-t-il à ce que les communes respectent ladite réglementation?

**Dora Andres**, Polizei- und Militärdirektorin. Gestützt auf das kantonale Bürgerrechtsgesetz sowie die Weisungen der Polizei- und Militärdirektion zum Einbürgerungsverfahren, haben die Gemeinden nebst anderen Punkten auch die Sprachkenntnisse abzuklären. In der Regel stellen die Gemeinden die Sprachkenntnisse der Gesuchstellenden in einem persönlichen Gespräch fest. So handhabt es auch die Stadt Bern.

Question 14

**Christophe Gagnebin, Tramelan (PS) – Extraits des registres d'état civil: quelle publicité?**

Par le passé, la presse régionale publiait à intervalles réguliers les extraits des registres d'état civil qui lui étaient communiqués (naissances, mariages, décès). Depuis quelque temps (réorganisation de l'état civil, nouvelles dispositions relatives à la protection des données), ceci n'est plus systématiquement le cas, bien qu'il ne semble régner à ce propos aucune unité de doctrine (ces extraits sont à notre connaissance régulièrement publiés dans la presse de certains cantons, Neuchâtel, par exemple).

Dans plusieurs communes, des voix se sont élevées pour demander que soient publiées de manière officielle tout au moins les naissances. On estime en effet important qu'une collectivité puisse prendre acte de l'arrivée d'un enfant et l'accueillir en son sein.

Le Conseil-exécutif peut-il nous informer quant aux dispositions légales et aux consignes qui déterminent l'attitude des officiers d'état civil et s'il sera possible d'accéder aux vœux des personnes précitées?

**Dora Andres**, Polizei- und Militärdirektorin. Seit dem 1. Januar 2000 regelt Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe f der Verordnung über das Zivilstandswesen den Verzicht auf die Veröffentlichung von Zivilstandsereignissen in den Medien im Kanton Bern. Diese zivilstandsamtliche Regelung hat aber keinen Einfluss auf die Möglichkeiten der Wohngemeinden, Zivilstandsereignisse im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen periodisch zu veröffentlichen. Einzelne bernische Gemeinden machen davon auch Gebrauch.

Frage 22

**Ruedi Löffel, Münchenbuchsee (EVP) – Schonfrist für Blaufahrer?**

Im März 2003 hat das eidgenössische Parlament den Blutalkohol-Grenzwert im Strassenverkehr auf 0,5 Promille gesenkt, und es war vorgesehen, diese für die Verbesserung der Verkehrssicherheit längst fällige Änderung auf den 1. Januar 2004 einzuführen. Ende letzten Jahres wurde dann bekannt, dass sich die Verkehrskommission des Nationalrats, das Bundesamt für Strassen (Astra) und die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) darauf geeinigt haben, die Einführung der neuen Promillengrenze um ein Jahr zu verschieben. Als Begründung wurde angegeben, die Umsetzung habe sich bei den kantonalen Polizeistellen als schwierig erwiesen, weil die Beschaffung bzw. die Anpassung der neuen Geräte und die Schulung der Polizistinnen und Polizisten mehr Zeit brauche. Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat sich die Berner Vertretung in der KKPKS zur Frage nach der Verlängerung der Schonfrist für Blaufahrer geäußert?
2. Wo sind allenfalls im Kanton Bern konkrete Probleme aufgetaucht, die eine Einführung der 0,5-Promillengrenze auf den 1. Januar 2004 verunmöglicht hätten?

**Dora Andres**, Polizei- und Militärdirektorin. Bevor ich die beiden Fragen beantworte, eine einleitende Bemerkung: Der Bundesrat hat die Änderungen der Verkehrszulassungsverordnung, die zwischen Juli und Oktober 2003 in einem namentlichen Vernehmlassungsverfahren waren, bis heute nicht verabschiedet. Auch liegen die dazugehörigen technischen Weisungen noch nicht in verabschiedeter Form vor. Die kantonsseitigen notwendigen Umsetzungsmassnahmen und Schulungen können deshalb zu einem grossen Teil noch nicht erfolgen.

Der Berner Vertreter äusserte in der KKKPKS, im Interesse der Gewährleistung eines einheitlichen und korrekten Vollzugs der neuen Alkohollimite sei der Zeitpunkt der Inkraftsetzung so festzulegen, dass den Polizeikörpern nach Vorliegen der detaillierten Weisungen sechs Monate zur Umsetzung zur Verfügung stünden. In gleichem Sinn äusserte sich dazu auch die Berner Regierung in einer Vernehmlassung vom 17. September 2003.

Im Kanton Bern traten keine speziellen Probleme auf, sondern die vorher erwähnten Gründe veranlassten die Regierung, sich kritisch vernehmen zu lassen. Die Regierung hält in ihrer Vernehmlassung auch fest, aus Kostengründen müssten die bisher üblichen Geräte unbedingt auch künftig genutzt werden können. Und schliesslich wies die Regierung auf die nötige Schulung und Instruktion der Mitarbeitenden der Kantonspolizei und die zu treffenden organisatorischen Massnahmen hin. Nie ging es darum, eine Schonfrist für Blaufahrer zu erwirken, sondern das Hinausschieben der Inkraftsetzung der neuen Regelung ergab sich allein durch die erwähnten sachlichen Gründe. Andere Vermutungen sind in aller Form zurückzuweisen.

**Präsident.** Herr Löffel stellt eine Zusatzfrage.

**Ruedi Löffel,** Münchenbuchsee (EVP). Besten Dank für die beiden klaren Antworten. Ich hoffe, dass die Zeit für die Umsetzung bis 1. Januar 2005 reicht. Da die Vorschriften noch nicht vorliegen, scheint auch dies in Frage gestellt zu sein, wenn ein halbes Jahr benötigt wird. Haben Sie sich allenfalls überlegt, mit dem Polizeikörper diese Zeit zu nutzen – vielleicht gerade jetzt während der Fasnacht, während der erwiesenermassen relativ viele Personen ihr Fahrzeug in ange-trunkenem Zustand fahren –, indem Sie bereits jetzt informieren, was sich mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes ändern wird; nämlich, dass der Bereich zwischen 0,5 und 0,8 Promille zukünftig als «angetrunken» qualifiziert wird?

**Dora Andres,** Polizei- und Militärdirektorin. Wie Herr Löffel eben richtig feststellte, können wir nicht Schulung betreiben, solange die Verordnungen und Weisungen des Bundes noch nicht vorliegen. Gewisse Vorkehrungen wurden aber getroffen, und im Entwurf sind diese Unterlagen vorhanden. Ein Korps von über 1400 Leuten können wir erst schulen, wenn definitive Unterlagen vorliegen. Wir dürfen jetzt nichts vermitteln, was nachträglich wieder geändert werden könnte. Die ganze Informationskampagne, die Sensibilisierung der Autofahrer und Autofahrerinnen, liegt vor allem beim Bund, weil die Massnahme die ganze Schweiz betrifft. Kennen wir einmal das Konzept des Bundes, werden wir darauf abgestützt abklären, was wir von unserer Seite noch zur Sensibilisierung beizutragen haben. Wir führen regelmässig Kontrollen durch; heute noch nach den alten Regelungen mit dem höheren tolerierten Promillestand. Auch während der Fasnachtszeit wird überall kontrolliert werden.

Frage 1

**Walter Boss, Seftigen (SP) – Gemeindefusion**

Am Neujahrstag 2004 feierten die ehemaligen Einwohner von Zimmerwald und Englisberg in Anwesenheit von kulturellen Organisationen und politischen Grössen ihre neue Gemeinde Wald. Wahrlich ein historischer Anlass! In anschliessenden Gesprächen stellte ich fest, dass die Anwesenden zur Gratulation ein Regierungsmitglied erwartet haben. Leider glänzte aber die Berner Regierung durch Abwesenheit.

1. War die Abwesenheit eines Regierungsmitglieds eine ärgerliche Panne, oder gewichtete die Berner Kantonsre-

gierung die betreffende Gemeindefusion tatsächlich so, dass nach ihrer Ansicht AGR-Amtsvorsteher Miesch als Gratulant vollauf genügte (hat übrigens nach meiner Meinung seine Sache gut gemacht)?

2. Könnte nicht die Anwesenheit eines Regierungsmitglieds Signalwirkung schaffen, um Anreize und Motivation für zukünftige Projekte zu verbessern (Presse). Müssten Fusionsfeiern nicht Chefsache sein?

**Werner Luginbühl,** Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor. Für den Regierungsrat ist eine erfolgreiche Fusion zwischen Einwohnergemeinden ein wichtiges politisches Ereignis, das verdient, in würdigem Rahmen gefeiert zu werden. Wird der Regierungsrat zu solchen Anlässen eingeladen, versucht er jeweils, sich durch eines seiner Mitglieder vertreten zu lassen.

Anfang Dezember 2003 wurde ich als Gemeindefusion zum Fusionsapéro der Gemeinden Zimmerwald und Englisberg vom Neujahrstag 2004 eingeladen. Infolge Ortsabwesenheit musste ich mich bei beiden Gemeinden schriftlich entschuldigen. Diese Entschuldigung erwähnte der Gemeindepräsident von Wald bei der Feier ausdrücklich. Der gesamte Regierungsrat war zum Anlass nicht eingeladen worden.

Im Übrigen erinnere ich daran, dass ich den Behörden und der Bevölkerung der beiden fusionierten Gemeinden im Rahmen der grossrätlichen Debatte zum Fusionsgenehmigungsbeschluss ausdrücklich und öffentlich für die geleistete Pionierarbeit und den weitsichtigen Entscheid gratulierte und dankte.

Die Teilnahme eines Regierungsmitglieds an diesem Anlass wäre sicher ein erwünschtes politisches Zeichen gewesen. Infolge der kurzfristigen und unvollständigen Einladung war sie leider nicht möglich. Auch wenn es grundsätzlich Chefsache ist, solchen Einladungen zu folgen, muss es den Mitgliedern des Regierungsrats aufgrund zahlreicher Einladungen und Anlässe unbenommen sein, sich in Ausnahmefällen durch kompetente Chefbeamtinnen und Chefbeamte vertreten zu lassen, die – wie der Fragesteller betont – durchaus in der Lage sind, die Gratulationen samt Grussbotschaft des Kantons angemessen zu überbringen.

Frage 4

**Gerhard Fischer, Meiringen (SVP) – Nationalstrasse A5, Tagbautunnel Pieterlen; unlautere Verwertung einer Unternehmervariante**

Bei der Erarbeitung des Ausführungsprojekts des Tunnels durch das Tiefbauamt des Kantons Bern und seinen Beauftragten wurden im Jahre 1996 grosse Teile einer Unternehmervariante, welche bei der ersten Ausschreibung der Tunnelbauarbeiten 1994 eingereicht worden war, widerrechtlich verwertet (ohne Vereinbarung und ohne Entschädigung an die Verfasserin). Beim Bau konnten dadurch Einsparungen in Millionenhöhe erzielt werden.

Im Rahmen der entsprechenden Strafklage der Verfasserin der Unternehmervariante hat es der Untersuchungsrichter III (Bern-Mittelland) nach anfänglich konsequentem Vorgehen unterlassen, vermutlich entscheidende, tatsächlich existierende Dokumente zu erheben, obwohl eine solche Aktensicherstellung ausdrücklich beantragt wurde. Zudem hat er den beauftragten technischen Gutachter durch unrichtige Fragestellungen und durch Nichtzulassung von Fragen der geschädigten Unternehmung zu einer falschen Beurteilung veranlasst, welche zur Einstellung der Strafuntersuchung führte.

1. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um die Situation in rechtlich einwandfreier Weise zu klären und den Vorwurf

der Rechtsverweigerung infolge von Interessenkollisionen zu beseitigen?

2. Welche weiteren rechtlichen Schritte der Klägerin sind zu erwarten?

**Werner Luginbühl**, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor.  
Die Frage betrifft ein Strafverfahren, das offenbar per Einstellungsverfügung abgeschlossen wurde. Wegen der Gewaltentrennung steht es dem Regierungsrat nicht zu, sich zur Be-

weisung des Untersuchungsrichters zu äussern. Es steht ihm auch nicht zu, diesbezügliche Massnahmen zu ergreifen. Gegen die Einstellungsverfügung standen der Klägerin im damaligen Strafverfahren Rechtsmittel zur Verfügung. Ob sie ergriffen wurden, entzieht sich der Kenntnis des Regierungsrats. Ebenso kann sich der Regierungsrat zu den zu erwartenden rechtlichen Schritten der Klägerin nicht äussern, weil sie ihm nicht bekannt sind.

**Präsident.** Herr Fischer stellt eine Zusatzfrage.

**Gerhard Fischer,** Meiringen (SVP). Besten Dank für die Antwort auf meine zwei Fragen. Mir geht es um die Wahrheitsfindung. Der Fall liegt relativ lange zurück. Deshalb erachte ich die Antworten als nicht ausreichend. Nachdem weitere Schritte von Seiten der Klägerin bevorstehen, frage ich den Regierungsrat an, ob es nicht von Vorteil wäre, sich mit allen Beteiligten an den runden Tisch zu setzen.

**Werner Luginbühl,** Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor. Ich bin mir natürlich bewusst, dass meine Antwort, die sich auf die Gewaltentrennung stützt, wenig aussagekräftig war. Ebenfalls aufgrund der Gewaltentrennung steht es dem Regierungsrat nicht zu, eine solche Lösung, wie sie eben vorgeschlagen wurde, seinerseits vorzuschlagen. Würschte man über diesen Fall mehr Informationen zu erhalten, sehe ich ausschliesslich den Weg über die grossrätliche Justizkommission. Dadurch liessen sich allenfalls auch Erkenntnisse gewinnen, ob ein Vorgehen, wie es der Fragesteller anregte, sinnvoll wäre.

**Präsident.** Damit sind wir am Schluss der Fragestunde angelangt, die 48 Minuten dauerte.

## Spitalversorgungsgesetz (SpVG)

Fortsetzung

**Präsident.** Ich weise darauf hin, dass für die Beratung des Geschäfts 100 Ratsmitglieder anwesend sein müssen.

Art. 11 (Fortsetzung)

**Präsident.** Nachdem Herr Blanchard den Antrag der Députation begründet und anschliessend zurückgezogen hat, gibt Herr Gesundheits- und Fürsorgedirektor Bhend eine Erklärung ab.

**Samuel Bhend,** Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Der Regierungsrat hat seinen Antrag, Artikel 11 aufrechtzuerhalten, zurückgezogen. Nachdem die Députation die übrigen Regelungen als genügend erachtet, also einen speziellen Artikel betreffend das Hôpital Jura Bernois nicht nötig findet, möchte auch der Regierungsrat darauf verzichten. Damit ist die Differenz zur Kommission aufgehoben.

**Präsident.** Artikel 11 wird gemäss Antrag der Kommission gestrichen.

Art. 12 und 13, Art. 14 Absatz 1 – 3  
Angenommen

Art. 14 Abs. 4 und 5

*Antrag GBJA*

Abs. 4: Die Universitätsspitäler können ausnahmsweise Leistungen der Lehre und Forschung zugunsten Dritter ...

Abs. 5: Die Universität Bern kann ausnahmsweise Leistungen in Lehre und Forschung bei anderen Leistungserbringern bestellen, soweit dies wirtschaftlich günstiger oder im Interesse der Lehre und Forschung nötig ist.

**Präsident.** Die Anträge GBJA vertritt Franziska Widmer, Bern.

**Franziska Widmer,** Bern (GB). Geschätzte noch Anwesende! – die Reihen sind ziemlich gelichtet. Ich begründe die beiden Anträge zu Artikel 14 gemeinsam, geht es darin doch um die Zusammenarbeit an der Universität Bern, beziehungsweise zwischen der medizinischen Fakultät und den Universitätsspitalern Insel und Universitäre Psychiatrische Dienste (UPD).

Die Universität, beziehungsweise die medizinische Fakultät, und die bernischen Universitätsspitäler sollen laut dieser Gesetzesvorlage im Rahmen einer so genannten bevorzugten Partnerschaft eng zusammenarbeiten. Das heisst, die Universität bezieht Leistungen für Lehre und Forschung grundsätzlich bei den beiden Universitätsspitalern Insel und UPD. Die beiden Universitätsspitäler ihrerseits ...

**Präsident.** Entschuldigen Sie, Frau Widmer, ich muss die Beratung unterbrechen, weil nur zirka 80 Ratsmitglieder anwesend sind. Die Mitglieder zweier Kommissionen sind in der Wandelhalle. Wir werden die Beratung um 10.15 Uhr wieder aufnehmen, sofern 100 Ratsmitglieder präsent sind.

*Unterbruch der Beratungen wegen ungenügender Präsenz*

10.15 Uhr:

**Präsident.** Anwesend sind 71 Ratsmitglieder, so ist eine Fortsetzung der Beratung indiskutabel. Meine Damen und Herren – wahrscheinlich sage ich es wieder den Falschen: Nach dem Einbürgerungsverfahren sagte ich, wir könnten die Beratung der Geschäfte fortsetzen, falls 100 Ratsmitglieder anwesend seien. Die Folge davon war, dass weitere Ratsmitglieder den Saal verliessen. So hat es keinen Sinn; wir haben ja viel zu viel Zeit! Wir haben Vorsprung auf den Zeitplan. Es jammere mir niemand, falls auch noch der Donnerstagnachmittag für die Behandlung der letzten Geschäfte eingesetzt werden muss. Ich verfüge einen Sitzungsunterbruch bis 10.25 Uhr.

*Der Unterbruch der Sitzung dauert an bis 10.25 Uhr.*

**Präsident.** Der Kommissionspräsident gibt eine persönliche Erklärung ab.

**Jürg Eberle,** Grossaffoltern (SVP), Präsident der Kommission. Gestern, im Rahmen der Diskussion zu den Anträgen von Allmen (SP) und GFL (Heuberger), machte ich eine falsche Aussage. Ich wies auf den Grossratsbeschluss vom November 1996 hin, worin steht, bei den Leistungsvereinbarungen seien die Randregionen zu berücksichtigen. Ich sagte, dieser Grossratsbeschluss sei immer noch in Kraft. Soweit ist das richtig. Natürlich wird er aber durch die Verabschiedung dieses Gesetzes aufgehoben, gegenstandslos. Die Kommission brachte in Artikel 10 Absatz 1 den Begriff «Regionen» ein, der in der grünen Vorlage nicht enthalten ist. Man spricht von Regionen, nicht mehr von Randregionen. Dies zur Richtigstellung. Ich entschuldige mich in aller Form für die Fehlinterpretation und hoffe, meine falsche Aussage habe das Abstimmungsresultat nicht falsch beeinflusst.

**Präsident.** Wir setzen die Beratung fort mit den Anträgen GBJA zu Artikel 14 Absatz 4 und 5, vertreten durch Franziska Widmer. Die Anträge werden gemeinsam begründet und diskutiert.

**Franziska Widmer, Bern (GB).** In den beiden Anträgen geht es um medizinische Lehre und Forschung und die Zusammenarbeit zwischen der medizinischen Fakultät und den Universitätsspitalern. Die Universität, beziehungsweise die medizinische Fakultät, und die bernischen Universitätsspitaler sollen laut dieser Gesetzesvorlage im Rahmen einer so genannten bevorzugten Partnerschaft eng zusammenarbeiten. Das heisst, die Universität bezieht die Leistungen für Lehre und Forschung grundsätzlich bei den beiden Universitätsspitalern Insel und UPD. Die beiden Universitätsspitaler ihrerseits erbringen Leistungen für Lehre und Forschung in erster Linie für die Universität Bern.

Wir unterstützen das vorgeschlagene Zusammenarbeitsmodell. Die Hochschulbildung im Allgemeinen und die medizinische im Speziellen sind in Bewegung. Die medizinischen Fakultäten und mit ihnen die Universitätsspitaler gehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Das wissen wir spätestens seit dem Bericht Kleiber «Centres hospitalo-universitaires» des letzten Jahres. Dieser Bericht schlägt gesamtschweizerisch die Bildung dreier medizinischer Zentren vor. Dafür sollen die medizinischen Fakultäten von fünf auf drei reduziert werden durch die Fusion einerseits der medizinischen Fakultäten von Genf und Lausanne und andererseits derjenigen von Basel und Bern. Vielleicht haben Sie letzte Woche in der Presse gelesen, dass die Universitätsrektoren dazu Alternativen unterbreiteten.

Die Reform der kostenaufwändigen medizinischen Fakultäten – sie beanspruchen in der Regel die Hälfte der universitären Budgets – ist also lanciert und der Standort Bern in Frage gestellt. Die Zusammenarbeit der medizinischen Fakultät mit unseren Universitätsspitalern, vorweg mit dem Inselspital, ist vor diesem Hintergrund von existenzieller Bedeutung. Die medizinische Fakultät und das Inselspital werden in Zukunft besser und effizienter zusammenarbeiten müssen. Die Synergien sind optimal zu nutzen und die Kräfte zu bündeln. Hohe Reibungsverluste wie in der Vergangenheit immer wieder wegen struktureller Defizite, aber auch Machtkämpfen sind definitiv zu überwinden. Die Zusammenarbeit in Lehre und Forschung mit anderen Partnern wird zwar im Gesetz eingeschränkt, hingegen ist diese Bestimmung unserer Meinung nach zu wenig präzise. Deshalb beantragen wir, die Zusammenarbeit mit Dritten für beide Seiten im Gesetz explizit als das zu deklarieren, was sie sein sollte: die Ausnahme. Dadurch wird die Verpflichtung zur bevorzugten Partnerschaft für beide Seiten verstärkt, was auch im Sinn der überwiesenen Motion Erb zur Stärkung des medizinischen Standorts Bern und des Universitätsspitals Insel ist. Ich bitte Sie, die beiden Anträge zu unterstützen und dadurch politisch ein Zeichen zu setzen, dass diese Zusammenarbeit zukünftig besser werden und man sich primär aufeinander konzentrieren müssen.

**Irène Marti Anliker, Bern (SP).** Mit einem Gesetz wollen wir einen Rahmen schaffen und unseren politischen Willen betreffend Spitalversorgung ausdrücken. Hier geht es darum, wie sich die Universitätsspitaler im weitesten Sinn bezüglich ihrer Leistungen im Bereich Lehre und Forschung positionieren sollen.

Die SP-Fraktion beabsichtigt, mit diesem Gesetz die medizinische Fakultät, das Inselspital und die UPD zu stärken. Deshalb lehnt sie den Antrag GBJA zu Artikel 14 Absatz 4 ab, stimmt aber dem Antrag zu Absatz 5 zu. Warum? Bestellen Dritte Leistungen in Lehre und Forschung bei uns, ist dies

ausserordentlich wichtig für den Standort Bern der Universitätsspitaler, um im schweizerischen und europäischen Markt bestehen zu können. In diesem Sinn wollen wir sie stärken. Damit sie solche Leistungen anbieten können, sollte keine Verschärfung ins Gesetz aufgenommen werden.

Andererseits – auch dies im Sinn der Stärkung unserer Institutionen – möchten wir, dass sie sich bei der Bestellung von Leistungen zurückhalten. Die Zusammenarbeit mit anderen Universitäten und die bessere Nutzung von Synergien ist unbestritten wichtig. Dahinter stehen auch wirtschaftliche und fachliche Überlegungen, und zugunsten der Versorgung müssen Zusammenarbeit und die Bestellung von Leistungen möglich sein. Wir möchten im Gesetz aber festhalten, dass dies die Ausnahme sein soll und im Normalfall unsere Universitätsspitaler und die Fakultät diese Leistungen selber zu erbringen haben.

**Franziska Fritschy, Rüfenacht (FDP).** Dass die Universitätsspitaler Leistungen in Lehre und Forschung zugunsten Dritter, beispielsweise anderer Universitäten, erbringen können, ist bereits in Absatz 4 an Einschränkungen geknüpft. Die Leistungen müssen nämlich zumindest kostendeckend abgegolten werden und die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber der Universität und dem Kanton darf nicht beeinträchtigt werden. Dass die Universität Bern Leistungen in Lehre und Forschung bei anderen Leistungserbringern bestellen kann, ist ebenfalls bereits in Absatz 5 an Einschränkungen geknüpft. So müssen bei anderen Anbietern bestellte Leistungen bei gleicher Qualität kostengünstiger sein oder am Universitätsspital nicht oder nicht in der geforderten Qualität zu haben sein. Nach Meinung der freisinnigen Fraktion genügen die Einschränkungen in den beiden Absätzen. Mit dem Begriff «ausnahmsweise» noch zusätzlich einzuschränken, lehnen wir ab. Unsere Universitätsspitaler und unsere medizinische Fakultät dürfen nicht abgeschottet werden. Im Gegensatz dazu begrüssen wir sehr, wenn die beiden Partner Inselspital und medizinische Fakultät auch Aussenbeziehungen pflegen. Die freisinnige Fraktion bittet Sie deshalb, der Fassung der Kommission zuzustimmen und somit den Antrag GBJA abzulehnen.

**Dieter Widmer, Wanzwil (SVP).** Die Antragstellerin will zu den beiden Absätzen Einschränkungen erlassen. Zum einen sollen die Universitätsspitaler nur ausnahmsweise Leistungen in Lehre und Forschung zugunsten Dritter erbringen können und zum andern die Universität nur ausnahmsweise Leistungen bei anderen Leistungserbringern bestellen können. Die SVP-Fraktion lehnt beide Anträge ab.

Zu Absatz 4: Gemäss Gesetzesentwurf ist erstens vorgesehen, dass Leistungen, die für andere Universitäten erbracht werden, zumindest kostendeckend sein müssen. Zweitens will man verhindern, Leistungen mit kantonalen Mitteln zu subventionieren, die nicht dem Bedürfnis des Kantons entsprechen. Diese beiden Vorgaben erachtet die SVP-Fraktion als sinnvoll und sind einzuhalten.

Zu Absatz 5: Zwischen der Universität und den bernischen Universitätsspitalern ist eine bevorzugte Partnerschaft vorgesehen. Das bedeutet, dass beide Institutionen Leistungsverhältnisse mit Dritten eingehen können, aber zuerst abgeklärt werden muss, ob der bevorzugte Partner die Leistungsbedürfnisse abdecken kann. Falls ja, können andere Leistungserbringer nur berücksichtigt werden, wenn sie die gewünschten Leistungen bei gleicher Qualität kostengünstiger anbieten. Diese Lösung scheint der SVP-Fraktion zweckmässig. In ihrem Namen bitte ich Sie, die beiden Anträge abzulehnen und der Version der Kommission zuzustimmen.

**Thomas Heuberger**, Oberhofen (GFL). Universität kommt von universitas, universell. Die Universitäten, auch die Universitätsspitäler, müssen möglichst weit forschen, ihr Wissen möglichst weit holen, Wissen mit anderen Universitäten austauschen können. Wir erachten es als völlig falsch, diese sehr wichtige Tätigkeit jeder Universität und jedes Universitätsspitals mit dem Begriff «ausnahmsweise» einzuschränken. Es muss generell möglich sein, Wissen und Erfahrung auszutauschen. Wie bereits gesagt wurde, kann die Kostenfrage geregelt werden durch zumindest kostendeckende Abgeltung der Leistungen. Folglich besteht keine Gefahr, dass der Kanton Bern plötzlich bezahlen müsste, was er nicht direkt bestellt hätte. Andererseits kann er von Sachen und Erfahrungen anderer Spitäler nur profitieren, kann möglicherweise Erfahrung gewinnen, die er nirgends bestellt hat.

Zu Absatz 5: Bedenken Sie, dass es den Universitätsspitalern zukünftig gar nicht möglich sein wird, die ganze Lehre abzubilden und im Kanton für alle Mediziner herzustellen. Dafür braucht es die Regionalspitäler, die kleineren Spitäler, sogar die ganz kleinen, die unter den regionalen Spitalzentren arbeiten. Sonst können wir gar nicht die Ausbildungsmöglichkeiten anbieten, abgesehen von den Studenten, die diese Plätze brauchen. Auch hier ist unseres Erachtens «ausnahmsweise» falsch am Platz. Ich bitte Sie, der Fassung der Kommission zuzustimmen.

**Franziska Widmer**, Bern (GB). Die Anträge beabsichtigen natürlich nicht, den Austausch einzuschränken. Ich denke, der wird auch weiterhin gepflegt werden. Die Leute an der Universität und die Professoren und Professorinnen stehen untereinander in intensivem Kontakt, publizieren in Fachzeitschriften und so weiter – nicht zuletzt auch des Prestiges wegen. Dieser Antrag kam hauptsächlich auf dem Hintergrund der Vergangenheit zustande und sollte dem Inselspital und der Universität signalisieren, dass die Zusammenarbeit in Zukunft zu verbessern sei und man nicht einfach auf Dritte ausweichen soll, wenn es nicht funktionieren sollte.

Ich halte die Anträge aufrecht, obschon es sich abzeichnet, dass es schwierig sein dürfte, dafür eine Mehrheit zu finden. Bezüglich Artikel 14 Absatz 5 bitte ich aber die Kommission zu überprüfen, ob die Einschränkung «im Interesse der Lehre und Forschungsqualität» beabsichtigt ist. Diese finde wiederum ich nicht sinnvoll; meiner Meinung nach müsste es offener formuliert werden, beispielsweise «im Interesse der Forschung». Aber das ist eine redaktionelle Angelegenheit. Nachzuweisen, dass etwas im Interesse der Forschungsqualität wichtig ist, mag etwas gar eng und auch nicht ganz einfach sein.

Ich bitte Sie trotzdem, die Anträge der Fraktion GBJA zu unterstützen. Es geht um ein Zeichen für eine gute, enge Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Institutionen.

**Jürg Eberle**, Grossaffoltern (SVP), Präsident der Kommission. Die Anliegen der Fraktion GBJA waren in der Kommission kein Thema. In Absatz 4 geht es um Lehre und Forschung zugunsten Dritter. Im Vortrag steht «zugunsten anderer Universitäten». Nach meiner Beurteilung können es aber auch andere Organisationen sein. Viele universitäre Institute betreiben Forschung zugunsten respektive im Auftrag Dritter. Mit diesem Thema sind riesige Summen von Forschungsgeldern vor allem von der Industrie verbunden. Die ganze universitäre Forschung in allen Fakultäten ohne Drittmittel wäre auf heutigem Niveau kaum mehr möglich. Die Forschungstätigkeit durch die Einführung des Begriffs «ausnahmsweise» einzuschränken, wäre unverantwortlich und fatal.

In Absatz 5 geht es meiner Beurteilung nach schwergewichtig um den Bereich der Lehre, wie Herr Heuberger ausführte. Würde die klinische Ausbildung der Medizinstudenten nicht

durch Regional- und Bezirksspitäler unterstützt, wären die Universitätsspitäler absolut überfordert. Ich erinnere an ein Beispiel aus jüngster Zeit: Am Zieglerspital wurde ein Lehrstuhl für Geriatrie eingerichtet. Auch in diesem Bereich würde eine Einschränkung die Ausbildung richtiggehend verunmöglichen. Ich bitte Sie, die Anträge zu Artikel 14 Absatz 4 und 5 abzulehnen.

Frau Widmers Vorbehalt bezüglich der Formulierung «Lehre und Forschungsqualität», werden wir in der Kommission gerne nochmals überdenken und eventuell in ihrem Sinn korrigieren.

**Samuel Bhend**, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Ich schliesse mich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten an, mache aber noch zwei Bemerkungen. Vorweg stelle ich fest, dass die bevorzugte Partnerschaft zwischen der Universität und dem Inselspital ein Grundgedanke ist bei der ganzen Konstruktion, wie die universitäre Bildung und diejenige des Universitätsspitals aufeinander abgestimmt werden sollen. Die Regelung, wie sie hier im Gesetz vorliegt, wurde von den Beteiligten akzeptiert. Es war erklärt worden, zwischen den beiden Instanzen solle eine bevorzugte, aber nicht abschliessende Partnerschaft aufgebaut werden. Nun geht es um den Entscheid, wie offen oder – wie Frau Widmer vorschlägt – eingeschränkt die Zusammenarbeit sein soll. Theoretisch könnte man auch ganz darauf verzichten. Es geht ausschliesslich um die Zusammenarbeit dieser beiden. Ich bitte Sie, der offenen Version zuzustimmen. Ich glaube, es ist zum Vorteil beider Beteiligten, vorzugsweise zusammenzuarbeiten, doch mit der Möglichkeit, davon abzuweichen.

Frau Widmer berichtete über die Bestrebungen auf Bundesebene bezüglich der Universitätsstandorte, der medizinischen Fakultäten und der Universitätsspitäler. Es fielen die Begriffe «Fusion» und «Aufhebung von Standorten». So weit ist es noch nicht. Zurzeit wird intensiv diskutiert, aber ein derartiger Eingriff ist nicht beschlossen. Dies nur, um die Dramatik etwas abzuschwächen. Hingegen wird es noch viel Überzeugungskraft brauchen, bis auf schweizerischer Ebene zwischen den fünf Universitäten und den fünf Universitätsspitalern eine anständige Zusammenarbeit erreicht sein wird. An meinem Einsatz soll es nicht fehlen, aber dass es gerade vor der Tür stünde, möchte ich doch etwas relativieren.

**Präsident**. Wir stimmen getrennt über die Absätze 4 und 5 ab.

#### Abstimmung

Für den Antrag GBJA zu Absatz 4	35 Stimmen
Für den Antrag Regierungsrat / Kommission	103 Stimmen
	1 Enthaltung

#### Absatz 5

Für den Antrag GBJA zu Absatz 5	52 Stimmen
Für den Antrag Regierungsrat / Kommission	89 Stimmen
	1 Enthaltung

#### Art. 15 und 16

Angenommen

#### Art. 17 Abs. 1

#### Antrag GBJA

Die zuständige Behörde schliesst mit den Erbringern von Spitalleistungen nach Artikel 1 Absatz 2 Rahmen- und Jahresleistungsverträge ab.

**Franziska Widmer**, Bern (GB). Bei diesem Antrag geht es wieder um eine Präzisierung, die rein vom Gesetz her nicht zwingend scheint, die wir aber aufgrund konkreter praktischer Probleme als sinnvoll erachten. In Artikel 1 Absatz 2 wird der Begriff «Spitalversorgung» definiert. Darunter fällt nicht nur die somatische, sondern auch die psychiatrische, geriatrische und rehabilitative Versorgung. Darüber diskutierten wir auch gestern schon. In Artikel 17 Absatz 1 ist dann die Rede von Spitalleistungen. Das dünkt uns zu eng. Auch hier muss klar werden, dass nebst den somatischen auch die psychiatrischen, geriatrischen und rehabilitativen Leistungen abgedeckt sind. Die Präzisierung würde verhindern, dass in Zukunft ein Fall wie der folgende – ein Beispiel aus der Praxis – diskutiert werden muss: Braucht es für eine allfällige Übertragung des Psychiatriestützpunkts der Spitalgruppe FMI an die Privatklinik Meiringen einen neuen Regierungsratsbeschluss und einen neuen Leistungsvertrag? Wir meinen, nach Artikel 17 Absatz 1 brauche die Privatklinik für die Übernahme des Psychiatriestützpunkts FMI einen Leistungsvertrag mit dem Kanton. Den Leuten, die die entsprechende Diskussion führen, war dies offenbar nicht klar. Ich bitte Samuel Bhend klarzustellen, ob unsere Interpretation richtig ist. Wir möchten solche Unklarheiten ausschliessen und deshalb Artikel 17 Absatz 1 derart ergänzen, dass er explizit Bezug nimmt auf Artikel 1 Absatz 2. Unter dem Begriff «Spitalleistungen» versteht man in der Praxis nicht automatisch auch psychiatrische, geriatrische und rehabilitative Leistungen, obschon er eingangs des Gesetzes definiert ist. Indem man den Bezug herstellen würde, liessen sich Unsicherheiten ausräumen. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

**Barbara Wisler Albrecht**, Burgdorf (SP). Unsere Fraktion unterstützt diesen Antrag, weil eine Präzisierung nicht schaden kann. Wir verstehen Gesundheitsversorgung als Gesamtheit, und die Vernetzung zwischen den Spitälern – Akutpflege, Spitex, Geriatrie – sollte verbessert werden. Im Vortrag steht, auch der Regierungsrat wolle diesem Grundsatz nachleben. Aber es kann nicht schaden, die gesamtheitliche Betrachtung in diesem Artikel noch zu präzisieren.

**Jürg Eberle**, Grossaffoltern (SVP), Präsident der Kommission. Aus meiner Sicht ist die Präzisierung nicht ganz unproblematisch. Ich weise auf Artikel 69 betreffend die Modellversuche hin. Der Regierungsrat kann mit einzelnen Leistungserbringern Modellversuche anordnen oder vereinbaren, die sicher die Spitalleistungen betreffen. Beschränken wir nun die Leistungsvereinbarungen auf Artikel 1 Absatz 2, wäre Artikel 69 nicht inbegriffen. Dann könnte er als Ergänzung dienen. Man kann nicht das ganze Gesetz nach weiteren Artikeln durchforsten, die allenfalls noch darauf Bezug nehmen könnten. Auch ich möchte dazu die Meinung des Gesundheitsdirektors hören.

**Samuel Bhend**, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Ich bitte Sie, auf den Zusatz gemäss Frau Widmers Vorschlag zu verzichten. Ob der Hinweis auf Artikel 1 ins Gesetz aufgenommen wird oder nicht, ändert an der Sachlage nichts; die Leistungserbringer sind ohnehin gemeint. Der Zusatz bringt weder zusätzliche Klarheit, noch vermindert er sie. Es können nur die in Artikel 1 erwähnten Leistungserbringer gemeint sein.

Zur Ausgliederung des Psychiatriestützpunkts aus dem Spital FMI Frutigen / Meiringen / Interlaken an einen neuen Träger: So oder so bedingt die Änderung einen Entscheid des Regierungsrats. Grundlage für jede Tätigkeit eines Leistungserbringers für den Kanton ist ein Rahmenvertrag zwischen den beiden. Dafür ist der Regierungsrat zuständig. Die Änderung des Vertrags erfordert einen Regierungsratsbeschluss. So-

wohl das Spital Interlaken als bisheriger Träger als auch die Klinik Meiringen als neuer Träger brauchen einen neuen Rahmenvertrag, der nach diesem Gesetzesentwurf in der Kompetenz des Regierungsrats liegt.

#### *Abstimmung*

Für den Antrag GBJA	45 Stimmen
Für den Antrag Regierungsrat / Kommission	89 Stimmen
	4 Enthaltungen

Art. 17 Abs. 2, Art. 18 und 19  
Angenommen

Art. 20

#### *Antrag EVP*

... die insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Entlohnung und Sozialleistungen dem Orts- und Berufsüblichen entsprechen

#### *Antrag SP*

Abs. 1: Die zuständige Behörde schliesst Leistungsverträge unter der Voraussetzung ab, dass sich der Leistungserbringer dem Gesamtarbeitsvertrag der Branche anschliesst.

Abs. 2: Bei vertragslosem Zustand legt der Regierungsrat insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Entlohnung und Sozialleistungen die Mindestanforderungen fest, denen die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen zu genügen haben.

#### *Antrag GBJA*

Die zuständige Behörde schliesst Leistungsverträge unter der Voraussetzung ab, dass der Leistungserbringer mit den zuständigen Personalverbänden einen Gesamtarbeitsvertrag abschliesst oder sich dem Gesamtarbeitsvertrag der Branche anschliesst; kann sich der Leistungserbringer mit den Personalverbänden nicht einigen, so rufen sie bezüglich der strittigen Fragen eine Schlichtungskommission an, die ihnen Lösungsvorschläge unterbreitet.

#### *Eventualantrag GBJA*

Abs. 1: Die zuständige Behörde schliesst Leistungsverträge unter der Voraussetzung ab, dass der Leistungserbringer mit den zuständigen Personalverbänden einen Gesamtarbeitsvertrag abschliesst oder sich dem Gesamtarbeitsvertrag der Branche anschliesst; fehlt ein Gesamtarbeitsvertrag, finden die kantonalen Personalvorschriften sinngemäss Anwendung; Artikel 43 Absatz 2 bleibt vorbehalten.

Abs. 2 (neu): Kommt kein Gesamtarbeitsvertrag zustande, legt der Regierungsrat insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Entlohnung und Sozialleistungen die Mindestanforderungen fest, denen die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen zu genügen haben.

**Präsident.** Den Antrag EVP vertritt Frau Bula, die SP-Anträge Frau Burkhalter-Reusser und die GBJA-Anträge Frau Widmer, Bern. Die Anträge werden nacheinander begründet und anschliessend gemeinsam diskutiert.

Folgendes Abstimmungsverfahren ist vorgesehen: Zwei Varianten sind beantragt; die erste in Form einer Abänderung des Antrags von Regierungsrat und Kommission und eine zweite, die eine Aufteilung in Absatz 1 und Absatz 2 wünscht. Frau Widmer stellt zu beiden Varianten einen Antrag, was aber das Abstimmungsverfahren nicht beeinflusst. Variante eins wird vorerst durch die Gegenüberstellung der Anträge Bula und Widmer, Bern, und anschliessend des obsiegenden Antrags gegen den Antrag von Regierungsrat und Kommission bereinigt. Variante 2 wird bereinigt, indem die Anträge Burkhalter-Reusser den Anträgen Widmer, Bern, einander gegenübergestellt werden. Schliesslich wird der erfolgreiche

Antrag der Variante 1 der Variante 2 gegenübergestellt. Das Endresultat gibt die Formulierung ab für die erste Lesung.

**Franziska Widmer**, Bern (GB). Ich bin nicht sicher, ob ich richtig verstanden habe. Meine Anträge – ein Hauptantrag und ein Eventualantrag – müssten ausgemehrt werden. Ist das so vorgesehen?

**Präsident**. Das ist richtig.

**Katharina Bula**, Burgdorf (EVP). In meinem Antrag zu Artikel 20 geht es um nichts Umwerfendes, sondern lediglich um einen Schönheitsfehler in Form eines Pleonasmus.

Entweder schliesst die Trägerschaft mit dem Personal einen Gesamtarbeitsvertrag ab oder sie bietet dem Personal Arbeitsbedingungen, die dem Ortsüblichen entsprechen. Ortsüblich ist ortsüblich; mir ist nicht einsichtig, weshalb es hier «tatsächlich ortsüblich» braucht. Die Formulierung orts- oder berufsüblich stammt ja aus der Bundesverordnung zu den Submissionen. Ich bitte deshalb, «tatsächlich» zu streichen; dann hätten wir keine Differenz mehr zum Antrag von Regierungsrat und Kommission.

**Annemarie Burkhalter-Reusser**, Bätterkinden (SP). Vom Gesamtarbeitsvertrag mag man halten, was man will, man kann dafür oder dagegen sein. Ich weise darauf hin, dass wir von Bestehendem sprechen, nämlich einem GAV, der seit dem 1. Januar 2000 in Kraft ist. Gegenwärtig unterstehen rund 5500 MitarbeiterInnen dem GAV Spital. Ihm gehören an das Spitalzentrum Biel, das Spitalzentrum Thun mit den Spitälern Thun, Erlenbach und Zweisimmen; die Spitalregion Oberaargau AG mit den Spitälern Langenthal, Huttwil, Niederbipp und dem Pflegeheim Herzogenbuchsee; das Regionalspital Emmental mit den Spitälern Burgdorf und Langnau; seit dem 1. Januar 2004 auch das Hôpital du Jura Bernois mit den Spitälern St-Imier und Moutier und schliesslich noch die Dr. Ludwig Meyer-Stiftung, Alters- und Pflegeheim Wattenwil. Für Gesundheitsberufe galten seit jeher, historisch bedingt, spezielle Arbeitsbedingungen. Es waren typische Frauenberufe, selbstverständlich mit Nachtdiensten und Schichtarbeit. Nach wie vor sind 12-Stunden-Schichten üblich, besonders nachts. Dieser Arbeitsbereich kann körperlich sehr anstrengend und psychisch belastend sein. Der GAV berücksichtigt die speziellen Bedingungen und bietet den Arbeitnehmerinnen guten Schutz. Die Bevölkerung des Kantons Bern geht davon aus, dass sie in allen Spitälern gut behandelt wird. Warum also sollen nicht auch die Beschäftigten davon ausgehen können, im Kanton Bern alle zu gleich guten Bedingungen angestellt zu werden? Das sollte nun wirklich selbstverständlich sein. Deshalb ist uns sehr wichtig, dass in diesem Gesetz nichts anderes als der bestehende, gut funktionierende GAV verankert wird.

So, wie Artikel 20 im Gesetzesentwurf vorliegt, kann der Arbeitgeber auch Arbeitsbedingungen anbieten, die dem Orts- und Branchenüblichen entsprechen. Was heisst das? Berufsübliche Bedingungen für das Gesundheitspersonal müssten schon fast GAV-Standard haben, wenn schon so viele Berufsleute im Gesundheitsbereich dem GAV angehören. Aber im Spital arbeiten nicht nur sie, sondern auch Köche, Gärtner, Handwerker, Elektriker und eine Menge andere Berufsleute; alle für den gleichen Arbeitgeber. Warum sollten nicht auch sie zu GAV-Bedingungen, sondern zu anderen, branchenüblichen Bedingungen angestellt werden? Das ist nicht einsichtig und lässt sich nicht logisch begründen.

Deshalb kämpfen wir für den Gesamtarbeitsvertrag. Ich bitte Sie sehr, den Antrag zu Absatz 1 zu unterstützen. Der Antrag zu Absatz 2 ist die logische Folge daraus. Der GAV wird alle zwei Jahre überarbeitet, dem Arbeitsgesetz angepasst und wieder neu ausgehandelt. Möglicherweise wird man sich

nicht immer gleich in jedem Punkt einigen können. Dann soll der Regierungsrat so lange die Mindestanforderungen für das Personal festlegen, bis sich die GAV-Partner wieder geeinigt haben. Die beiden Anträge sind logisch und entsprechen grossenteils der heute geltenden Praxis. Deshalb bitte ich Sie sehr, die Anträge zu unterstützen.

**Franziska Widmer**, Bern (GB). Wahrscheinlich erfuhren Sie bereits aus den Medien, dass dieser Artikel für uns, das Personal und dessen Verbände der Schicksalsartikel dieses Gesetzes ist. Die Fraktion GBJA trug zusammen mit den Personalverbänden die Spitalreform immer mit. Für das Modell «Partnerschaft» als Grundlage dieses neuen Spitalversorgungsgesetzes setzten wir uns Ende der Neunzigerjahre aktiv ein im Abstimmungskampf – jedoch stets unter der Bedingung, dass der Schutz des Personals per GAV im neuen Spitalversorgungsgesetz verbindlich verankert werde. Mittlerweile haben die Personalverbände mit den meisten RSZ den GAV für das Berner Spitalpersonal abgeschlossen und erst kürzlich erneuert. Die Erfahrungen sind positiv. Der GAV hat einen hohen Stellenwert beim Personal. Gehört ein Betrieb dazu, wirkt es sich positiv aus für ihn; es steigert seine Attraktivität. In gewissen Zeiten ist das ganz wichtig. Ich halte ausdrücklich fest, dass der heutige GAV für alle Mitarbeitenden jener Spitäler gilt, vom Reinigungspersonal bis zum Assistenzarzt. Im Kommissionsprotokoll las ich, in den Hearings seien diesbezüglich falsche Aussagen gemacht worden.

Weshalb ist ein GAV als Voraussetzung für eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton nötig? Mit dem vorliegenden Gesetz erhalten die Spitäler mehr unternehmerischen Spielraum. Dagegen wehren wir uns nicht. Dereguliert man, muss man andererseits aber auch bereit sein, neu entstehende nicht sinnvolle Freiheiten zu regulieren. Deshalb fordern wir im Gegenzug dazu den nötigen Schutz des Personals und der Arbeitsbedingungen. Die neuen Freiheiten können die Spitäler, vor allem vor dem Hintergrund des andauernden Spardrucks – Stichwort Sparauflage des Grossen Rats von 21 Mio. Franken –, dazu verleiten, auf dem Buckel des Personals bei den Arbeitsbedingungen zu sparen. Wo Wettbewerb stattfindet, besteht die Gefahr, dass er auf Kosten des Personals und der Arbeitsbedingungen, statt bei der Effizienz der Dienstleistungserbringung geführt wird. Eine solche Entwicklung würde die Sicherheit und die Qualität der Dienstleistungen gefährden. Gute Arbeitsbedingungen sichern gutes Personal, was wiederum ein Erfolgsfaktor für Qualität und Sicherheit ist. Im Vortrag steht dazu: «Die Leistungserbringer haben ihr Personal zu fairen Bedingungen zu beschäftigen. Es ist unzulässig, im Rahmen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben Arbeitsverhältnisse zu tolerieren, die den Grundprinzipien des staatlichen Handelns entgegenlaufen.» Der GAV ist das bewährte Instrument der Privatwirtschaft, um die Pflichterfüllung der Leistungserbringer gegenüber dem Personal zu gewährleisten. Der Kanton ist dem enthoben; das findet zwischen den Sozialpartnern statt. Vielen ist das wichtig.

Für ausreichenden Schutz des Personals muss das Gesetz zwei personalrechtliche Aspekte sauber regeln: erstens die Pflicht der Leistungserbringer, einen GAV auszuhandeln oder sich dem geltenden GAV anzuschliessen. Wir wünschen hier eine Verhandlungspflicht, keine Abschlusspflicht. Zweitens ist zu regeln, was personalrechtlich gilt, wenn kein GAV zustande kommt, also bei vertragslosem Zustand. Das braucht es, weil ab und zu vorkommt, dass sich die GAV-Partner, meistens aber nur vorübergehend, nicht einigen können. Die von Regierungsrat und Kommission vorgesehene Regelung ist ungenügend, unverbindlich und belässt den Leistungserbringern praktisch unbegrenzten Spielraum. Von Schutz kann da

keine Rede mehr sein. Das ist für uns und die Personalverbände inakzeptabel.

Mit einem Haupt- und einem Eventualantrag unterbreiten wir Ihnen zwei bessere Varianten. Der Hauptantrag ist die beste Lösung und unser Favorit. Er sieht den Anschluss an den GAV oder an den Berner Branchen-GAV vor. Kommt nichts zustande, gilt das Berner Personalrecht. Ich weiss, dass in diesem Rat viel Widerstand gegen das kantonale Personalrecht vorhanden ist, erachte ihn aber als teilweise irrational. Bei vertragslosem Zustand ist und bleibt es die einfachste, effizienteste und fairste Lösung, und zwar für alle Beteiligten, wenn das Berner Personalrecht gilt. In diesem Zusammenhang erinnere ich Sie an die sehr aufwändige VAP-Übung, die ich für Heime selbst umsetzen musste. Auf Druck der Streikbewegung mussten wir im ganzen Kanton die Löhne des Gesundheitspersonals dem Berebe-Standard anpassen, und Berebe-Standard ist bekanntlich kantonales Personalrecht. Dort also harmonisierten wir. Aus dieser Sicht müsste allen Ratsmitgliedern klar sein, dass das Personal materielle Differenzen und Ungerechtigkeiten bei den Arbeitsbedingungen auf die Dauer nicht akzeptiert.

Der Eventualantrag ist ein Kompromissantrag. Darin schlagen wir eine sozialpartnerschaftliche Lösung vor, wie sie in der Privatwirtschaft üblich ist. Kommt kein GAV zustande, soll eine Schlichtungskommission zum Zug kommen und mit Lösungsvorschlägen eine Einigung der Sozialpartner herbeiführen. Absatz 2 dieses Antrags braucht es noch, falls auch die Vermittlung durch die Schlichtungskommission nicht zu einer Einigung führt. Dieser Vorschlag stammt übrigens aus dem Bundesgesetz über die Swisscom und wird praktiziert.

Der Eventualantrag berücksichtigt die Kritik an der Mehrfachrolle des Kantons und kommt dem Anliegen der Kommissionmehrheit nach mehr Distanz zum Kanton entgegen. Im Interesse der Qualitätssicherung, des Personals und des Arbeitsfriedens im Gesundheitswesen in diesem Kanton bitte ich Sie, hier Hand zu einer Verbesserung zu bieten und eine der beiden Varianten oder – als Minimalstandard – zumindest die Variante der SP ins Gesetz aufzunehmen. Ich betone: Das Personal steht in dieser Frage geschlossen hinter uns. Kommt es hier nicht zu einer Verbesserung, müssen wir uns wohl oder übel ein Referendum überlegen.

**Präsident.** Die Fraktionssprecherinnen und -sprecher kommen zu Wort.

**Annemarie Kempf Schluchter**, Reichenbach (SP). Im Kanton Bern kennen wir seit 2000 den GAV. Bisher machte man damit positive Erfahrungen. Ich weiss, ich rede hier zum x-ten Mal über den GAV und sage eigentlich immer wieder das Gleiche. Artikel 20 ist einer der wichtigen Artikel für die SP-Fraktion, für das Personal in diesem Kanton. Ist mir etwas wichtig, schreibe ich es meistens mit dem Rotstift. Heute gebe ich in diesem Rat mein letztes Votum ab; es ist mit Rotstift geschrieben.

Der GAV entstand in einer Zeit grosser Verunsicherung bezüglich Anstellungsbedingungen. Im letzten Jahrtausend meinten die Betriebe, sie könnten ihre Spitäler retten, indem sie an den Anstellungsbedingungen schraubten. Im Jahr 2000 schlossen sieben Institutionen einen gemeinsamen, sozialpartnerschaftlich ausgehandelten GAV ab mit der Begründung, geregelte Arbeitsbedingungen zu schaffen. Das war ihnen auch im Hinblick auf die Konkurrenz untereinander wichtig. Die sieben Spitäler hatten – gerade im Hinblick auf die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – eingesehen, dass sie mit unterschiedlichen Anstellungsbedingungen ein gefährliches Spiel treiben würden. Diesem GAV sind heute rund 5500 Beschäftigte aller Berufsgruppen unterstellt.

In Artikel 17 bis 19 wird der Leistungsvertrag verankert. Für den Abschluss eines Leistungsvertrags gelten verschiedene Voraussetzungen. Eine logische Folgerung ist, auch im Gesetz verbindlich zu verankern, dass sich die Leistungserbringer dem GAV, also der Branche, anschliessen müssen. Vergibt der Kanton beispielsweise einen Bauauftrag, sind die Betriebe aufgefordert, die Bedingungen der Submissionsverordnung einzuhalten; andernfalls erhalten sie den Zuschlag nicht. Auch im Gesundheitsbereich bietet der Kanton Leistungsvergaben an. Aus dieser Optik ist es eine logische Folgerung, im Gesetz den GAV verbindlich zu verankern. Eine verbindliche arbeitsrechtliche Regelung trägt viel zur Arbeitszufriedenheit bei. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich um Unterstützung unseres Antrags.

**Adrian Haas**, Bern (FDP). Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, die Anträge SP und GBJA zu Artikel 20 abzulehnen und dem Antrag Regierungsrat / Kommission zuzustimmen. Wir wollen, dass die RSZ ihr Personal zeitgemäss und fair entlohnen. Das wird sichergestellt durch die Forderung, die Arbeitsbedingungen orts- und berufsüblich auszugestalten. Die Pflicht zu einem GAV, der übrigens gar nicht für alle Berufsgruppen in Spitälern existiert, lehnen wir ab. Wir wollen die RSZ jetzt als Unternehmen ausgestalten. Sie sollen rechtlich auch im Personalbereich eine gewisse Flexibilität erhalten.

Die SP- und GBJA-Anträge sind bundesrechtswidrig. Formulierungen wie diese waren bereits in der Vernehmlassungsvorlage enthalten. Zur Vernehmlassungsvorlage gab das Verwaltungsgericht des Kantons Bern eine Stellungnahme folgenden Wortlauts ab: «In Bezug auf private Leistungserbringer dürfte die Verpflichtung, einen GAV abzuschliessen, bundesrechtswidrig sein. Dasselbe dürfte für die vorgesehene Ermächtigung des Regierungsrats gelten, Mindeststandards festzulegen.» Hier haben wir es: Wir könnten den Anträgen von linker Seite selbst dann nicht zustimmen, wenn wir es wollten!

Die Bestimmung, die wir in der Kommission wählten und der sich der Regierungsrat anschloss, ist für den Kanton Bern gar nicht besonders neu. Ich erinnere daran, dass in diesem Rat – damals war ich zwar noch nicht dabei, wohl aber viele von Ihnen – das kantonale Wirtschaftsförderungsgesetz revidiert wurde, in das Voraussetzungen zur Gewährung von Wirtschaftsförderbeiträgen aufgenommen wurden. Darin steht in Artikel 13: «Einhaltung der GAV- oder der orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen». Folgen Sie deshalb dem Antrag von Regierungsrat und Kommission!

Frau Bula beantragt, das Wort «tatsächlich» zu streichen. Das hat eher kosmetische Bedeutung. Mir ist es gleich. «Tatsächlich» stammt aber aus Artikel 7 der Submissionsverordnung des Bundes; insofern ist es bewährtes Recht, wenn man es hier so schreibt.

**Dieter Widmer**, Wanzwil (SVP). Dem Spitalpersonal sollen auch in Zukunft und im Rahmen der Neuorganisation mit den regionalen Spitalzentren anständige, fortschrittliche Anstellungs- und Lohnbedingungen geboten werden; das ist unbestritten. Heute und auch künftig kann sich kein Spital leisten, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber der Konkurrenz deutlich schlechter zu entlohnen, weil es sonst seine Angestellten verliert. Im Spitalwesen haben sich in den letzten Jahren die Vorstellungen über die Abgeltung gleicher Arbeitsleistungen angeglichen. Insbesondere wurde das Lohnniveau erheblich nach oben korrigiert. Im neuen Spitalversorgungsgesetz ist festgehalten, regionale Spitalzentren mit kantonaler Mehr- oder Minderheitsbeteiligung seien in der Rechtsform von Aktiengesellschaften zu führen. Nach den Erläuterungen des Regierungsrats zu Artikel 38 hat die recht-

liche Selbständigkeit der regionalen Spitalzentren zur Folge, dass operative Entscheide weitgehend in der Organisation selbst zu fällen und somit dem politischen Prozess entzogen sind. Das entspricht gemäss neuer Verwaltungsführung NEF der Absicht, die strategische von der operativen Führung zu trennen. In diesem Sinn wäre es sachwidrig, wenn der Kanton hoheitlich direkt eine Besoldungsordnung oder indirekt den Abschluss eines bestimmten Gesamtarbeitsvertrags für alle privatrechtlich organisierten Spitalzentren vorschreibe. Nach der Meinung der SVP-Fraktion kann es nicht in Frage kommen, Leistungsverträge vom Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags abhängig zu machen oder bei vertragslosem Zustand dem Regierungsrat die Kompetenz einzuräumen, Anstellungsbedingungen zu Arbeitszeit, Entlohnung und Sozialleistungen als Mindestanforderungen zu verfügen.

Das Spitalversorgungsgesetz sieht drei mögliche personalrechtliche Voraussetzungen vor: den eigenen GAV, den GAV der Branche oder Anstellungsbedingungen, die bezüglich Arbeitszeit, Entlohnung und Sozialleistungen dem tatsächlich Orts- und Berufsüblichen entsprechen. Adrian Haas wies darauf hin, dass der Begriff «tatsächlich orts- und berufsüblich» aus der Gesetzgebung des Bundes stammt.

Das dreistufige Modell ist eine korrekte Abmachung, die klare Leitplanken betreffend Anstellung setzt. Die SVP-Fraktion erachtet den Vorschlag der Kommission als sinnvoll, weil er auf die neue Spitalstruktur zugeschnitten ist. Sollen die regionalen Spitalzentren ihren Auftrag im Rahmen privatrechtlicher Aktiengesellschaften erfüllen, sind sie auf minimalste unternehmerische Freiheiten angewiesen. Zudem können private Trägerschaften ohnehin nicht dazu gezwungen werden, einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen. Das bestätigen auch die schriftlichen Feststellungen des Verwaltungsgerichts. Folglich kann den Anträgen der SP aus der Optik der SVP-Fraktion nicht zugestimmt werden.

Je schlechter die Löhne seien, desto nötiger Gesamtarbeitsverträge, sagten vorhin verschiedene Votantinnen. Mittlerweile ist das Spitalpersonal sehr gut organisiert, und in der ganzen Branche werden anständige Löhne bezahlt. Eine 21-jährige Pflegefachfrau auf Diplomniveau 1 erhält unmittelbar nach ihrer dreijährigen Lehre einen Monatslohn von fast 4700 Franken plus je nach Wochenend- oder Nacharbeit Zulagen von 100 bis 150 Franken. Das sind anständige Löhne, von denen Berufsleute anderer Branchen nur träumen können.

Die SVP-Fraktion beantragt, alle Anträge zu Artikel 20 abzulehnen, und bittet Sie, dem Antrag der Kommission zu folgen. Ich bitte Sie auch zu würdigen, dass sich der Regierungsrat dem Antrag der Kommission angeschlossen hat.

**Regula Rytz, Bern (GB).** Gesamtarbeitsverträge sind ausserordentlich wichtig und werden in der Schweiz an Bedeutung gewinnen. Denken Sie nur daran, dass ab 1. Juni 2004 die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union in Kraft treten wird. Das wird sich massiv auf die Regulierung des Arbeitsmarkts auswirken.

Auf eidgenössischer Ebene wurden drei Massnahmen ausgehandelt, die jetzt auch auf kantonaler Ebene umgesetzt werden und verhindern sollen, dass durch die Personenfreizügigkeit die Arbeitsbedingungen in der Schweiz verschlechtert und unterwandert werden und es zu Dumpinglöhnen und die Gesundheit schädigenden Arbeitsbedingungen kommt. Vor allem um meine bürgerlichen Vorredner etwas zu korrigieren, erinnere ich nochmals daran, dass es hier durchaus staatliche Eingriffe gibt, die zwingend notwendig sind und durch den Konsens der Bevölkerung auch unterstützt wurden. Das erste Mittel ist die Möglichkeit der erleichterten Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen, wenn branchenübliche Löhne unterschritten oder Arbeitsbedingungen nicht eingehalten werden. Zweitens können Normalar-

beitsverträge mit Minimallöhnen erlassen werden – auch dies ein wichtiges Instrument, um die Verschlechterung des Arbeitsmarkts zu verhindern –, und drittens wird das Entsendegesetz in Kraft gesetzt. Auch es enthält eine Menge absolut unerlässlicher staatlicher Regulierungsmassnahmen, damit in der Schweiz auch mit offener Grenze weiterhin existenzsichernde Löhne bezahlt werden, die nicht über die Sozialhilfe von den Steuerzahlern hochsubventioniert werden müssen, und damit hier Arbeitsbedingungen herrschen, die die Gesundheit, die Würde und die sozialen Rechte der Arbeitnehmenden nicht beeinträchtigen. Mit der Öffnung der EU Richtung Osten werden genau diese Instrumente noch viel bedeutender sein, um den Arbeitsmarkt auf dem Niveau zu halten, dass die in der Schweiz herrschenden Preise auf dem Wohnungsmarkt oder anderer Konsumgüter noch bezahlt werden können. Andernfalls werden wir eine enorme Umschichtung der Gesellschaft in Kauf nehmen müssen. Deshalb sind arbeitsmarktliche Instrumente wie beispielsweise Gesamtarbeitsverträge ein absolut zentrales Element der zukünftigen Wirtschaftsverfassung der Schweiz.

Umso wichtiger sind natürlich diese Instrumente in einem Bereich wie dem Spitalversorgungsbereich, der vorwiegend über öffentliche und Sozialversicherungsgelder finanziert wird. Diesbezüglich verstehe ich die bürgerliche Seite schon nicht so ganz. Zwar bestätigt man immer wieder, Gesamtarbeitsverträge und Sozialpartnerschaft seien etwas Übliches. Geht es dann aber um die Wurst und möchte man die Pflicht, solche Gesamtarbeitsverträge abzuschliessen, tatsächlich in einem Gesetz verankern, worin man quasi die Auslagerung öffentlicher Aufgaben mitlegitimiert, will man plötzlich nichts mehr davon wissen. Das finde ich doch sehr widersprüchlich. Gesamtarbeitsverträge sind das Normalste der Welt. In der Schweiz arbeiten heute ungefähr 50 Prozent der Arbeitnehmenden unter einem Gesamtarbeitsvertrag. Zukünftig werden es wegen der Öffnung zur EU sehr viel mehr sein. Deshalb ist für uns selbstverständlich, dass das gesamte bernische Spitalpersonal unter einem Gesamtarbeitsvertrag arbeiten soll und wir als für die Gesetzgebung Verantwortliche dies als Pflicht ins Gesetz einbringen sollen.

Herr Haas, Gesamtarbeitsverträge sind keine Einschränkung der unternehmerischen Freiheiten, sondern sie versuchen die unternehmerischen Freiheiten so intelligent einzusetzen, dass sie nicht auf Kosten des Personals in Form von Dumpinglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen umgesetzt werden müssen. Die Leistungserbringer sollen versuchen können, sich durch intelligente Managementpolitik wirtschaftlich besser zu positionieren. Im Kanton Bern mit seinen grossen Unterschieden bezüglich Orts- und Branchenüblichkeit zwischen städtischen und ländlichen Gebieten ist es sehr wichtig, dass wir mittels Gesamtarbeitsvertrag im ganzen Kanton gleiche Arbeitsbedingungen gewährleisten und damit Chancengleichheit schaffen bei der Suche nach gutem Personal. Auch dem ländlichen Raum wird die Nivellierung sehr viel bringen, garantiert sie doch Qualität und dient somit der gesamten Allgemeinheit.

In diesem Rat wurden bereits mehrmals Gesetze diskutiert, bei denen man sich für Auslagerungen entschied, beispielsweise das Gesetz über den Lehrmittelverlag. Damals wurde argumentiert, es lohne sich nicht, in einem solchen Gesetz einen Gesamtarbeitsvertrag zu verankern, weil es ja nur sehr wenige Arbeitnehmende betreffe. Hier geht es nun um eine ausserordentlich wichtige Branche mit einem sehr bedeutenden Arbeitgeber. Ergibt es irgendwo Sinn, einen solchen Gesamtarbeitsvertrag im Gesetz zu verankern, dann klar im Personal- und im Spitalversorgungsgesetz. Wir bitten Sie deshalb sehr, unsere Anträge zu unterstützen. Sie bieten zwei Varianten an, eine starke und per Eventualantrag einen Kompromiss, so dass wir zumindest im Eventualantrag Si-

cherheit fürs Personal und Wettbewerbsgleichheit im ganzen Kanton punkto Arbeitsbedingungen gewinnen. Das ist ganz zentral. Ich bitte Sie, Farbe zu bekennen zur neuen Art von Arbeitsmarktregulierung in der Schweiz, die ganz klar Gesamtarbeitsvertrag heisst.

**Thomas Heuberger**, Oberhofen (GFL). Der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem recht belastenden Beruf – nicht zuletzt auch durch Sparbemühungen des Kantons – ist sehr wichtig. Das Gesetz muss relativ weit gehen, um diesen Schutz zu gewährleisten. Ob es effektiv gerade über den GAV gehen muss, darüber sind wir uns nicht ganz einig. Die einen meinen Ja, während sich die anderen dem allenfalls nicht anschliessen werden. Deshalb ist einem Teil unserer Fraktion Frau Burkhalter Antrag zu Artikel 20 Absatz 1 eher zu eng. Wir bringen grosses Verständnis dafür auf, dass der Begriff «orts- und branchenübliche Regelung» zu weich sein und unter Umständen dem so genannten unternehmerischen Handeln der regionalen Spitalzentren entgegenwirken und nicht genügen könnte. Wir unterstützen deshalb Frau Widmers Anträge zu Artikel 20, wonach die kantonalen Personalvorschriften sinngemäss angewandt werden oder allenfalls alternativ die Schlichtungskommission in die Verhandlungen eintreten müssten. Das betrifft schliesslich auch die Anstellungsverhältnisse, bei denen allenfalls der Regierungsrat Mindestanforderungen festzulegen hätte. Diese Anträge unterstützt unsere Fraktion generell, den Gesamtarbeitsvertrag teilweise.

**Annemarie Burkhalter-Reusser**, Bätterkinden (SP). Zum Votum von Herrn Haas bezüglich Wirtschaftsförderung und Privatspitäler: Beim Berufsverband SBK der Pflegefachleute führen wir auch eine Beratungsstelle für unsere Mitglieder und führen darüber eine interne Statistik. Manchmal kommt mich die Lust an, diese einmal zu veröffentlichen. Daraus wäre ersichtlich, dass weitaus die meisten Meldungen zur Arbeitsunzufriedenheit von Berufsleuten in Privatspitälern kommen. Das hat ja wohl seinen Grund. Weitaus am wenigsten Meldungen gehen ein von Berufsleuten in Spitälern, die dem GAV unterstellt sind. Generell entschärft sich die Situation deutlich, seit der GAV existiert.

Zu Herrn Widmers Votum: Es freut mich zu vernehmen, dass es klar ist, dass der Lohn überall gleich sein soll. Dem ist aber noch nicht so. Der Lohn, den Sie ansprechen, ist eindeutig derjenige in einem GAV-Spital. Es stimmt, dass er ungefähr bei 4700 Franken liegt, hingegen steigt er nachher nicht mehr an. Berufsleute in anderen Spitälern sind nach wie vor tiefer eingereiht. – Ich bin auch froh, dass der Fraktion GFL der Schutz des Personals wichtig ist und sie die Anträge von Franziska Widmer unterstützt. Ich wiederhole, dass das Personal den GAV unterstützt und trägt. Es steht hinter ihm und auch hinter seinen Berufsverbänden. Ich bitte Sie, die entsprechenden Anträge zu unterstützen.

**Franziska Widmer**, Bern (GB). Auch ich möchte einiges entgegen zu den vorangehenden Voten. Herr Haas, es ist falsch, dass in den Spitälern, die dem GAV unterstellt sind, dieser nicht für alle Mitarbeitenden gilt. Er gilt für alle. Sie argumentierten, unsere Vorschläge seien bundesrechtswidrig. Das ist ein Juristenstreit und es ist ziemlich einfach, sich dahinter zu verstecken. Auch wir liessen es von juristischen Spezialisten abklären. Tatsächlich lässt sich nicht eine Abschlusspflicht ins Gesetz aufnehmen – das verlangen unsere Anträge aber nicht –, sondern wir wollen eine Verhandlungspflicht und beantragen auch, was gelten soll, wenn nichts zustande kommt. Nirgends ist in unseren Anträgen von Abschlusspflicht die Rede. Die Gesetze über die ausgeglieder-

ten Bundesbetriebe Post, Swisscom, SBB enthalten allesamt die Auflage für einen GAV.

Dieter Widmer, du sagtest hier mehrmals, das Lohnniveau sei jetzt gut, man habe es angeglichen; alles sei viel besser geworden. Es stimmt, dass es angeglichen wurde und jetzt besser ist; das habe ich hier bestätigt. Aber was brauchte es dazu? Wir sassen beide in der Berebe-Kommission, und ich erinnere mich sehr gut daran, wie man dort diskutierte, ob die subventionierten Spitäler das Lohnniveau auch genau anpassen müssten und so weiter. Darauf beschwichtigte man, sie würden es nicht anpassen, sondern nach ortsüblichen Bedingungen gestalten können und so weiter. Genau das tat man dann. Was brachte es? Eine Streikbewegung; man musste eine VAP-Studie erstellen und Massnahmen ausarbeiten, in diesem Rat lange Diskussionen darüber führen. Auch in der Finanzkommission wurde eine Riesenübung veranstaltet. Und schliesslich musste man das Ganze mit riesigem administrativem Aufwand umsetzen. Ich weiss, wovon ich rede, war ich doch voll betroffen. Jeder einzelne Lohn musste daraufhin überprüft werden, wo er einzureihen sei. Hat man einen GAV, kann man sich solche Übungen ersparen, weil solche Differenzen gar nicht mehr zustande kommen. Dass das nachher sauber geregelt ist, ist ein zentraler Punkt des GAV. Das Personal hat dies kapiert, und mich würde sehr freuen, wenn auch Sie es kapierten. Es ist ein falsches Verständnis unternehmerischen Spielraums. Sie argumentieren ständig mit der Privatwirtschaft – der GAV kommt aus der Privatwirtschaft! In der Maschinenindustrie, im Bauhauptgewerbe, im Detailhandel und und und – unzählige GAV bewährten sich und sichern in diesem Land seit Jahrzehnten den Arbeitsfrieden. Welche Blockade haben Sie dem gegenüber? Es ist doch ideologisch, den GAV ablehnen zu wollen. Sie wollen gleich lange Spiesse. Genau der GAV ist ein wichtiges Element für gleich lange Spiesse. Es stehen Zeiten an mit weiteren Veränderungen. Der GAV schafft Sicherheit, die Bereitschaft mitzugehen. Wollen Sie ein Instrument, mit dem man Konflikte primär am Verhandlungstisch partnerschaftlich löst, müssen Sie hier einer Verbesserung zustimmen und ein Zeichen setzen für den Schutz des Personals.

**Präsident.** Ich schlage vor, dass der Kommissionspräsident und der Regierungsrat ihre Voten morgen abgeben und wir dann über die Anträge abstimmen werden. Andernfalls kommen wir mit der verfügbaren Zeit nicht zurecht. Ist der Rat damit einverstanden? – Das ist der Fall.

#### Verabschiedung eines Ratsmitglieds

**Präsident.** Nach dieser Session treten zwei Ratsmitglieder auf Ende Februar von ihrem Amt zurück. Eine Person verlässt uns bereits heute Mittag, obschon sie offiziell noch bis 29. Februar Grossrätin ist.

Zwar habe ich meine Notizen nicht mit dem Rotstift geschrieben, trotzdem ist mir diese Verabschiedung wichtig. In ihrem Brief vom 25. Januar 2004 schrieb Frau Annemarie Kempf Schluchter: «Aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit werde ich mich am 29. Februar von meiner Grossratsstätigkeit verabschieden. Die neue Aufgabe im Altersheim Reichenbach nimmt meine volle Konzentration in Anspruch. Aus diesem Grund trete ich aus dem Grossen Rat zurück und mache den Sitz gerne frei für meine Nachfolgerin, Frau Andrea Zryd aus Adelboden.»

Gemäss ihrem parlamentarischen Lebenslauf gehört Annemarie Kempf seit 1994 dem Grossen Rat an, also seit zehn Jahren. Sie war Mitglied der Finanzkommission von 1994 bis 2003, arbeitete in über zwanzig Kommissionen mit den klaren Schwergewichten Spitäler, Ausbildung – vor allem derjenigen

im Gesundheitswesen –, Fachhochschulen und teilweise Finanzen. Annemarie Kempf reichte insgesamt ungefähr 15 parlamentarische Vorstösse ein, die alle auf dieser Linie lagen. Eine Ausnahme – wen wundert's? – hatte die Entlastung des Kandertals vom Durchgangsverkehr zum Thema. Seit der Vorstoss 1996 eingereicht wurde, hat er nichts an Aktualität eingebüsst. Die Situation Emdthal 2004 lässt grüssen. Annemarie Kempf ist – ich sage bewusst nicht war – eine engagierte Kämpferin für ihre Anliegen, auch am Rednerpult. Ein letztes Beispiel davon bekamen wir heute zu hören. Die Bürgerlichen kriegten ab und zu ein wenig Schelte und Schläge, aber ohne Gehässigkeiten; manchmal hatten sie es halt auch verdient. Annemarie Kempf Schluchter erging es nicht anders als fast uns allen: In der Politik hat man manchmal Lust und manchmal halt auch Frust. Das geht auch aus ihrem Schreiben hervor: «Es ist mir ein Anliegen, dir wie allen meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen für die gemeinsame Zeit im Kantonsparlament zu danken, die ich als interessant und äusserst lehrreich in Erinnerung behalten werde. Euch allen wünsche ich eine befriedigende, farbige und lustvolle Parlamentsarbeit, eine, die von weniger Parteiquerelen, Machtspielen und Taktiererei geprägt ist als jene der vergangenen Jahre; eine, die eine zukunftsorientierte, nachhaltige und mutige Politik generiert für die Bevölkerung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Bern. Spart den Kanton Bern nicht zu Tode!»

Annemarie, ängstige dich nicht, auch die Sparer wollen einen lebendigen Kanton Bern! Über die Ziele sind wir uns nämlich grundsätzlich weitgehend einig, aber halt nicht immer über die Wege, die dazu führen. Ich wünsche dir viel Erfolg und eindeutig mehr Lust als Frust in deiner neuen Tätigkeit. Vielen Dank für deinen Einsatz für unseren Kanton!

*Beifall*

*Schluss der Sitzung um 11.37 Uhr*

Die Redaktorinnen:  
*Rosmarie Wiedmer-Pfund (d)*  
*Catherine Graf Lutz (f)*



